

**M**enschenrechte – nach den vielerorts aufpoppenden Autokraten (das –Innen können wir hier getrost auslassen) werden aktuell auch westliche PolitikerInnen diesbezüglich zunehmend schmallippig – nicht ohne Grund. Auch Lateinamerika ist, was das politische Spitzenpersonal angeht, von diesem Backlash nicht ausgenommen, doch zur gleichen Zeit kommen vom Subkontinent wichtige Impulse Richtung Weiterentwicklung und Erweiterung dieses grundlegenden Konzepts.

Leo Gabriel berührt letzteren Aspekt schon im einleitenden Überblick, während Manfred Nowak das Jubiläum 40 Jahre Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte zum Anlass nimmt, diesen nicht auf allen Kontinenten bestehenden, regionalen Schutzmechanismus kritisch zu

würdigen. Der Erweiterung des Grundrechtsbegriffs widmen sich dann explizit Carla Weinzierl (menschenrechtliche Verpflichtungen für Konzerne), Alberto Acosta (Rechte der Natur) sowie Ralf

## EDITORIAL

Leonhard, der beschreibt, wie der zunehmenden Gefährdung von Umweltaktivisten mittels eines Regionalabkommens begegnet werden soll. In einem weiteren Beitrag über indigene Rechte verdeutlicht er allerdings auch, dass solche Texte bestenfalls ein Etappenziel sein können. Mit in Summe zehn Beiträgen ist der vorliegende Schwerpunkt jedenfalls ein besonders „dicker Fisch“ geworden.

Der aktuelle Teil weist quasi einen zweiten Schwerpunkt zu Nicaragua auf – aus leider traurigem Anlass. Unter den Texten darf natürlich einer zu Brasilien vor den Bundes- und Präsidentschaftswahlen nicht fehlen. Silvia Jura musste ihn wegen sich überschlagender Ereignisse gleich mehrmals überarbeiten. Wenn Sie dieses – wegen technischer Probleme mit Verspätung erscheinende – Heft in Händen halten, dürfte der Rechtsextremist Bolsonaro nach dem erlittenen Messerattentat die erste Runde am 7. Oktober mit relativer Mehrheit für sich entschieden haben. Spannend bleibt, ob PT-Kandidat Fernando Haddad nach dem späten Ausschluss von Lula noch genügend Stimmen von diesem übernehmen kann, um einen „Trump der Tropen“ in der Stichwahl zu verhindern. **Jürgen Kreuzroither**

## INHALT

### THEMA: DIE MENSCHENRECHTE ZWISCHEN KRISE UND AUSBAU

Lateinamerikas Beitrag zur langen Geschichte der Menschenrechte. . . . .	4
Von Leo Gabriel	
40 Jahre amerikanische Menschenrechtskonvention . . .	5
Von Manfred Nowak	
Rechte für Kleinbäuerinnen und -bauern! . . . . .	6
Von Gertrud Falk	
Umweltschützer: die Feinde der Konzerne. . . . .	7
Von Ralf Leonhard	
Rechte für Menschen – Regeln für Konzerne . . . . .	8
Von Carla Weinzierl	
Die Zukunft der indigenen Völker . . . . .	10
Von Ralf Leonhard	
Die Rückkehr der Militarisierung . . . . .	12
Von Brett J. Kyle und Andrew G. Reiter	
Die zentralamerikanische MigrantInnenbewegung. . .	14
Von José Jaques	
Argentiniens gescheiterte Abtreibungsreform: Sieg in der Niederlage? . . . . .	16
Von Jürgen Kreuzroither	
Menschenrechtsbeobachtung in Mexiko. . . . .	17
Von Eduardo Correa	
Historisches Urteil für die Rechte der Natur. . . . .	18
Von Alberto Acosta	

### AKTUELLES & ANALYSE

Aufbruch in Mexiko . . . . .	20
Von Leo Gabriel	
Guatemalas Mafias schlagen zurück . . . . .	22
Von Eva Kalny	

Nicaragua nach – und vor? – der Schlacht . . . . .	23
Von Leo Gabriel	
Autoritäres Politikmodell als Wiederholung der Geschichte? Interview mit Jonathan Ordóñez. . . . .	24
Von Laurin Blecha	
iViva Nicaragua Libre! . . . . .	25
Von Laurin Blecha	
„Menschliche Werte bringen dich heute ins Gefängnis“ Interview mit Katia Cardenal. . . . .	27
Von Ralf Leonhard	
Brasilien im Kampf um Demokratie. . . . .	28
Von Silvia Jura	
„Die Wahlen haben Kolumbiens Demokratie gestärkt“ Interview mit Vera Grabe . . . . .	30
Von Ralf Leonhard	
Venezuela: Stärke und Schwächen des Chavismo . . . .	31
Von Ociel Alí López	
Argentinien und IWF: ER ist wieder da! . . . . .	33
Von Jürgen Kreuzroither	
Paraguay: Späte Gerechtigkeit im Fall Curuguaty. . . .	34
Von Ignacio G. Bozzolasco und Montserrat H. Fois	
Honduras/Österreich: „Wir schützen unseren guten Namen“ . . . . .	35
Von Andrea Lammers	
Flucht und Politik: Großes Theater, kleine Politik . . . .	37
Von Robert Lessmann	
Samir Amin, Nachruf . . . . .	38
Von Ralf Leonhard	
Nachhaltige Klänge aus Venezuela . . . . .	39
Von Robert Lessmann	
Buchbesprechungen. . . . .	40
Paul Singer, Nachruf . . . . .	43
Von Gerhard Drekonja-Kornat	



# LATEINAMERIKAS BEITRAG ZUR LANGEN GESCHICHTE DER MENSCHENRECHTE

Sieht man sich die Weltgeschichte aus einiger zeitlicher und räumlicher Distanz an, so entsteht der Eindruck, dass sie sich, was objektive Situation und subjektive Wertschätzung der Menschenrechte betrifft, in den letzten paar Jahren zurückentwickelt hat: Der Krieg im Irak und in Afghanistan, das Wiederaufflammen nationaler Konflikte in West- und Nordafrika sowie die Schwierigkeiten bei der Vergangenheitsbewältigung in vielen Teilen Lateinamerikas ließen den Eindruck entstehen, dass das „goldene Zeitalter der Menschenrechte“, wie es Eric Hobsbawm einmal bezeichnet hatte, so um die Jahrtausendwende zu Ende gegangen ist – Grund genug, um sich mit der Lage und dem Stellenwert der Menschenrechte in Lateinamerika auseinanderzusetzen.

Von Leo Gabriel

Dabei fällt bei näherer Betrachtung auf, dass in Lateinamerika das Ende der Militärdiktaturen der 1970er und 1980er Jahre mit ihren teilweise bewaffneten Kämpfen und Konflikten nicht automatisch zu einer Wiederveröhnung der Streitparteien geführt hat, sondern in den 1990er Jahren mit „*the rule of the neocons*“ (der Herrschaft der Neokonservativen) in den USA unter Ronald Reagan und Bush Vater die Auseinandersetzungen gerade zum Thema Menschenrechte erst so richtig begonnen haben.

## Sternstunde für Menschenrechte: der UNO-Gipfel in Wien

Das zeigte sich nicht zuletzt auch beim UNO-Menschenrechtsgipfel 1993 in Wien, wo es vor allem die lateinamerikanischen sozialen Bewegungen und NGOs waren, die auf zivilgesellschaftlicher Ebene den Begriff der in der *Universal Declaration of Human Rights* vom 10. Dezember 1948 verankerten Menschenrechte substanziell erweiterten: einerseits um die so genannten „ökonomischen und sozialen Rechte“, andererseits dadurch, dass die partizipative Demokratie zu einer Grundforderung der Menschenrechtsorganisationen wurde.

Zwar konnte der amtierende österreichische Außenminister Alois Mock – selbst ein Erzkonservativer – noch verhindern, dass diese damals neuartige, inzwischen aber weithin anerkannte Vision der Menschenrechte von der internationalen Staatengemeinschaft akzeptiert wurde. Dennoch gelang es den linken und progressiven politischen Kräften in ganz Lateinamerika, die vom Untergang des so genannten Realsozialismus schwer angeschlagen waren, dieses integrale Konzept

der Menschenrechte zu einem Schlüsselement ihrer politischen Architektur zu machen, mit der sie dann in den 2000er Jahren ihre großen Wahlerfolge erzielten.

Gleichzeitig kam in den 1990er Jahren auch ein Prozess in Gang, der – ausgehend vom Abkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und den weltweiten Mobilisierungen der indigenen Völker Lateinamerikas – im Jahr 2007 zur „Erklärung über die Rechte der indigenen Völker“ der UN-Generalversammlung führte. Sie ist für ihre Unterzeichnerstaaten völkerrechtlich und in den meisten Fällen auch nationalstaatlich bindend.

## Integrales Menschenrechtskonzept der indigenen Völker

Auf diese Weise wurde aus dem nach dem II. Weltkrieg beschlossenen, eher defensiv gehaltenen Konzept zum Schutz der und des Einzelnen gegenüber staatlichen An- und Übergriffen auf Leib und Leben ein höchst komplexes Gebäude von einander teilweise überlappenden Strukturen, in deren Mittelpunkt nicht mehr nur das Individuum, sondern der Mensch in seinen gesellschaftlichen Zusammenhängen (Gemeinschaft, Volk, Staat und Umwelt) steht.

Mehr noch: Seit der großen Konferenz in Cochabamba, Bolivien, im April 2010, wo eine *Declaración Universal de los Derechos de la Madre Tierra* (Universale Erklärung der Rechte der Mutter Erde) nach dem Vorbild der Menschenrechtserklärung 1948 beschlossen wurde, wird die Anerkennung unseres Planeten Erde als eigenständiges Rechtssubjekt vorangetrieben, dem gegenüber die Menschheit gewisse Verpflichtungen übernimmt. Obwohl dieses Konzept, das bei mehreren Umwelt-

und Klimaschutzkonferenzen unter der Federführung von Bolivien vorgetragen wurde, bisher nicht von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannt wurde, ist es doch ein wichtiger Fingerzeig der indigenen Völker dahingehend, dass wir uns von unserem anthropozentrischen zu einem geozentrischen Weltbild bewegen.

## Die lauenden Feinde der Menschenrechte

Aber auch was die Widersacher der integralen Konzeption der Menschenrechte betrifft, hat sich deren Kreis im Zeitalter der Globalisierung erweitert. Wie verschiedene Beiträge in diesem Heft zeigen, geht es heute nicht nur um den Schutz der Menschen gegenüber dem Staat, sondern in wachsendem Ausmaß auch um den Schutz und die Menschenrechte gegenüber den transnationalen Unternehmungen, die vor allem durch ihre rücksichtslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen nicht nur den Klimawandel verursachen und die Schuldenlast der Staaten vergrößern, sondern auch vielfach die indigene und nicht-indigene Landbevölkerung ihrer Existenzgrundlage berauben, was wiederum ein wichtiger Faktor für die an Fahrt gewinnende weltweite Flüchtlingswelle ist.

Besonders interessant sind deshalb in diesem Zusammenhang die Initiativen der mittelamerikanischen MigrantInnenorganisationen, die vom 2. bis 5. November dieses Jahres ein so genanntes *Foro Social Mundial de Migraciones* in Mexiko-Stadt veranstalten werden. Dieses wird sich, neben dem Beschluss einer eigenen Erklärung, für jene „Erklärung zum Schutz der MigrantInnen“ aussprechen und dafür weltweit mobilisieren, welche die UNO unter dem Namen *Global Compact* einen Monat später in Marrakesch verabschieden soll.

Für Österreich würde deren Annahme bedeuten, dass die Bundesregierung die Wahl hat, entweder von ihrer fremdenfeindlichen Flüchtlingspolitik abzurücken oder letztlich aus der UNO auszutreten. Es ist in diesem Zusammenhang spannend, was die von Michelle Bachelet, der neuen ChefIn der UN-Menschenrechtskommission, diesbezüglich angekündigte Prüfung Österreichs ergeben wird. ■

## 40 JAHRE AMERIKANISCHE MENSCHENRECHTSKONVENTION



Februar 2018: Verhandlung des Inter-Amerikanischen Gerichtshofs über die Begnadigung von Perus Ex-Diktator Fujimori

Im Jahr 1978, also kurz nachdem wir die IGLA gegründet und die ersten Nummern von *Lateinamerika Anders* herausgegeben hatten, trat die Amerikanische Menschenrechtskonvention (AMRK) in Kraft. Kurz darauf wurde auch der Inter-Amerikanische Gerichtshof für Menschenrechte im Rahmen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) mit Sitz in San José, Costa Rica, gegründet. Zum 40-jährigen Jubiläum hat der Präsident des Gerichtshofs, der Mexikaner Eduardo Ferrer Mac Gregor, im Juli 2018 zu einer denkwürdigen Konferenz nach San José eingeladen.

Von Manfred Nowak

**D**aran teilgenommen und ihre unterschiedlichen Erfahrungen mit dem internationalen und regionalen Menschenrechtsschutz ausgetauscht haben nicht nur der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, und der Präsident Costa Ricas, Carlos Alvarado Quesada, sondern auch die Präsidenten und viele RichterInnen des Europäischen und Afrikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Ich war eingeladen, eine vergleichende Bilanz über die Erfolge, Probleme und Herausforderungen dieser drei Gerichte zu ziehen. Da es noch immer keinen Weltgerichtshof für Menschenrechte im Rahmen der Vereinten Nationen gibt, sind dies weltweit die drei wichtigsten Gerichte zur völkerrechtlich verbindlichen Durchsetzung der Menschenrechte.

Die Gründung des Inter-Amerikanischen Gerichtshofs fiel in die Zeit der lateinamerikanischen Militärdiktaturen. Die ersten Urteile des Gerichtshofs befassten sich daher mit besonders schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen wie dem erzwungenen Verschwindenlassen, willkürlichen Festnahmen, Folter und

Ermordungen von Regimegegnern. Diese wegweisende Rechtsprechung hatte einen wesentlichen Anteil an der Wahrheitsfindung über die Verbrechen dieser Zeit und an der allmählichen Überwindung der von den USA unterstützten Diktaturen.

Bis in die Gegenwart ist der Gerichtshof mit den Langzeitfolgen dieser Diktaturen beschäftigt und hat weitreichende Entscheidungen über die Ungültigkeit nationaler Amnestiegesetze gefällt, welche die Voraussetzung für die strafrechtliche Verfolgung von Menschenrechtsverbrechen in Argentinien, Chile, Uruguay, Peru und anderen Staaten darstellen. Aber auch in vielen anderen Bereichen, wie hinsichtlich der Rechte indigener Völker und der Wiedergutmachung von schweren Menschenrechtsverletzungen, hat der Gerichtshof Bahnbrechendes erreicht.

Trotz dieser großen Erfolge befindet sich der internationale Menschenrechtsschutz in der größten Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs, und diese Krise bekommen natürlich auch die drei regionalen Menschenrechtsgerichte massiv zu spüren. Obwohl die Urteile aller drei Ge-

richte rechtlich bindend sind und in der Vergangenheit von den betroffenen Staaten in der Regel auch respektiert und umgesetzt wurden, zeigt sich heute eine gefährliche Tendenz, diese Urteile zu ignorieren oder sogar die Autorität der Gerichte offen in Frage zu stellen.

Selbst in Europa hat zum Beispiel die britische Regierung offen damit gedroht, die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) zu kündigen, nur weil es der Straßburger Gerichtshof gewagt hatte, die Nicht-Gewährleistung des Wahlrechts von Gefangenen als Verletzung der EMRK zu qualifizieren! Russland hat viele Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EGMR), mit denen schwere und systematische Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Folter, festgestellt wurden, nicht umgesetzt und vor knapp zwei Jahren sogar die Zahlungen an den Europarat eingestellt. Andere zunehmend autokratische Staaten wie die Türkei, Ungarn oder Polen zeigen ähnlich ablehnende Tendenzen, obwohl die EMRK zu den Grundpfeilern des europäischen Rechtsstaates gehört, an die alle 47 Mitglieder des Europarates rechtlich gebunden sind.

Obwohl der Afrikanische Gerichtshof für die Rechte der Menschen und Völker erst im Jahr 2006 in Arusha errichtet wurde und bisher nur 58 Fälle entschieden hat (im Gegensatz zu den knapp 800.000 Fällen vor dem Europäischen Gerichtshof seit 1958!), zeigen sich schon jetzt große Probleme. Zum Beispiel hat Ruanda erst vor kurzem das Recht von Opfern von Menschenrechtsverletzungen, sich direkt an

⇒ von Seite 5: 40 JAHRE AMRK

den Gerichtshof zu wenden, wieder zurückgenommen, und Tansania hat sich bisher geweigert, einstweilige Verfügungen des Gerichtshofs, wie das Verbot der Exekution von Strafgefangenen während des Verfahrens, anzuerkennen.

Ähnliche Tendenzen zeigen sich auch in der amerikanischen Hemisphäre. Von den 35 Mitgliedstaaten der OAS haben bisher nur 23 die AMRK ratifiziert. Zehn Staaten, darunter die USA und Kanada, haben die AMRK nie ratifiziert, Trinidad und Tobago sowie kürzlich Venezuela sind später aus der Konvention ausgetreten, und die Dominikanische Republik und Peru haben die Zuständigkeit des Gerichtshofs in Frage gestellt, nur weil sie mit dessen Rechtsprechung nicht einverstanden waren. Ihre Ablehnung dieses rechtsstaatlichen Überwachungsmechanismus schlägt sich auch in der Kürzung der Budgetmittel nieder, so dass der AMRK und die Inter-Amerikanische Menschenrechtskommission zunehmend auf die freiwillige Finanzierung durch einzelne europäische Staaten und private Stiftungen angewiesen sind, um ihre völkerrechtlich festgelegten Aufgaben zu erfüllen. Während der EGMR über ein jährliches Budget von mehr als 70 Millionen USD und der Afrikanische Gerichtshof immerhin über ein Budget von über zehn Mio. USD verfügt, erhält der Inter-Amerikanische Gerichtshof aus dem OAS-Budget weniger als drei Mio. USD!

Die Menschenrechte gehören wie die Friedenssicherung und Entwicklung zu den Grundpfeilern jener neuen Weltordnung, die in Reaktion auf zwei verheerende Weltkriege, die Weltwirtschaftskrise, den Aufstieg des Faschismus und die Barbarei des Holocaust von der internationalen Gemeinschaft seit 1945 errichtet wurde. Die drei genannten Gerichte sind besonders wichtige Garanten dafür, dass die Menschenrechte auch in der Praxis wirksam durchgesetzt werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass jene gefährlichen Tendenzen in allen drei Regionen, die darauf abzielen, die Autorität dieser Gerichte zu untergraben, weiter zunehmen. Aus diesem Grund haben die drei Gerichte am 18. Juli 2018 die Erklärung von San José unterzeichnet, in der sie vereinbarten, sich gemeinsam gegen solche Angriffe zu wehren. ■

Der Autor ist Professor für Internationale Menschenrechte an der Universität Wien. Als unabhängiger UN-Experte leitet er seit 2016 das Global Study on Children Deprived of Liberty.

## RECHTE FÜR KLEINBÄUERINNEN UND -BAUERN!

80 Prozent der weltweit Hungernden leben im ländlichen Raum. 50% sind Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Wie kann es sein, dass ausgerechnet die Menschen hungern, die selbst Nahrungsmittel anbauen? Dieser Frage ist der Menschenrechtsratsrat der Vereinten Nationen im Jahr 2010 nachgegangen, nachdem ihn *La Via Campesina*, der internationale Verband kleinbäuerlicher Organisationen, und die Menschenrechtsorganisation FIAN auf die zunehmenden Verletzungen der Menschenrechte dieser Gruppe hingewiesen hatten.

Von Gertrud Falk

2012 veröffentlichte der UN-Menschenrechtsrat die Ergebnisse seiner Analyse. Fünf wesentliche Gründe verursachen demnach den Hunger ländlicher Bevölkerung: (1) Landenteignungen, gewaltsame Vertreibungen und Umsiedlungen; (2) Diskriminierung von Frauen und Mädchen; (3) Fehlende Agrarreformen und Förderung ländlicher Entwicklung, einschließlich Bewässerung und Saatgut; (4) Fehlende Mindestlöhne und soziale Sicherheit; (5) Unterdrückung und Kriminalisierung von Bewegungen, die die Rechte ländlicher Bevölkerung verteidigen.

Hunger hat also politische Gründe. Gleichzeitig ist die kleinbäuerliche Landwirtschaft für die Sicherung der Ernährung der Weltbevölkerung bedeutend. 70 Prozent der weltweit produzierten Nahrungsmittel werden von Kleinbauern und -bäuerinnen erzeugt. Folgerichtig hat der UN-Menschenrechtsrat 2012 den Vorschlag von *La Via Campesina* aufgegriffen und beschlossen, die Rechte von Kleinbauern, Kleinbäuerinnen und ländlicher Bevölkerung durch eine Menschenrechtserklärung zu stärken. Eine Arbeitsgruppe des Rats arbeitet seit 2012 daran. Die Basis dafür war ein Entwurf von *La Via Campesina*, der seither weiterentwickelt wurde. Das Besondere ist, dass die RechteinhaberInnen selbst die Initiative für die Erarbeitung der Erklärung ergriffen haben und sich aktiv daran beteiligen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass alle Regierungen, die letztlich diese Erklärung verabschieden müssen, dem Vorhaben und allen Eingaben zustimmen.

Kritiker, wie zum Beispiel viele Industriestaaten, wenden ein, dass keine neue Menschenrechtserklärung nötig sei. Die Zielgruppe sei erstens durch bestehende Menschenrechtsverträge geschützt, zweitens könne es keine Sonderrechte für einen Teil der Bevölkerung geben und drittens seien unter dem Dach der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen freiwillige Richtlinien zum Recht auf Nahrung und zu verantwortlicher Verwaltung von Land vorhanden, die zunächst umfassend angewendet werden sollten.

Die Realität zeigt jedoch, dass die bestehenden Menschenrechtsabkommen die ländliche Bevölkerung nicht ausreichend vor Hunger schützen. So ist es nötig, die Bedeutung bestehender Menschenrechte hinsichtlich der Lebensbedingungen und der besonderen Diskriminierungen dieser Bevölkerungsgruppe auszulagern und in einem Dokument zusammenzufassen. Darüber hinaus werden freiwillige Richtlinien oft nicht oder nur zum Teil umgesetzt, Beschwerdeverfahren dauern zu lange und sind für die Betroffenen oft zu teuer.

Nach fünf Verhandlungsrunden im UN-Menschenrechtsrat soll bei dessen 39. Sitzung im September über die Annahme der Erklärung entschieden werden. Sie wird dort stark von Bolivien, Ecuador, Brasilien und Südafrika unterstützt. Die Mitglieder der EU bemühen sich seit 2015 um eine gemeinsame Position, was aber bisher nicht vollständig gelungen ist. Großbritannien lehnt die UN-Erklärung bisher ab, Portugal befürwortet sie, die übrigen EU-Staaten haben sich enthalten. In der zweiten Jahreshälfte 2018 kommt Österreich dabei eine besondere Rolle zu, da es den Vorsitz des Europäischen Rats innehat.

Wenn der UN-Menschenrechtsrat die Erklärung annimmt, muss dies danach auch die UN-Vollversammlung tun, damit sie völkerrechtlich anerkannt ist. Dort ist eine Entscheidung frühestens Ende 2018 zu erwarten. ■

Mit Unterstützung der Kampagnen-Organisation WeMove hat *La Via Campesina* eine Petition gestartet, um den Regierungen zu verdeutlichen, dass ihr Anliegen von der Bevölkerung unterstützt wird. Sie können sich auf der Webseite [www.wemove.eu/de/you/ihre-kampagne-beginnt-hier](http://www.wemove.eu/de/you/ihre-kampagne-beginnt-hier) (Kampagne: „EU, schütze unsere Bauern und Bäuerinnen und unsere Ernährungssysteme!“) daran beteiligen. Die Autorin ist Referentin von FIAN Deutschland.



# UMWELTSCHÜTZER: DIE FEINDE DER KONZERNE

Umweltrechte gibt es bislang nur in der Verfassung von Ecuador. Geholfen hat das der Natur wenig. Wenn ökonomische Interessen auf dem Spiel stehen, fallen auch in dem Andenstaat die Entscheidungen so gut wie immer zugunsten von staatlichen oder privaten Wirtschaftsjahren. Wer sich für die Umwelt einsetzt, lebt in Lateinamerika gefährlich. Daran ändern auch gut gemeinte Abkommen, wie der im März geschlossene Vertrag von Escazú, vorerst nichts.

Von Ralf Leonhard

**M**askierte Männer drangen in der Nacht des 1. Februar 2018 in das Wohnhaus von Yolanda Maturana in Santa Cecilia im kolumbianischen Departement Risaralda ein, erschossen die Frau und konnten unerkannt wieder abziehen. Als Anführerin der Organisation *Asociación de amigos de la flora y la fauna en Risaralda* hatte sie sich gegen illegalen Bergbau und die Vergiftung der Wasserquellen engagiert.

Der Umweltaktivist Ronald David Barrillas Díaz hatte sich seit Jahren gegen die San Rafael-Mine und gegen die umweltschädliche Zuckerindustrie in seinem Departement Santa Rosa in Guatemala eingesetzt. San Rafael gilt als die zweitgrößte Silbermine der Welt. Am 9. Jänner hielt ein Fahrzeug vor seinem kleinen Lebensmittelladen, zwei Männer sprangen heraus, erschossen ihn aus kürzester Distanz und verschwanden wieder.

Im brasilianischen Bundesstaat Maranhão haben Anführer mehrerer indigener Gemeinschaften den Widerstand gegen illegale Abholzung ihres Lebensraumes mit dem Leben bezahlt. Allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres wurden auf dem Subkontinent mindestens 21 Menschen getötet, die mit ihrem Einsatz für eine saubere Umwelt die Interessen von Konzernen oder Großgrundbesitzern gestört hatten. Die Aufklärungsrate ist gering.

## Mit Völkerrecht gegen Menschenrechtsverletzungen

Seit 28. September liegt das Regionalabkommen über den Zugang zu Information, öffentliche Teilhabe und Zugang zur Justiz in Umweltfragen in Lateinamerika

und der Karibik zur Unterzeichnung auf. Der auch als Abkommen von Escazú bekannte völkerrechtliche Vertrag wurde am 4. März im Stadtteil Escazú der costaricanischen Hauptstadt San José beschlossen. Der sechsjährige Verhandlungsprozess unter dem Vorsitz von Chile und Costa Rica wurde von der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) begleitet und unterstützt.

Wenn sich die Vertragspartner an den Wortlaut halten, dann werden Umweltaktivistinnen und -aktivisten Lateinamerikas in Zukunft besseren Schutz genießen. 24 Länder im Süden des Kontinents und in der Karibik haben mit dem Abkommen von Escazú das in der Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung verankerte Prinzip der Umweltdemokratie verbindlich gemacht. Der unter Experten auch als LAC-P10 bezeichnete Vertrag garantiert auch das Recht auf eine gesunde Umwelt und verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, Institutionen zu schaffen, die über die Einhaltung der Regeln wachen sollen.

Der eigentlich bahnbrechende Teil des Abkommens widmet sich jedoch dem Schutz von UmweltaktivistInnen. In keiner anderen Weltgegend leben sie gefährlicher als in Lateinamerika. Das Abkommen wurde exakt zwei Jahre nach der Ermordung der preisgekrönten honduranischen Umweltaktivistin Berta Cáceres unterzeichnet. Sie hatte sich mit ihrer Organisation COPINH gegen ein Wasserkraftwerk eingesetzt, an dem

auch eine Siemens-Tochter beteiligt war. Der Stausee bedroht die Lebensgrundlage mehrerer indigener Gemeinden. An der Verschwörung gegen Cáceres waren neben Angestellten der Kraftwerksbetreiber und Profikillern auch aktive Militärs beteiligt. Der Prozess begann im September.

Seit dem Tod von Cáceres hat sich die Verfolgung von UmweltaktivistInnen in Lateinamerika sogar noch verschärft. Laut Jahresbericht der Organisation *Global*

*Witness* wurden 2017 weltweit mindestens 207 wegen ihres Engagements für Umwelt und Klima ermordet, darunter zahlreiche Naturpark-Ranger und indigene Anführer. Mehr als die Hälfte davon (mindestens 116) allein in Lateinamerika. Brasilien führt mit 57 Getöteten die makabre Statistik an. Nach den Philippinen (48) folgen mit Kolumbien (24) und Mexiko (15) gleich zwei weitere Länder des Subkontinents.

John Knox, der UNO-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Umwelt, sieht die Fakten nüchtern: „Die Anreize, die Umwelt aus wirtschaftlichen Gründen zu zerstören, sind gewaltig. Am meisten gefährdet sind an sich schon ausgegrenzte Menschen, die keinen Zugang zur Politik und juristischer Wiedergutmachung haben, deren Leben aber von der Umwelt abhängt. Rechtsstaatlichkeit wird in diesen Ländern nicht respektiert. Weltweit werden Umweltschützer bedroht“. Knox ortet „eine Kultur der Straflosigkeit“ wenn Menschen getötet werden, die sich Projekten wie „Bergbau, Agrobusiness, illegaler Abholzung oder Dammbauten in den Weg stel-



Guatemala: 14 ermordete AktivistInnen von Mai bis Juli 2018

len“. Zu ergänzen wären noch luxuriöse Tourismusanlagen und Hotels, Wilderei und Ölbohrungen.

Das Abkommen von Escazú wird 90 Tage nach der Ratifizierung durch den elften der 24 Unterzeichnerstaaten völkerrechtlich verbindlich. Wünschenswert wäre die baldige Ratifizierung durch alle 33 Staaten der Region Lateinamerika/Karibik. Bisher haben nur drei Regierungen versichert, dass sie dies tun werden. ■

# RECHTE FÜR MENSCHEN – REGELN FÜR KONZERNE!

Der Ölkonzern Chevron müsse für jahrzehntelange Menschenrechtsverletzungen und Verseuchung des Amazonas keinen Schadenersatz zahlen, so ein Schiedsgericht Anfang September. Diese Strafflosigkeit der Konzerne soll in diversen Freihandelsabkommen weiter gefestigt werden. Der internationale Rahmen, sie zur Verantwortung zu ziehen, fehlt hingegen bislang. Abhilfe könnte das UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte schaffen, für das sich eine breite internationale Kampagne einsetzt.

Von Carla Weinzierl

**28** Jahre lang nahm der Ölkonzern *Texaco*, heute *Chevron*, bewusst Menschenrechtsverletzungen und massive Umweltverwüstung im ecuadorianischen Amazonas in Kauf um Kosten zu sparen. 30.000 Indigene und Kleinbäuerinnen und -bauern sind von der Kontamination von über insgesamt 450.000 Hektar tropischen Regenwalds betroffen. *Texaco* verdiente durch den Einsatz einer unzureichenden Technologie drei US-Dollar mehr je Barrel Öl. Als der Konzern 1992 das Land verließ, blieben tausende offene Giftmüllgruben zurück, die seither das Grundwasser verseuchen. *Texaco* pumpte in den knapp drei Jahrzehnten Geschäftstätigkeit in Ecuador auch 18 Milliarden Tonnen Giftmüll direkt in Flüsse, was sich – durch erhöhte Fehlgeburten und Krebsraten – massiv auf die Gesundheit der Betroffenen auswirkte. Sie haben sich seither zur UDAPT (*Unión de Afectados y Afectadas por las Operaciones Petroleras de Texaco*) zusammengeschlossen, um für Entschädigungen und das Überleben des Amazonas zu kämpfen. 1995 begann der Konzern mit der vermeintlichen Säuberung der Gruben – letztendlich eine Übung zur Imageaufbesserung, denn tatsächlich wurde nur ein Prozent der Gruben bearbeitet, und auch das völlig unzureichend.

UDAPT klagte 1993 in New York, im Hauptsitzland des Konzerns. *Texaco* hingegen urgierte, der Fall müsse in Ecuador behandelt werden. Das New Yorker Gericht erklärte sich für nicht zuständig, worauf UDAPT die Klage 2003 in Ecuador einbrachte. In der Zwischenzeit war *Texaco* von *Chevron* aufgekauft worden und Ecuador und die USA hatten 1997 ein Investitionsschutzabkommen unterzeichnet. Der Prozess ging durch vier Instanzen, die Gerichte sprachen allesamt *Texaco* schuldig und verhängten 9,5 (zeitweise sogar 19) Milliarden Dollar an Reparationszahlungen.<sup>1</sup> Das wurde als historischer Erfolg

gefeiert: Zum ersten Mal hatten Betroffene erfolgreich im Land der Rechtsverletzungen einen transnationalen Konzern geklagt.

Doch seither weigert sich *Chevron* zu zahlen, auch unter Verweis auf das Investitionsabkommen, obwohl dieses erst nach den jahrzehntelangen Vergehen unterzeichnet wurde. Der Fall kam vor das Schiedsgericht in Den Haag, das seine skandalöse Entscheidung am 7. September bekanntgab: Die von Ecuador geforderte Strafe wird für unzulässig erklärt, ja Ecuador wird sogar dem Konzern hunderte Millionen Dollar zu zahlen haben. Das Schiedsgericht unterminiert mit diesem Urteil die nationale Souveränität eines Rechtsstaates, indem es sogar Verfassungsgerichtshöfe unter internationale Schiedsgerichte stellt und damit die Interessen von „Investoren“ über jene der Allgemeinheit. UDAPT kämpft seit Jahrzehnten und wird nicht aufgeben, doch wird auch verstärkt internationale Solidarität nötig sein.

## Ein systemisches Problem

Leider ist die Strafflosigkeit des Falles *Chevron* genauso wenig Ausnahme wie die Straftat an sich. Ob im Bergbau-, Öl- oder Agrarsektor, in der Textil-, Nahrungsmittel- oder Elektronikindustrie: Unternehmensgewinne speisen sich systematisch aus menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und der Ausbeutung unserer Lebensgrundlagen. Zwangsarbeit erwirtschaftet jährlich 150 Milliarden US-Dollar Profite für Konzerne. Mehr als die Hälfte der europäischen Unternehmen profitieren von Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden entlang der globalisierten Wertschöpfungskette. Neben menschenrechtswidrigen Arbeitsbedingungen, wie Unterdrückung gewerkschaftlicher Organisation, Kinderarbeit, ausbeuterische Löhne oder unzureichende Sicherheitsstandards, setzen Konzerne beispielsweise

private Sicherheitskräfte ein, um Proteste gewaltsam zu unterdrücken und WiderstandskämpferInnen verschwinden zu lassen. Auch der Raub und die Verschmutzung von Land und Wasser sind an der Tagesordnung und damit die Zerstörung der Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung.

Bei Verstößen gegen die Menschenrechte durch Konzerne haben die Opfer praktisch keine Chance auf Entschädigung. Sie scheitern an den unterschiedlichen nationalen Standards, effektiven Durchsetzungsmechanismen und den nötigen Ressourcen, internationale Rechtsverfahren zu führen – die Unternehmen bleiben straflos. Denn bisher konnte sich die Staatengemeinschaft nur auf einen nicht verbindlichen Empfehlungskatalog einigen: die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. In vielen Staaten – so auch in Österreich – wurden diese Empfehlungen nicht in nationales Recht umgesetzt. Einen rechtlich verbindlichen Rahmen, der es erlauben würde, Mutterkonzerne für die Machenschaften ihrer Tochter- und Zulieferfirmen zur Verantwortung zu ziehen, bekämpfen Wirtschaftseliten vehement. Doch sie entziehen sich nicht nur erfolgreich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, in Komplizenschaft mit neoliberalen Regierungen schaffen sie sich gleichzeitig mehr und mehr Rechte.

## Ausweitung der Konzernmacht durch internationale Abkommen

Eine der langlebigsten Formen der Einflussnahme von Konzernen ist die Umgestaltung des politischen und juristischen Rahmens entlang ihrer Interessen – über nationales und internationales Recht sowie zwischenstaatliche Abkommen. Seit mehr als 30 Jahren werden kapitalfreundliche und neoliberale Interessen dauerhaft in praktisch allen nationalen Verfassungen und internationalen Verträgen verankert. Politik wird – paradoxerweise durch Beschlüsse gewählter Regierungen – zunehmend von demokratischen Prozessen losgelöst.

Denken wir beispielsweise an die in etwa 30 Freihandels- und Investitionsabkommen, welche allein die EU derzeit verhandelt: Über Sonderklagerechte, die es Konzernen ermöglichen, Staaten aufgrund von Sozial- oder Umweltgesetzgebung zu



Foto: Julien Gomba

Texaco verseuchte und zerstörte weite Teile des ecuadorianischen Urwalds

verklagen, wird eine Paralleljustiz geschaffen. Ungleiche und ausbeuterische Machtverhältnisse werden damit global festgeschrieben und auch innerhalb von Staaten wird eine Asymmetrie zwischen Konzernen und Menschen geschaffen, die aus emanzipatorischer Perspektive genau umgekehrt gestaltet sein sollte: Nicht ganze Gesellschaften sollten sich den Interessen der globalen Wirtschaftseliten unterwerfen, sondern die Wirtschaft sollte dem Allgemeininteresse dienen.

Global gesehen gibt es bereits tausende bilaterale Investitionsabkommen, die Verwerfungen wie das Beispiel Chevron ermöglichen. Mit der jüngsten Generation solcher Verträge, wie (dem gescheiterten) TTIP, CETA, JEFTA und Co., versucht auch die EU, Konzernen immer mehr Rechte zu verschaffen – nicht nur über Konzernklagerechte, sondern auch über die sogenannte regulatorische Kooperation: Noch bevor Parlamente mit neuen Gesetzen befasst werden, haben Konzerne die Möglichkeit mitzureden, auch in Bereichen wie ArbeitnehmerInnen-, Umwelt-, Klima- oder KonsumentInnenschutz. Gefällt ihnen ein potenzielles Gesetz nicht, wird es abgedreht, ohne dass es unsere demokratisch legitimierten VertreterInnen jemals in die Hände bekommen, denn die Devise lautet: Gesetze und Regeln dürfen den Handel

nicht einschränken. Die Regulierungshoheit der Parlamente wird für den zum Selbstzweck ernannten globalen Handel ausgehöhlt.

Das Abkommen, das die EU derzeit beispielsweise mit Mexiko verhandelt, soll ebendiese Bestimmungen beinhalten. Rechtssysteme werden mehr und mehr privatisiert – zu Gunsten von Konzernprofiteuren, zum Schaden von Mensch und Umwelt.

## Historische Chance: UN Treaty

Seit den 1970er Jahren gab es im Rahmen der UNO immer wieder Anläufe zu verbindlichen Regelungen für Konzerne; diese scheiterten bisher am Widerstand der Wirtschaftslobbies. Doch nun gibt es eine historische Chance, die es zu nutzen gilt. 2014 sprach sich der UN-Menschenrechtsrat mehrheitlich für eine von Ecuador und Südafrika eingebrachte Resolution zur Erarbeitung eines bindenden Abkommens über Wirtschaft und Menschenrechte aus. Der jahrelange zivilgesellschaftliche Druck der sogenannten *Treaty Alliance*, ein Zusammenschluss aus über 1.000 zivilgesellschaftlichen Organisationen, Bewegungen und Netzwerken, trägt Früchte. Es gibt nun also erstmals ein völkerrechtlich bindendes Mandat, ein solches Abkommen zu erarbeiten. Seitdem fanden in

Genf drei Sitzungen der dafür eingesetzten zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe statt, und seit Juli 2018 liegt ein erster Entwurf des Abkommens vor, der bei der nächsten Sitzung Mitte Oktober weiter verhandelt wird. Gelingt es, genügend gesellschaftlichen Druck aufzubauen, könnte das Abkommen Vertragsstaaten dazu verpflichten, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen, die in ihrem Land den Stammsitz haben, gesetzlich zu verankern – und zwar auch bei ihren Auslandsgeschäften sowie in ihren Lieferketten und Tochterunternehmen.

Das Abkommen muss weiters darauf abzielen, Zugang zu effektiven Rechtsmitteln für Betroffene abzusichern, damit diese im Schadensfall ihre Rechte einklagen können – auch in jenem Staat, in dem der Konzern seinen Stammsitz hat. Sammelklagen sollten möglich sein und die Beweislast müsste bei

den Konzernen liegen. Das Abkommen muss außerdem festschreiben, dass die Menschenrechte prinzipiell Vorrang vor Handels- und Investitionsabkommen haben, und auch die länderübergreifende Zusammenarbeit regeln, damit Ermittlungen nicht mehr mit dem Verweis auf die fehlende Kooperation der anderen eingestellt werden können.

Ob es im aktuellen Prozess gelingt, dass sich die Staaten auf ein verbindliches Rechtsinstrument einigen, und ob es diese Forderungen beinhalten wird, ist abhängig vom weltweiten zivilgesellschaftlichen Druck auf politische EntscheidungsträgerInnen. Österreich hat 2014 gegen die Resolution gestimmt und sich seither im Prozess nicht konstruktiv eingebracht – trotz der expliziten Aufforderung des UN-Komitees für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, die Auslandsaktivitäten österreichischer Unternehmen stärker zu regulieren und zu kontrollieren. Machen wir gemeinsam Druck auf die Regierung, den Prozess zu unterstützen, stellen wir Mensch und Umwelt vor Profite!■

Carla Weinzierl ist Geschäftsführerin im Netzwerk Soziale Verantwortung und Attac-Vorstandsmitglied.

<sup>1</sup> zuletzt das ecuadorianische Verfassungsgericht in einem am 10. Juli veröffentlichten Spruch (siehe Beitrag Seite 18)



## DIE ZUKUNFT DER INDIGENEN VÖLKER

Noch im vergangenen Jahrhundert waren Indigene in den meisten Ländern Minderjährigen gleichgestellt, für die der Staat die Vormundschaft ausübte. Die Nationalstaaten, wenn sie nicht regelrechte Vernichtungsfeldzüge wie in Argentinien unternahmen, strebten weitgehende Assimilation an. Ziel nationaler Politik und ausländischer Hilfswerke war es, sie zu „entwickeln“. Ethnologen, die die Kultur der indigenen Völker nicht als minderwertig, sondern einfach als anders sehen, fordern schon seit Jahrzehnten deren Befreiung, die damit beginnt, dass ihr Lebensraum geschützt wird. Das widerspricht häufig den wirtschaftlichen Interessen von Staaten und Unternehmen. Landkonflikte sind an der Tagesordnung und werden oft blutig ausgetragen. Der Zukunft mit indigenen Völkern Lateinamerikas widmete sich Ende Juni eine hochkarätig besetzte Tagung in Deutschland.

Von Ralf Leonhard



Die Indigenen von Sarayaku gewannen vor Gericht gegen Ecuadors Regierung

**B**ei der Tagung „Die Zukunft der indigenen Völker Lateinamerikas“ in der oberschwäbischen Benediktinerabtei Weingarten ging es unter anderem um ein neues Verständnis für indigene Völker und deren Rolle für Gesellschaft und Umwelt im XXI. Jahrhundert. Nicht zuletzt ging es dabei um die Rechte der amerikanischen Ureinwohner.

Experten sprechen von 48 Millionen Menschen in bis zu 800 indigenen Völkern in Lateinamerika, von denen manche die Bevölkerungsmehrheit ausmachen, wie die *Maya* in Guatemala oder die *Quechua* und *Aymara* in Bolivien, die mit Evo Morales ja sogar den Staatspräsidenten stellen. Andere bestehen nur mehr aus wenigen Familienclans und sind im Begriff auszusterben, weil ihr Lebensraum und ihre Kultur verlorengegangen sind. Die einen leben im Hochland und sind in die westliche Kultur integriert, andere pflegen in den Urwäldern

ein Leben, das sich in tausend Jahren kaum verändert hat. Darunter sind Völker, von deren Existenz man weiß, die aber den Kontakt mit der westlichen Zivilisation meiden.

Die Tagung befasste sich vor allem mit den Urwaldvölkern Südamerikas, die vorrangig Ziel deutscher Entwicklungszusammenarbeit waren und auch heute noch sind. Ausgerichtet wurde die Konferenz von den großen deutschen Hilfswerken, der katholischen *Misereor* und der protestantischen Organisation *Brot für die Welt*. Sie haben seit den 1990er Jahren in ökumenischer Zusammenarbeit ihre Projektarbeit koordiniert und mit dem Ethnologen Volker von Bremen einen gemeinsamen Berater angestellt.

Dass es um Rechte und Freiheit geht und nicht um Entwicklung im traditionellen westlichen Verständnis, das ist bei den großen Hilfswerken längst Konsens. Die

entscheidende Wende war 1971 auf der Karibikinsel Barbados gelungen, wo der junge österreichische Ethnologe Georg Grünberg mit Unterstützung des Weltkirchenrates ein Treffen organisierte, bei dem sich nicht-indigene Anthropologen aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas austauschen konnten. Die Schlussklärung traf zwar anfangs auf viel Gegenwind, bewirkte aber letztlich ein Umdenken. Grünberg, inzwischen 74 Jahre alt: „Alle haben geradezu darauf gewartet, Stellung zu nehmen zu dieser unerträglichen Missetakerpolitik, aber auch der Politik der Missionen, die Kinder zu sammeln und gegen den Willen ihrer Eltern in Internate zu stecken, gegen diese Missachtung der Rechte und manchmal auch des Lebens dieser indigen Völker im nicht-andinen Gebiet“.

Selbst die meisten Staaten haben inzwischen anerkannt und in ihren Verfassungen festgeschrieben, dass die indigenen Völker Anspruch auf einen geschützten Lebensraum haben, der dem Zugriff der kapitalistischen Wirtschaft entzogen werden muss. Dass die Gesetze meist nicht eingehalten werden, wenn sich die Staaten von wirtschaftlichen Interessen leiten lassen, konnten die Delegierten der indigenen Völker anschaulich darstellen. Patricia Gualinga von der ecuadorianischen Gemeinde *Sarayaku* beeindruckte die Besucher einer für die Allgemeinheit offenen Abendveranstaltung mit der Schilderung eines jahrelangen Kampfes gegen ein Erdölprojekt auf ihrem Boden. Der Staat hatte 1996 eine Lizenz an den argentinischen Erdölkonzern CGC vergeben. Dahinter versteckt sich Kapital aus Frankreich und den USA, das die schmutzigen Seiten des Geschäfts lieber an ein wenig bekanntes Unternehmen auslagert. „Da man die Geschichte unseres Widerstandes kannte, beauftragten sie eine Firma von Ethnologen. Die kannten unsere Sprache, unsere Kultur und unsere Traditionen und begannen Schritt für Schritt unsere Willenskraft zu unterminieren.“

Einige der Nachbargemeinden hätten der Versuchung nicht widerstanden. Man versprach ihnen Schulen, Gesundheitszentren, Arbeitsplätze. Aber Sarayaku mit seinen 1.200 Einwohnern habe nicht nachgegeben. Man wollte keine Ölbohrungen, die das Wasser verseuchen und die Gemein-



schaft zerstören. Patricia Gualinga: „Wir sahen uns einer Militarisierung gegenüber, einer Strategie der Verleumdung, der Einschüchterung und der Blockade unserer Zufahrtswege. Aber wir haben monatelang standgehalten“. Ironischerweise kam die Wende, als man begann, sich der Instrumente des Gegners zu bedienen. „Wir haben die erste Internetleitung nach Sarayaku gebracht, um die Welt um Unterstützung zu bitten. Wir haben eine Webseite eingerichtet und all unsere Verbündeten von den Menschenrechtsorganisationen alarmiert, damit sie den ecuadorianischen Staat unter Druck setzen.“

Noch weiter geht die Erklärung indigener Rechte der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2007, die den indigenen Gemeinden nicht nur ein Recht auf Konsultation einräumt, sondern sogar deren Zustimmung zu staatlichen oder privatwirtschaftlichen Projekten einfordert. Allerdings ist sie anders als ein völkerrechtliches Abkommen nicht rechtsverbindlich. Inzwischen ist zwar die ILO-Konvention noch immer nicht von allen Staaten ratifiziert – Deutschland und Österreich etwa sind säumig –, doch in Lateinamerika hat sie zur Anpassung von Verfassungen geführt. Der Ethnologe Volker von Bremen:

„Das geht allerdings in den meisten Ländern noch lange nicht mit einer allgemeinen gesellschaftlichen Anerkennung einher“.

In Argentinien etwa ist den meisten Bewohnern von Buenos Aires gar nicht bewusst, dass ganz oben im Norden noch nomadisierende Völker leben, deren Lebensraum in den Wäldern des Chaco

in den vergangenen Jahrzehnten vor allem von großflächigen Sojakulturen beschnitten wurde. Und gerade in den Agrarexportländern werden die Indigenen als Entwicklungshindernis betrachtet. Entsprechend gering ist meist die Aufregung über getötete „Indios“. Malte Reshöft von Misereor kennt dieses Problem aus der eigenen Arbeit: „Das Thema der physischen Bedrohung von indigenen Völkern, wo es wirklich um Mord und Auslöschung geht, ist ein Phänomen, das wir mit steigender Tendenz beobachten, besonders in Brasilien und Kolumbien. Das steht in Zusammenhang mit Territoriumsfragen. Der Druck auf Ländereien wird tatsächlich immer größer“.

Brasilien hat im Vorjahr fast ein Viertel seines Bruttoinlandsprodukts im Agrarsektor erwirtschaftet. 2014 waren es erst knapp 17 Prozent. Weniger als ein Prozent der Landeigentümer kontrollieren 45% des Landes. Allein die Unternehmensgruppe des derzeitigen Agrarministers Blairo Maggi besitzt im Bundesstaat Mato Grosso 200.000 Hektar. 33 Millionen Hektar Land sind mit gentechnisch manipulierter Soja bepflanzt. Und die

Fläche steigt von Tag zu Tag – meist auf Kosten von Wäldern und indigenen Völkern. Für jene, die ihr Gebiet noch nicht rechtsverbindlich vermessen, abgesteckt und garantiert haben, ist es noch schwieriger. Malte Reshöft: „Leider gibt es eine nicht unbedeutende Anzahl an Brasilianern, die die Forderung nach indigenen Territorien und Rechten als Behinderung des Fortschritts der gesamten Nation empfinden“.

Wie ist das in Bolivien, das sich eine der fortschrittlichsten Verfassungen der Welt gegeben hat, die von einem plurinationalen Staat spricht, und außerdem vom Aymara Evo Morales regiert wird? Adhemar Mole vom Volk der *Mojeños* im bolivianischen Tieflanddepartement Beni, seufzt tief: „Wir haben eine der schönsten Verfassungen. Sie garantiert die Rechte aller Menschen, aber leider wird sie nicht eingehalten. Bolivien hat hohes Wirtschaftswachstum, aber bei den Indigenen ist nichts davon angekommen. Denn die Macht haben noch immer die Gleichen. Sie haben sich mit Evo verbündet: die Viehzüchter, die Unternehmer, die Kooperativen. Wir Indigenen sind genauso ausgegrenzt wie vorher. Unser Territorium ist ein Paradies, aber trotzdem leben wir in prekären Verhältnissen. Wir verlangen vom Staat nicht mehr, als dass er seiner Aufgabe nachkommt und unsere Rechte respektiert“.

Adhemar Mole und seine Leute wehren sich seit Jahren gegen eine große Straße, die die Regierung durch das Naturschutzgebiet *Tipnis* bauen will: „Es heißt, die Straße soll Entwicklung bringen: Schulen, Gesundheit, staatliche Dienstleistungen. Das ist aber völlig falsch. Denn die indigenen Gemeinden liegen hunderte Kilometer abseits dieses Projekts. Es dient den Koka-Bauern, die dort ihre Felder haben und führt zu den Ölquellen, die die Regierung mit einem brasilianischen Konzern ausbeuten will. Deswegen gibt es Widerstand in Tipnis, den wir auch in die internationalen Gerichtshöfe getragen haben“.

Auch die Bolivien-Kennerin Juliana Ströbele-Gregor, die lange Jahre an der Freien Universität Berlin gelehrt hat, ist von Evo Morales „entsetzlich enttäuscht“. Er betreibe eine Wirtschaftspolitik, „die sich in ihrer neoliberalen Praxis keineswegs von der seiner Vorgänger absetzt“. Selbst wenn Indigene regieren, ist das für indigene Rechte also nicht unbedingt eine gute Nachricht. ■



Foto: Leo Gabriel

Indigene Zeremonie vor Abgeordneten in Nicaragua

Man installierte also mitten im Urwald eine Satellitenschüssel und betreibt über Solarzellen ein Internetcafé. Gleichzeitig wurde der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte angerufen, der der Gemeinde Sarayaku schließlich im Jahr 2012 Recht gab. Ihr Recht auf selbstbestimmtes Leben wurde bestätigt. Der Ölkonzern musste abziehen, samt dem in Sarayaku gelagerten Sprengstoff für die Ölbohrungen – allerdings nicht, ohne vom Staat eine fette Entschädigung für die entgangenen Gewinne einzufordern. Entschädigt werden musste auch die Gemeinde, die mit dem Geld eine Bank für Kleinkredite gründete und zwei Flugzeuge anschaffte, mit denen Kranke und Verletzte ins nächste Spital gebracht werden können.

Die Einwohner von Sarayaku beriefen sich unter anderem auf die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Sie richtet sich an die Nationalstaaten mit Blick auf die „in Stämmen lebenden Völker und Gemeinschaften“ und schreibt deren Recht, auf ihrem Territorium zu leben, fest. Vor jedem Eingriff durch staatliche oder private Akteure muss die Gemeinschaft konsultiert werden.

# DIE RÜCKKEHR DER MILITARISIERUNG

Unterstützt vom Justizsystem, wächst in der Region erneut die Macht der Militärs.

Von Brett J. Kyle und  
Andrew G. Reiter

**A**m 11. November 2017 wurden in São Gonçalo, Brasilien, acht Zivilisten in einer von Polizei und Militär gemeinsam durchgeführten Sicherheitsoperation getötet. Überlebende und Zeugen berichteten, sie hätten schwarz gekleidete Spezialkräfte gesehen, die von Hubschraubern abgesetzt wurden und von einem Waldgebiet aus das Feuer eröffneten. Die Gewehre waren mit Zielfernrohren ausgestattet. Das Militär lehnte es jedoch ab, den Fall zu untersuchen oder mit Zivilbehörden zu kooperieren. Durch ein im Vormonat erlassenes Gesetz ist es dazu berechtigt.

Das vom brasilianischen Kongress im Oktober angenommene Gesetz Nr. 13.491 sieht vor, dass Militärgerichte für Militärangehörige, denen die Verletzung von Menschenrechten vorgeworfen wird, zuständig sind. Davor hatte das Verteidigungsministerium öffentlich argumentiert, solche Fälle der zivilen Justiz zu überlassen würde Polizeioperationen behindern. Die Regierung von Michel Temer setzt vermehrt die Streitkräfte für Polizeiaufgaben im Inland ein, sei es gegen AktivistInnen für Landrechte in ländlichen Gebieten oder in den Favelas und Peripherien der Großstädte.

Im Rahmen von Brasiliens „Befriedigungspolitik“ wurden im Jahr 2008 Soldaten in den Favelas von Rio de Janeiro stationiert, und die Militarisierung intensivierte sich vor der Fußball-WM (2014) und den Olympischen Spielen (2016). Wie *Human Rights Watch* berichtet, werden Jahr für Jahr tausende Zivilisten von Militär und Polizei getötet. Das im Februar geschaffene neue Ministerium für Öffentliche Sicherheit leitet ein Armeegeneral, und im Mai wurde Militär gegen Straßenblockaden durch streikende LKW-Fahrer eingesetzt. Es handelte sich um den ersten derartigen Armeeeinsatz seit dem Ende der Militärdiktatur 1985.

Das Gesetz über die Militärgerichtsbarkeit erleichtert es den Streitkräften, ihre Mitglieder davor zu schützen, für Übergriffe zur Verantwortung gezogen zu wer-

den, da über jede potentielle Strafverfolgung somit die Streitkräfte selbst entscheiden.

Die Militarisierung des brasilianischen Justizsystems ist kein Einzelfall. In ganz Lateinamerika wächst die Rolle der Militärgerichte in der Rechtsprechung. Im Juni 2015 beschloss Kolumbien ein dem brasilianischen ähnliches Gesetz, das die Zuständigkeit für die meisten von Militärangehörigen begangenen Verbrechen zu den Militärgerichten verschob. Das Verfassungsgericht blockierte zwar die ersten beiden Versionen des Gesetzes, doch ist es inzwischen in einer leicht modifizierten Fassung in Kraft. In Venezuela werden Militärgerichte seit 2005 häufig bei der Verfolgung von Zivilisten eingesetzt, die an regierungskritischen Protesten teilgenommen haben. In Chile werden Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch das Militär nach wie vor in Militärgerichten verhandelt.

Ähnliche Gesetze dürften bald auch in Zentralamerika beschlossen werden, wo die Regierungen unter dem Vorwand der Bekämpfung von Verbrechen, Drogenhandel und Bandengewalt zunehmend auf das Militär zurückgreifen. Mexiko hat 2014 Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch Soldaten von Militär- auf Zivilgerichte übertragen, doch das Gesetz über Innere Sicherheit vom Dezember 2017, das dem Militär in diesem Bereich erhebliche Macht gibt, könnte die Rolle von Militärgerichten wieder stärken.

## Der Missbrauch von Militärgerichten in Lateinamerika

Die Militärgerichtsbarkeit ist nicht per se problematisch. Sie können etwa Militärpersonal für Vergehen wie Insubordination verurteilen, für die es in der zivilen Welt keine Entsprechung gibt. Doch wenn Militärgerichte ihre Rechtsprechung – in manchen Fällen sind sogar Zivilpersonen angeklagt – auf Verbrechen wie die Missachtung von Menschenrechten ausdehnen, dann unterminiert dieses parallele Justizsystem den Rechtsstaat. Wenn Militärgerichte selbst über Aktionen des Militärs urteilen können, ermöglicht das eine Sonderbehandlung des militärischen Personals und kann seine Bestrafung vereiteln.

Die Geschichte des Machtmissbrauchs durch Militärgerichte in Lateinamerika ist

lang. Für die meisten der autoritären Regime, die in den 70er und 80er Jahren die Region prägten, waren sie ein Instrument der Unterdrückung. In Uruguay wurden Zivilisten, denen Verbrechen gegen die nationale Sicherheit vorgeworfen wurden, vor Militärgerichte gestellt. In Chile wurden während der Pinochet-Diktatur Militärgerichte vielfach gegen Zivilisten eingesetzt, besonders in den ersten fünf Jahren der Diktatur in der Form von „Kriegstribunalen“ im Rahmen des 1973 erklärten „Belagerungszustands“.

Darüberhinaus statteten Regime, die gegen Aufstandsbewegungen kämpften, ihr Militär mit großen rechtlichen Kompetenzen aus. Bis zur Mitte der 80er Jahre konnte Kolumbiens Militär Zivilisten für alle möglichen Verbrechen verurteilen, sobald in einer Region ein „Belagerungszustand“ herrschte; dieser konnte per Dekret erklärt werden, wenn der Präsident entschied, die öffentliche Ordnung sei gestört worden. Jeder dort von den Streitkräften verübte Tötungsakt war damit rechtlich gedeckt, sofern es dazu im Rahmen einer geplanten Aktion gekommen war.

Während Guatemalas Bürgerkrieg schuf das Militär geheime Sondergerichte zur Verurteilung von Zivilisten und verhängte in der Regel die Todesstrafe durch Hinrichtung. In Peru ließ Präsident Alberto Fujimori, als er in den 1990er Jahren den Kampf gegen *Sendero Luminoso* intensivierte, wieder Militärgerichte einrichten. Er entschied, dass das Militär für alle vage als Terrorismus eingestuft Verbrechen zuständig war, und Militärgerichte urteilten regelmäßig über Zivilisten.

## Der Kampf für Reformen

Das Ringen um die Reform der Militärgerichte dauerte weit über den Übergang zur Demokratie hinaus in ganz Lateinamerika an. In vielen Ländern war die Machtverteilung im Rechtssystem eines der letzten Relikte autoritärer Herrschaft, wobei sich die Militärs standhaft gegen die Versuche wehren, sie der zivilen Gerichtsbarkeit zu unterstellen. So galt in Guatemala ein aus dem Jahr 1878 stammender militärischer Rechtskodex, bis ihn der Kongress in den 90er Jahren schließlich reformierte. In der Dominikanischen Republik landeten von den Militärs verübte Verletzungen der Menschenrechte erst ab



Foto: Felipe Barra

Militärzeremonie in Brasilien, 2012

2002 vor zivilen Gerichten. In Bolivien war 2004 ein Urteil des Verfassungsgerichts nötig, um das zu bewirken. In Ecuador und Argentinien dauerte es bis 2008, dass sich Militärs für nicht militärspezifische Verbrechen vor zivilen Gerichten verantworten mussten.

Auch wenn die Gesetzestexte geändert waren, behinderten die Militärs in vielen Ländern weiterhin die Arbeit der Ziviljustiz, indem sie Beweise manipulierten und ZeugInnen einschüchterten. In extremen Fällen, wie in Honduras nach dem Putsch von 2009, bedrohten Militärangehörige zivile Ermittler mit dem Tod. In Guatemala setzen Anwälte der Verteidigung eine Vielzahl von Verzögerungstaktiken ein, etwa durch wiederholte Anträge, RichterInnen von einem Fall abzuziehen, oder indem sie fordern, dass diese sich für befangen erklären. 1999 wurden Soldaten wegen ihrer Beteiligung am Massaker von Dos Erres im Jahr 1982 verhaftet, bei dem über 200 Menschen ermordet wurden. Erst 2011, volle zwölf Jahre später, kam es zu den ersten Verurteilungen.

Nur durch den anhaltenden Einsatz von MenschenrechtsaktivistInnen und wichtige Gerichtsurteile ließen sich in diesen Ländern Reformen erreichen. Einheimische Anwälte und Richterinnen konnten sich auf jenes Urteil des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofes aus dem Jahr 1999 berufen, das den Einsatz von Militärgerichten zur Verfolgung von

Verletzungen der Menschenrechte zurückwies – unter Verweis auf Artikel 7 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention. Er besagt: „Wer seiner Freiheit beraubt ist, hat Anspruch auf Zugang zu einem zuständigen Gericht“. Dieses Rechtsmittel dürfe „weder eingeschränkt noch abgeschafft werden“.

In vielen Fällen ließ sich die Reform nur in direkten Verhandlungen mit dem Militär erreichen, wobei die Regierungen im Gegenzug Zugeständnisse in anderen Bereichen machten. In Argentinien etwa bestand der Preis für die Justizreform in einer signifikanten Erhöhung des Militärbudgets durch Präsident Néstor Kirchner.

Es überrascht kaum, dass die Militärs der Region ihre rechtlichen Machtpositionen nur widerstrebend aufgaben. Hunderte Militärangehörige der Region standen wegen Menschenrechtsverletzungen vor Gericht, von einfachen Soldaten bis zu ehemaligen Staatschefs wie General Pinochet in Chile und Ríos Montt in Guatemala, beide inzwischen verstorben. Amnestiegesetze zugunsten von Militärs, die entweder als Teil von Friedensabkommen ausgehandelt oder als Bedingung der Machtübergabe beschlossen worden waren, wurden systematisch aufgehoben: durch kreative Richter umgangen (Argentinien), durch Gerichtsentscheide außer Kraft gesetzt (Peru) oder unter dem Druck von Menschenrechtsorganisationen zurückgenommen (Uruguay).

## Das Wiedererstarken der Streitkräfte

Das Wiedererstarken der Militärgerichte ist eine erschreckende Entwicklung, bedenkt man, wie repressiv sie waren und wie langwierig und schwierig es für die zivilen Reformkräfte war, sie zurückzudrängen. Diese Entwicklung droht, Jahrzehnte des Ausbaus der Menschenrechtsgesetze und der Justizreform rückgängig zu machen.

Viele Politiker sind mit dem Versprechen der „Härte gegenüber dem Verbrechen“ angetreten und haben das Militär für Polizeioperationen im Inland aufgeboten, etwa in Brasilien, Ecuador, Mexiko, Guatemala, El Salvador und Honduras.<sup>1</sup> Um gegenüber ihren WählerInnen Erfolge im Kampf gegen Drogenhandel und Bandengewalt vorweisen zu können, wenden sich gewählte Mandatäre an ihre Militärs und statten sie per Gesetz mit zusätzlicher Macht aus. Unter diesen Umständen erscheinen Demokratie und die Verteidigung der Menschenrechte als miteinander nicht vereinbar. PolitikerInnen reagieren auf den Druck der Öffentlichkeit und verfolgen dabei eine Politik, die zu bisherigen Fortschritten bei der Beschränkung der Macht des Militärs im Widerspruch steht. Das Gesetz, das in Kolumbien 2015 die Zuständigkeit für den Großteil der von Militärs verübten Verbrechen wieder an Militärgerichte übertrug, wurde mit großer Mehrheit gegen nur wenige Stimmen linker Politi-

⇒ von Seite 13: RÜCKKEHR DER MILITARISIERUNG

ker angenommen. Die entsprechende Maßnahme des Jahres 2017 in Brasilien wurde vom Senat mit großer Mehrheit gebilligt.

Um der Welle der Machtzunahme des Militärs per Gesetz zu trotzen und die Rückschläge zurückzudrehen, wird seitens der MenschenrechtsaktivistInnen verstärkte Wachsamkeit nötig sein. Sie müssen versuchen, den Sicherheitsdiskurs, der die Wahlen in Ländern wie Guatemala und Honduras zuletzt dominiert und rechten Populisten zum Aufstieg verholfen hat, durch ein anderes Narrativ zu ersetzen. Eine Welle linker PolitikerInnen ist in der Vergangenheit an die Macht gekommen, indem sie eine Verteilung des Reichtums und Pläne zur Bekämpfung der Armut versprachen – jene Art von Politik, die nötig ist, um den jüngsten Anstieg der Verbrechensrate an der Wurzel zu bekämpfen. Der Wahlerfolg von Andrés Manuel López Obrador in Mexiko, der mit dem Slogan „*Abrazos, no balazos*“ (Umarmungen statt Schüsse) warb, ist in dieser Hinsicht ermutigend.

Vor allem wird das ein wichtiger Test für die zivile Justiz in der Region sein. Die Justizreform war in den letzten drei Jahrzehnten für heimische NGOs sowie internationale Geldgeber ein zentrales Anliegen. Ihr Einsatz wird weitgehend vergeblich gewesen sein, wenn die Zuständigkeit für die schlimmsten von den Streitkräften begangenen Menschenrechtsvergehen nicht bei den zivilen Gerichten bleibt. Verfassungs- und Höchstgerichte werden darüber zu urteilen haben und eventuell Entscheidungen treffen müssen, die den Wünschen von Politik, Militär und sogar der öffentlichen Meinung widersprechen. Der Erfolg wird auch davon abhängen, ob der Interamerikanische Gerichtshof weiterhin der letzte Anker für die Demokratie in der Region bleibt und mit seinen Sprüchen den Gerichten der Länder den Rücken stärkt. ■

Bett J. Kyle ist Assistenzprofessor für Politikwissenschaft an der Universität von Nebraska-Omaha. Andrew G. Reiter ist ao. Professor für Politik und Internationale Beziehungen am Mount Holyoke College. Der Beitrag wurde auf der Seite <https://nacla.org> erstpubliziert; Übersetzung: Hermann Klosius

<sup>1</sup> Argentinien Präsident Mauricio Macri bestätigte am 23. Juli auf der Militärbasis Campo de Mayo den offiziellen Plan, das Militär auch bei Aufgaben der inneren Sicherheit einzusetzen.

## DIE ZENTRALAMERIKANISCHE

Weltweit verschwinden oder sterben unzählige MigrantInnen auf ihrem Weg. Allein in Mexiko sind es Tausende, die beim Durchqueren der Wüste verdursten, im Grenzfluss zwischen Mexiko und den USA ertrinken oder unterwegs verschwinden. Das Fehlen verifizierbarer Statistiken zur zentralamerikanischen (E)migration stellt ein großes Hindernis bei der Bewältigung dieses Problems dar. Je nach Quelle (NGOs, Schutzhäuser für MigrantInnen, akademische Untersuchungen, Regierungsangaben) schwankt die Anzahl der tatsächlichen oder versuchten Grenzüberschreitungen von Zentralamerika in Richtung USA seit 1995 zwischen 200.000 und 430.000 pro Jahr. Somit lässt sich nicht genau sagen, wie viele MigrantInnen sich auf die Flucht machen, wie viele erfolgreich ankommen und wie viele unterwegs verschwinden. Die Zahlen sind jedenfalls erschreckend. Die auf dem Weg in den Norden verschwundenen MigrantInnen sind die Unsichtbaren unter den Unsichtbaren.

Von José Jacques

Die zentralamerikanische Bevölkerung flieht vor der Gewalt des neoliberalen Modells, das alle Bereiche des Alltagslebens in Mitleidenschaft zog und den Gebrauch von Gewalt zur Norm machte, und dies unter komplizierter Nichtbeachtung durch die Regierungen. Trotz dieser Umstände trachten öffentliche Politik, Ausländergesetze und die Abkommen zwischen der nordamerikanischen Regierung und Mexiko danach, MigrantInnen auf der Flucht vor sozialer, politischer und wirtschaftlicher Gewalt zu kriminalisieren. Die Gewalt besteht auch wegen der Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit dem organisierten Verbrechen – sei es durch Unterlassung, Nachlässigkeit, geheimes Einverständnis, Protektion, Komplizenschaft oder Zustimmung –, sowie wegen der steigenden Korruption und Straflosigkeit.

Auf alle Fälle hat die Bewachung und Kontrolle der Südgrenze von Mexiko Anlass zu einer gnadenlosen Jagd auf die zentralamerikanischen MigrantInnen seitens der mexikanischen Behörden gegeben. Die sich auf der Durchreise befindlichen MigrantInnen sind in der Hand des organisierten Verbrechens. Vom mexikanischen Staat gedeckt, wurden Entführung, Erpressung und Menschenhandel zur zweitwichtigsten Einkommensquelle für die Kartelle. Gleichzeitig erhalten die mexikanischen Behörden großzügige „Entschädigungen“, weil sie den Menschenhandel zu Land, zu Wasser und auf dem Luftweg gewähren lassen.

Es werden alle möglichen Maßnahmen zum Stoppen des Migrationsflusses angewandt. Der *Plan Frontera Sur* etwa hat Mexiko mit zum gewalttätigsten Land der

Welt für MigrantInnen auf der Durchreise gemacht. Obwohl der Plan Südgrenze als Mechanismus zum Schutz der Menschenrechte von MigrantInnen und zur Erhöhung der Sicherheit im Land gerechtfertigt wurde, ist die Realität eine andere. Unterschiedliche Berichte sprechen von mehr als 20.000 Entführungen pro Jahr und von zwischen 72.000 und 120.000 verschwundenen ImmigrantInnen. 24.000 Leichen wurden in anonymen Gräbern auf Gemeindefriedhöfen verscharrt, über 40.000 nicht identifizierte Tote landeten in öffentlichen Leichenschauhäusern und eine unvorstellbare Zahl liegt in geheimen Massengräbern, die über das gesamte mexikanische Territorium verstreut und meist noch nicht gefunden, geschweige denn untersucht worden sind.

Trotz zahlreicher nationaler wie internationaler Untersuchungen, die ergeben haben, dass die Militarisierung des Landes die Zunahme von Menschenrechtsverletzungen, gewaltsamem Verschwinden und Straflosigkeit mit sich brachte, behält die mexikanische Regierung diese negative Politik bei. Ihre Hauptopfer sind die Verletztesten, unter ihnen die MigrantInnen und die VerteidigerInnen der Menschenrechte.

### Auftritt MMM

In diesem Kontext der Kriminalisierung und Entmenschlichung arbeitet die „Zentralamerikanische MigrantInnenbewegung“ (MMM: *Movimiento Migrante Mesoamericano*) gemeinsam mit den Betroffenen für deren Rechte und für die Sichtbarmachung der humanitären Krise, die in Mexiko stattfindet. Die Bewegung setzt sich aus AktivistInnen, Menschen-

## MIGRANTINNENBEWEGUNG



Zentralamerikaner auf dem gefährlichen Weg ins „gelobte Land“

rechtsverteidigerInnen, JournalistInnen und anderen Verbündeten zusammen. Schwerpunkte sind die Arbeit vor Ort und Aktionen, die direkt ihr Leben oder das ihrer Angehörigen betreffen.

Die Bewegung hat drei Hauptprojekte: 1. Die Karawane der zentralamerikanischen Mütter von verschwundenen MigrantInnen; 2. Brücken der Hoffnung; 3. Der Weltgipfel der zentralamerikanischen Mütter, die ihre auf der Durchreise verschwundenen Kinder suchen.

Diese Projekte konzentrieren sich auf die Suche nach den Verschwundenen und auf die Sichtbarmachung des Phänomens des erzwungenen Verschwindenlassens von tausenden MigrantInnen in Mexiko und anderen Regionen der Welt. Die Bewegung ist Teil einer Konstellation zivilgesellschaftlicher Organisationen Mexikos, die sich der Migrationsthematik widmen. Was sie einzigartig macht, ist die vorrangige Suche nach noch lebenden MigrantInnen. Gesucht wird entlang der Eisenbahnstrecken, in Gefängnissen und in am Weg gelegenen Gemeinden. Viele MigrantInnen verlieren durch organisierte Gewaltanwendung den Kontakt zu ihren Familien. Einige befinden sich in Gefängnissen, andere sind in Spitälern oder Herbergen, nachdem sie bei waghalsigen Eisenbahntransfers verunglückt sind. 300 MigrantInnen konnten auf diese Weise gefunden und mit ihren Familien in Zentralamerika wiedervereint werden. Andere Organisationen widmen sich der Identifizierung von sterblichen Überresten, die in geheimen Massengräbern gefunden wurden.

Trotz dieser Erfolge sind wir der Meinung, dass die Personensuche Aufgabe des

Staates ist. Da dieser untätig bleibt, werden die Familien der Verschwundenen und deren BündnispartnerInnen in der mexikanischen Zivilgesellschaft aktiv.

Darüber hinaus verlangen wir Gerechtigkeit für die tausenden in Mexiko überfallenen, entführten, ermordeten und verschwundenen MigrantInnen. Für einen realen Schutz ist ein Paradigmenwechsel notwendig. Der Weltpakt über Migration (*Global Compact*) könnte dazu beitragen.

### Globales Migrationsabkommen gefragt

Die diesbezüglichen Verhandlungen begannen 2016 im Rahmen der UNO. Ziel ist die Schaffung eines international anerkannten Rahmens, um die Durchreise von Personen gesichert und unter Beachtung ihrer Rechte ablaufen zu lassen. Auch wenn das Dokument legal nicht bindend sein wird, soll es doch helfen, über die rein sicherheitspolitische Perspektive hinauszugehen.

Angeführt von Mexiko (!) und der Schweiz befinden sich die Verhandlungen in der Etappe der finalen Konsultationen zwischen allen Nationen. Ausgenommen haben sich lediglich die USA, die mögliche Souveränitätseinschränkungen kritisieren, und Ungarn. Das Ausscheiden der USA als wichtigstem Zielland weltweiter Migration bedeutet natürlich einen erheblichen Rückschlag. Der *Global Compact* soll im Dezember 2018 unterzeichnet werden, hat aber bereits eine Welle der Kritik seitens der Organisationen zur Verteidigung der MigrantInnenrechte hervorgerufen. Sie weisen darauf hin, dass der Text vor allem die restriktive und selektive Po-

litik gegenüber menschlicher Mobilität zu verschleiern suche. Das offizielle Motto lautet „geregelte, sichere und geordnete Migration“, die Frage ist aber: für wen?

Zu Beginn der Verhandlungen haben die lateinamerikanischen Delegationen gemeinsam aufgezeigt, welche Punkte der Pakt berücksichtigen sollte, um die Herausforderungen der Migration in den betroffenen Ländern (Herkunft, Transit, Ziel, Rückkehr) effektiv behandeln zu können:

1. Gleicher Zugang der MigrantInnen zu den Sozialleistungen und deren Trennung von der Migrationskontrolle, besonders in Bezug auf Gesundheitsversorgung, Bildung und Rechtsprechung, einschließlich von Arbeitsrechten.

2. Ergänzung zwischen dem globalen Pakt für Migration und dem über Flüchtlinge, indem der Schutz jeglicher Person, die eine internationale Grenze passieren möchte, garantiert wird.

3. Regulierung der Migration unter Einhaltung von klaren Minimal Kriterien, welche die Einheit der Familie, die Eingliederung in den Arbeitsmarkt, die humanitären Gründe, die Situationen der Verletzlichkeit, die Zeit des Aufenthalts im Land und die sozialen Bindungen respektieren.
4. Bezugnahme auf die Arbeitsgesetze, besonders auf die bereits durch die Weltarbeitsorganisation (ILO) etablierten Standards hinsichtlich annehmbarer Arbeit und Arbeitsschutzmaßnahmen für alle MigrantInnen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

5. Verbot von kollektiver Ausweisung und Respektierung des Prinzips des *Non-Refoulement* (keine Rückschiebung).

6. Individuelle Verfahren bei Ausweisungen und Abschiebungen, die einen fairen Prozess, das Recht auf Verteidigung sowie Berufungsinstanzen vorsehen und individuelle Situationen berücksichtigen (Familieneinheit, Grad der sozialen Eingliederung, besondere Verletzlichkeit, Zeit des Aufenthalts und humanitäre Gründe).

7. Keine Kriminalisierung der Migration und Ablehnung der Haft als Instrument der Migrationspolitik. ■

José Jacques war in den 1980er Jahren als Anwalt für die Anliegen der mexikanischen MigrantInnen in den USA aktiv. Nach seiner Heimkehr wurde er Abgeordneter der PRD im mexikanischen Senat. Heute steht der 70jährige der Partei MORENA nahe. Zusammen mit seiner Frau Marta Soler gründete er das *Movimiento Mesoamericano de Migrantes (MMM)*, welches das Anfang November in Mexiko-Stadt stattfindende „Weltsozialforum der Migrationen“ organisiert. Übersetzung: Brigitte Ghafouri-Schmidt; Kürzung: Jürgen Kreuzroither

## ARGENTINIENS GESCHEITERTE ABTREIBUNGSREFORM: SIEG IN DER NIEDERLAGE?

Spätestens Mitte Juni, als die erste Parlamentskammer die allgemeine Legalisierung der Abtreibung bis zur 14. Schwangerschaftswoche knapp befürwortete, verwandelte sich Argentinien nach Irland zum nächsten Hotspot im Kampf um dieses Frauenrecht. Das Hoffen und Bangen der feministischen Bewegung ganz Lateinamerikas war groß bis zur Abstimmung in der zweiten Kammer am 8. August. Der Senat machte den Hoffnungen vorläufig ein Ende, doch angesichts der gelungenen breiten Mobilisierung ist Aufgeben seitens der Zivilgesellschaft keine Option.

Von Jürgen Kreuzroither

Die erhöhte Aufmerksamkeit über Landesgrenzen hinweg lässt sich erklären: Der Subkontinent weist die weltweit restriktivste Rechtssituation auf. Nur in Kuba, Uruguay und Guyana gibt es eine generelle Fristenlösung. Die Mehrzahl (so auch Argentinien) erlaubt den Schwangerschaftsabbruch nur bei Vergewaltigung oder bei Lebensgefahr für die Mutter. Und dann gibt es noch die Fundamentalisten: In Nicaragua, Honduras, El Salvador, der Dominikanischen Republik, Haiti und Surinam ist jeder Schwangerschaftsabbruch – bei zum Teil hoher Strafandrohung – untersagt. Mit anderen Worten: 97% der Bevölkerung des Subkontinents lebt in Ländern mit restriktiver Gesetzgebung.

Die Folgen: Geschätzte 6,5 Millionen Abtreibungen werden in Lateinamerika und der Karibik jährlich vorgenommen, davon drei Viertel illegal. Fast 800.000 Frauen erleiden aufgrund prekärer Umstände gesundheitliche Folgeschäden. Bezeichnend: Die Abtreibungsraten sind in der Karibik und in Lateinamerika die höchsten weltweit – also just in den Regionen mit der strengsten Gesetzgebung!

### Untauglicher Kompromiss

Indes sieht sich die argentinische Regierung angesichts der erwähnten breiten Mobilisierung dennoch zu einem – in ihren Augen – Entgegenkommen veranlasst. Im Zuge einer geplanten Strafrechtsreform soll der Schwangerschaftsabbruch entkriminalisiert werden. Konkret ist vorgesehen, der Richterschaft die Möglichkeit zu eröffnen, die betroffenen Frauen von einer Strafverfolgung auszunehmen oder eine Bewährungsstrafe zu verhängen. Darüber



hinaus soll die Höchststrafe von vier auf drei Jahre reduziert werden. Der Reformentwurf sieht auch vor, dass „die Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, eine Bewährungsstrafe erhalten, die auch durch eine alternative Bestrafung, wie Hausarrest oder Ableistung von Sozialstunden, ersetzt werden kann“.

Die nationale Kampagne für das Recht auf einen sicheren, legalen und kostenfreien Schwangerschaftsabbruch lehnt diese einfache Reform des Strafgesetzes als unzureichend ab. Die Schwangeren wären nicht nur den Entscheidungen eines zutiefst patriarchalen Justizsystems ausgeliefert, die Abtreibung würde damit auch weiterhin nicht als Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper verstanden. Der Teufelskreis der Geheimhaltung wird so nicht durchbrochen, und vor allem die armen Frauen riskieren weiterhin ihr Leben durch die Anwendung unsicherer Abtreibungspraktiken.

### Niederlage mit Potenzial

Bemerkenswert ist das Durchhaltevermögen der LegalisierungsbefürworterInnen. Nicht nur wurden über Monate wiederkehrende Großkundgebungen veranstaltet, die schließlich in der Einbringung des Reformvorschlages durch eine Gruppe von Abgeordneten mündete; es war der be-

reits siebente Anlauf für eine Gesetzesänderung seit dem Ende der Diktatur 1983.

Und die Erosion im Lager der Statusquo-AnhängerInnen war sichtbarer denn je: Offenbar überrascht vom Pro-Votum in der Abgeordnetenkammer kam deren Kampagne erst spät in Schwung. Die Straßenkundgebungen der ReformgegnerInnen blieben vergleichsweise überschaubar. Das machte Eindruck auf die EntscheidungsträgerInnen: Sowohl Präsident Macri als auch OppositionsführerIn Kirchner ließen – wiewohl sie sich persönlich gegen eine Reform aussprachen – „ihre“ Abgeordneten frei nach Gewissen abstimmen.

Auch nach der Abstimmungsniederlage ließen die in der Mehrzahl jungen AktivistInnen nicht locker: Die „Koalition für einen laizistischen Staat“ (CAEL) mobilisierte unmittelbar für eine Austrittswelle aus der Katholischen Kirche und überreichte der Bischofskonferenz noch im August mehr als 4.000 Austrittsgesuche.

Der Kampf um den legalen Schwangerschaftsabbruch dürfte sich in ganz Lateinamerika zuspitzen. Zum einen zeigen sich AktivistInnen vom jüngsten argentinischen Beispiel eher inspiriert als enttäuscht, zum anderen gewinnt das konservative Lager, nicht zuletzt durch das Erstarken evangelikaler Kirchen, an Dynamik. Dabei zeigte sich in den vergangenen Jahren eine leichte Liberalisierungstendenz: Uruguay führte die Fristenlösung 2012 ein, Chile und Kolumbien nahmen vom Totalverbot Abstand, und in Venezuela steht eine Lockerung auf der Agenda.

Das nächste „Schlachtfeld“ könnte Brasilien sein: Dort wird die Forderung nach einem Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche gerade höchstgerichtlich verhandelt. Doch der Widerstand seitens des konservativen Kongresses würde in eine spannende rechtsstaatliche Auseinandersetzung münden, und der laufende Wahlkampf gibt Gelegenheit für jede Menge markiger Law-and-Order-Ansagen.

Nicht der ideale Zeitpunkt, um von der WHO erhobene Tatsachen zu reflektieren: Mit Einführung der Fristenlösung sank die Abtreibungsrate überall signifikant, zuletzt in Uruguay. Trotz aller Verbote stieg sie in der Region hingegen von 23% (1990-1994) auf 32% (2010-2014).■



## MENSCHENRECHTSBEOBACHTUNG IN MEXIKO

Im Folgenden werden die Aufgaben einer Beobachtungsstelle für Menschenrechte beschrieben. Der Autor fungiert als Berater einer solchen, als Basisinitiative konzipierten Einrichtung im stark indigen geprägten mexikanischen Bundesstaat Oaxaca.

Von Eduardo Correa

**D**ie Aufgaben und Funktionen eines Beobachters sind vielfältig und müssen möglichst umfassend vom Personal eines Beobachtungszentrums abgedeckt werden. Zunächst muss klar sein, wie er/sie sich bei „Feldeinsätzen“ zu präsentieren hat, um geschützt und mit dem notwendigen Rüstzeug anzukommen, um Informationen zu erheben oder sicherzustellen, dass selbige von Behörden zur Verfügung gestellt werden. Er/sie muss auch den Schutz der erhaltenen Informationen gewährleisten können. In Fällen vermutterter Folterung oder gewaltsamen Verschwindenlassens von Personen müssen sie die Protokolle von Istanbul und Minnesota anzuwenden wissen.

Sie müssen das grundlegende Verfahren zur Anzeige einer Menschenrechtsverletzung kennen und wie sie weiterzuvorforschen ist, um zu einem erfolgreichen Abschluss zu kommen. Er/Sie muss wissen, was Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind und was sie kennzeichnet, um die Bestimmungen zum Schutz und zur Verteidigung der Opfer eines solchen Verbrechens voll anwenden zu können. Sie müssen wissen, wie die Information zu systematisieren ist und wie man ein Verzeichnis anlegt, um Fälle zu erstellen, die internationale Aufmerksamkeit verdienen. Sie müssen in der Lage sein, ein Archiv der Erinnerungen über Fälle von solchen Verstößen zu erstellen, um Strafanzeigen adäquat und zügig erstatten zu können.

Man könnte meinen, dass diese Aufgaben von einem spezialisierten Rechtsanwalt erfüllt werden sollten. Es handelt sich um verpflichtende Aufgaben der Behörden, der Staaten. Doch heute ist es die Bevölkerung, die sie übernehmen muss, als ob sie sich selbst zu regieren hätte, den Selbstschutz zu organisieren, die eigene (Rechts)Verteidigung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu garantieren

hätte. Wir müssen eine Organisation und Arbeitsteilung innerhalb dieser Schutzeinrichtung schaffen, damit, was die einen nicht beachten, von anderen nach ihrem Wissensstand übernommen wird.

Wir müssen die Möglichkeiten der Anzeige und der Schutzbegleitung auf allen Ebenen vervielfältigen, von der nationalen Ebene bis zur Bildung internationaler Aktionsketten, um die größtmögliche Öffentlichkeit für jene Rechtsverletzungen zu schaffen, die unsere Bevölkerung bedrängen. Wir müssen unsere politischen und wirtschaftlichen Kenntnisse erweitern, um die kausalen Verkettungen besser begründen zu können, die so viele Menschenrechtsverletzungen in unserem Land hervorbringen.

### Aufbau weiterer Zentren des historischen Gedächtnisses ...

... um beständiger Anklagen erheben zu können, die besser fundiert sind, adäquate Information liefern und so eine bessere Wirkung erzielen.

... um die Formen der Sichtbarmachung und Information über das Geschehen auszuweiten.

... um sicherzustellen, dass alle vom Ausmaß der Tragödie erfahren, die unsere Geschwister durchleben, denen mit dem klaren Ziel Gewalt angetan wurde, sie von ihrem Land zu vertreiben, wo der Terror essenziell für diese Vertreibung ist, um das soziale Netz zu zerreißen, um jede Solidarität zu zerstören. Ein Terror, dessen unmittelbare Akteure die Staaten sind, oder als Komplizen derer fungieren, die Politiker und Presse als „kriminelle Banden“ oder „organisiertes Verbrechen“ bezeichnen.

Mittels Terror machen sie Schluss mit der regionalen sozialen Selbstverteidigung. Mittels Terror sorgen sie für Zwangsumsiedlungen. Mittels Terror werden schließ-



Beratung im Menschenrechtszentrum Tlachinollan, Guerrero

lich regelrechte Belagerungszustände geschaffen, so dass sich die Menschen nicht mehr auf die Straße trauen und sich nicht mehr zusammentun.

All das muss in den Gedächtniszentren zum Ausdruck kommen: Die Folterung, Hinrichtung und Ermordung von sozialen Führungskräften, das gewaltsame Verschwindenlassen, die Zwangsumsiedlung verjähren als Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht.

Das düsterste Beispiel ist das Verschwinden. Jeden Tag und jede Nacht ihres verbleibenden Lebens denken, fühlen die Familienmitglieder eines Verschwundenen, dass sie ihn finden werden: im Passagier, der sich in den Fonds des Busses setzt, im Tumult der U-Bahn, zwischen denen, die sich zum Torjubel erheben, beim Anruf, der zur Unzeit kommt. Es ist ein dauerhaftes und wiederholtes Verbrechen, das sich nicht bloß gegen den Verschwundenen richtet, sondern gegen dessen gesamte Familie, Freundeskreis und Nachbarschaft. Es ist eine Politik des Terrors, errichtet, kaltblütig kalkuliert und geplant durch die schlimmsten Handlanger des Systems.

Gelehrt wurde sie den lateinamerikanischen Militärs und Polizisten in der (US-geführten) „Schule der Americas“. Und gerade deshalb ergibt sich die stete Möglichkeit der Strafanzeige, national wie international, vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte, vor dem Gerichtshof in Den Haag, vor dem Inter-

⇒ von Seite 17: MENSCHENRECHTSBEOBACHTUNG

nationalen Strafgerichtshof. Die Archive des historischen Gedächtnisses werden in diesen Prozessen eine weitreichende Rolle spielen. Weder Vergeben, noch Vergessen! Das Verlangen nach Gerechtigkeit wird sich auf die dort konzentrierte Information stützen.

### Schaffung eines interpretierenden und erklärenden Rahmens

In ihrer Untersuchung der „Operation Condor“ lehrt Stella Calloni allen Suchern nach der Wahrheit, dass es mit langen Listen von Staatsverbrechen nicht getan ist, will man verstehen, was im Rahmen eines Staatsterrorismus geschieht. Sie plädiert für eine genauere Nachverfolgung derer, die das Kommando und die Steuerung der Repression innehaben. Es ist bezüglich dieser Befehlsketten zu ermitteln, wer die „Spezialkurse“ absolviert hat. Derart lässt sich ein anderes Interpretationsniveau dessen erreichen, was davor als lange Kette isolierter, zufälliger Verbrechen erschien.

Desgleichen muss analysiert werden, wer von den gewaltsamen Vertreibungen und anderen Auswirkungen des systematischen Terrors profitiert. Mit Sicherheit finden wir darunter Bergbauunternehmen, Ölförderfirmen und internationale Konzerne für transgenes Saatgut, Agroenergie oder zur Ausbeutung der biologischen Vielfalt; Ingenieurunternehmen, die mit der Errichtung eines Staudamms oder eines anderen Energieerzeugungssystems beauftragt wurden, das sich nicht mit der Anwesenheit der lokalen Bevölkerung verträgt.

Auf dieses Wissen über die Verantwortlichen kann sich eine künftige internationale Anklage stützen. Wenn das die Staaten nicht leisten, müssen wir diese Aufgabe übernehmen. Aus solchen Informationen lässt sich der Charakter des Verbrechens gegen die Menschlichkeit genauer erklären und die wiederholte Erklärung überwinden, dass es sich dabei um Taten von „kriminellen Banden“ oder des „organisierten Verbrechens“ handelt. ...

Willkommen bei der Suche nach der Wahrheit! Willkommen bei der Beobachtungsstelle für die Menschenrechte der Völker Kolumbiens, von ganz Lateinamerika! ■

Eduardo Correa, Kolumbianer, ist Professor an der Fakultät für Menschenrechte an der UACM in Mexiko Stadt.

## HISTORISCHES URTEIL FÜR DIE

Der Gerichtshof der im südlichen Andenhochland gelegenen Provinz Azuay verfügte am 3. August in zweiter Instanz die Einstellung des Bergbauprojekts *Río Blanco*. Diese historische Entscheidung gegen eines von fünf von der Regierung als strategisch eingestuften Bergbauprojekten ist Ergebnis des langjährigen Widerstands lokaler Gemeinden und des dabei in der ganzen Provinz gewachsenen Umweltbewusstseins.

Von Alberto Acosta

Bereits am 1. Juni hatte der Richter Paul Serrano auf die Forderungen der betroffenen Gemeinden nach Schutzmaßnahmen reagiert und die Aktivitäten des chinesischen Unternehmens *Ecuagoldmining* suspendiert. Sowohl dieses Unternehmen als auch die ecuadorianische Regierung – allen voran die Minister für Bergbau und Umwelt – hatten seither gegen diese Entscheidung angekämpft, was angesichts ihrer Kampagne für einen „verantwortungsvollen Extraktivismus“ nicht überraschte.

Wie in zahlreichen anderen Bergbauprojekten war das Projekt der Goldmine *Río Blanco* ohne Rücksicht auf die Rechte und den Protest der Gemeinden, ungeachtet seiner Umweltfolgen vorangetrieben worden. Der Abbau von Bodenschätzen ist mit Gewalt verbunden, Gewalt ist geradezu eine Voraussetzung des Bergbaus. Er wird in der Regel ohne Rücksicht auf seine Auswirkungen betrieben, seien die Schäden sozialer, ökologischer, politischer, kultureller oder sogar wirtschaftlicher Natur. Dafür gibt es in Ecuador viele Beispiele: die Cordillera del Cóndor, die Provinzen Morona Santiago und Zamora Chinchipe, die Mine Intag in Imbabura.

Das Urteil zu Río Blanco erkennt die Bedeutung der Zone als (seit 2013) Teil des weltweiten Netzes von Biosphärenreservaten der UNESCO an. Dieses Reservat umfasst die pazifischen und atlantischen Abhänge der Anden, nahezu eine Million Hektar in den Provinzen Azuay, Cañar, El Oro und Guayas, von Ödland über Feuchtgebiete und Mangrovenwälder bis zu marinen Ökosystemen. Dank seiner geographischen und klimatischen Bedingungen ist die biologische Diversität

außerordentlich hoch, etwa im Nationalpark *El Cajas*, wo auch Río Blanco liegt.

Die Entscheidung zu Río Blanco ist insofern von historischer juristischer Tragweite, als sie mehrere verfassungsmäßige Rechte verteidigt: das *Buen Vivir* (Gutes Leben), die Menschenrechte, die Rechte der Territorien und Gemeinden sowie die Rechte der Natur. Es wird anerkannt, dass der Staat das Recht der indigenen Gemeinden auf ihre freie und informierte Einbeziehung missachtete, von ihrer ausdrücklichen Zustimmung gar nicht zu reden – und das in einer Region, die seit über 20 Jahren Widerstand gegen den Bergbau leistet. Ähnlich verhält es sich bei den meisten Bergbauprojekten des Landes.

Der Spruch des Gerichts von Azuay bezieht sich auch auf das Ergebnis des Referendums vom 4. Februar 2018, dessen fünfte Frage sich auf das explizite Verbot des Metallbergbaus in Naturschutzgebieten bezog und sowohl auf nationaler Ebene als auch in der Gemeinde Molleturo (nahe Río Blanco) mit großer Mehrheit angenommen wurde. Der Metallbergbau sei somit in Schutzzonen ausnahmslos verboten, und damit auch in *El Cajas*.

Es sei nötig, so das Urteil weiter, das anthropozentrische Nützlichkeitsdenken zugunsten biozentrischer Gesichtspunkte aufzugeben, der Grundlage für die Rechte der Natur. „Die in diversen internationalen Dokumenten und auch in der Gesetzgebung der einzelnen Länder anerkannten Menschenrechte waren lange Ausdruck einer völlig anthropozentrischen Sicht der Umweltrechte. Doch sie wird heute durch eine biozentrische oder ökozentrische Vision abgelöst, der zufolge der Mensch nicht das einzige Wesen ist, das Schutz braucht und wichtig ist. Alle Lebewesen und sogar die Erde und Natur selbst verdienen Respekt und Schutz durch das Rechtssystem eines Landes... Die Natur muss als eine Gesamtheit gesehen werden, die verschiedene Ökosysteme umfasst: Lebewesen, natürliche Ressourcen und den Menschen. Als Teil dieses Ganzen muss er seinen Lebensraum schützen ...“

Diese Rechte sind über die Grenzen unseres Landes hinaus von Bedeutung. So hebt etwa der uruguayische Sozialökologe Eduardo Gudynas die internationale Relevanz der in der Verfassung von *Montecristi* formulierten Rechte der Natur hervor: „Die Idee, die Natur als ein Subjekt mit

## RECHTE DER NATUR IN ECUADOR



Gemeindezentrum in Junin: Kampf gegen Bergbau ist Programm

Rechten zu betrachten, ist keine Seltenheit mehr. Vor nunmehr zehn Jahren wurde mit ihrer Anerkennung durch die Verfassung von Ecuador der erste Schritt in diese Richtung getan... Trotz anfänglicher Kritiken und Skepsis und der mangelhaften Umsetzung dieser Idee hat es in der letzten Dekade andere solche Ansätze gegeben, sowohl in Lateinamerika (Bolivien, Kolumbien und Argentinien) wie in anderen Kontinenten (Indien, Neuseeland)“.

Erwähnenswert ist außerdem, dass das Projekt Río Blanco auch jener Bestimmung der Verfassung von Montecristi vom April 2008 widerspricht, die Bergbauaktivitäten in Quellgebieten ebenso untersagt wie an Flüssen, Seen, in Feuchtgebieten, Mangroven- und Urwäldern. Neben dem Wasser und der Biodiversität steht das Leben der Gemeinden auf dem Spiel, ja selbst die Zukunft des Landes.

Das Ende der Mine Río Blanco ist ein wichtiger Erfolg. Es bedeutet auch eine Bekräftigung des Geistes von Montecristi, wo vor zehn Jahren eine Verfassung erarbeitet wurde, die am 28. September 2008 von Ecuadors Bevölkerung mehrheitlich angenommen wurde. Von Anfang an haben sie Konservative aller Schattierungen in Frage gestellt, die seit einigen Jahren nach einer neuen Verfassung rufen.

Die Einstellung der Goldmine ist – wie auch die langsame Entkriminalisierung von Verteidigern der Menschenrechte und der *Pachamama* – nicht der einzige erfreuliche Erfolg der jüngsten Zeit:

Eine von Ecuadors Verfassungsgericht am 10. Juli veröffentlichte Entscheidung ist von vergleichbarer historischer Bedeutung. Das Gericht wies ein vom Konzern *Chevron-Texaco* eingelegtes Rechtsmittel zurück und bestätigte das Urteil, das den Konzern zur Zahlung von 9,5 Mrd. Dollar als Entschädigung für die sozialen und ökologischen Schäden verpflichtet, die er zwischen 1964 und 1992 im ecuadorianischen Amazonasgebiet verursacht hat.

Mit diesem Gerichtsbeschluss endet die juristische Auseinandersetzung vor den Gerichten Ecuadors. Seit 25 Jahren fordern die durch den Konzern geschädigten indigenen Gemeinden und SiedlerInnen Gerechtigkeit. Sowohl das Unternehmen selbst wie auch diverse ecuadorianische Regierungen – einschließlich jener von Rafael Correa – haben ihnen dabei immer wieder Steine in den Weg gelegt. Diese Auseinandersetzung wird in internationalen Instanzen weitergehen – selbst wenn sie, wie es Pablo Fajardo, einer der langjährigen Anwälte der Betroffenen, formuliert hat, „bis zu den Grenzen der Hölle“ führen sollte.<sup>1</sup>

In diesem Prozess geht es, wie ich es im Jahr 2011 formuliert habe, als das jetzt bestätigte Urteil gefällt wurde, um einen „Sieg der Menschheit“: „Die Bedeutung dieses Urteils geht über die Summe, die Texaco früher oder später wird zahlen müssen, hinaus. Es eröffnet die Gelegenheit, die durch Ölförderung und Bergbau verursachte Kontaminierung zu bestrafen

und einzustellen... Dieses Urteil weist auf die Notwendigkeit einer globalen ökologischen Justiz hin, die den Menschenrechten und den Rechten der Natur weltweit zur Geltung verhilft. Das erfordert angemessene internationale Rechtsinstanzen, betreffen die Umweltprobleme doch die Menschheit in ihrer Gesamtheit. Deshalb stellt dieses Urteil gegen Texaco einen Sieg der Menschheit dar.“

Einen Erfolg stellt auch die Aufhebung der – unter der Regierung Correa im Jahr 2015 verfassungswidrig durchgesetzten – Verfassungsänderungen dar. Sie wurde durch eine umstrittene Entscheidung des Verfassungsgerichts erreicht. Damit wird den BürgerInnen und den autonomen regionalen Regierungen das verfassungsmäßige Recht zurückgegeben, zu wichtigen Themen Volksbefragungen durchzuführen. Ein solches Beispiel war die Initiative des Kollektivs *Yasunidos* für eine Abstimmung über die Ölförderung im gleichnamigen Nationalpark, die von der Regierung Correa aber vereitelt wurde.

Den jüngsten Erfolgen zum Trotz sind die Gefahren des Extraktivismus nicht gebannt. Seine Fürsprecher werden zum Gegenangriff übergehen. Das Umweltministerium bastelt bereits an rechtlichen Manövern, um die Gerichtsentscheidung über Río Blanco abzuschwächen oder zu umgehen. Aktuell scheint in Ecuadors Justiz aber ein frischer Wind der Autonomie zu wehen, was während der Regierung Correa undenkbar gewesen wäre; er hätte längst die Bestrafung oder Absetzung der verantwortlichen Richter angeordnet.

Wir erleben also gerade einen historischen Moment. Wir müssen unsere Anstrengungen verdoppeln, ausgehend vom Einsatz diverser Gemeinden, die – seit Jahren – das Leben verteidigen und dem Druck der transnationalen Bergbauinteressen sowie ihrer Handlanger wie Rafael Correa und Lenín Moreno widerstehen. Es ist sicher ein ungleicher Kampf, in dem die Hoffnung jedoch nie aufgegeben wird. Nur nachhaltiger politischer Einsatz wird dabei das Vordringen des Bergbaus aufhalten können und den Aufbau eines demokratischen Ecuador erlauben. ■

Der Autor, ecuadorianischer Ökonom und Universitätsprofessor, war Minister für Energie und Bergbau und Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors. Übersetzung und Kürzung: Hermann Klosius

<sup>1</sup> Im September fällte ein internationales Schiedsgericht in Den Haag ein gegen Ecuadors Forderungen gerichtetes Urteil (siehe Seite 8).

# AUFBRUCH IN MEXIKO

Nach dem fulminanten Wahlsieg von Andrés Manuel López Obrador keimt die Hoffnung auf ein Ende des Jahrzehnte langen Alptrahms.

Von Leo Gabriel

Als am 1. Juli um Punkt 20 Uhr der mit 16 Prozent der Stimmen drittplatzierte Präsidentschaftskandidat José Antonio Meade von der fast ein Jahrhundert alten PRI (*Partido Revolucionario Institucional*) bereits kurz nach der Schließung der Wahllokale vor die Kameronen trat und dem mit über 53 Prozent der Stimmen gewählten Andrés Manuel López Obrador (kurz AMLO genannt) von der erst vor vier Jahren gegründeten linksliberalen MORENA (*Movimiento de Regeneración Nacional*) zu dessen fulminantem Sieg gratulierte, konnte es zunächst niemand glauben. „Ich musste mich zweimal in die Backe kneifen, um sicher zu sein, dass ich nicht träume“, gestand AMLO etwas später bei einem Bürgerforum in Ciudad Juárez an der US-Grenze.

Dabei war der Sieg an sich gar nicht so überraschend. Bereits in den Monaten vor diesem von der mexikanischen Presse als „Jahrhundertwahlen“ kolportierten Urnengang – es wurden gleichzeitig mit dem Präsidenten auch der Kongress, der Senat, die Bürgermeister und neun Gouverneure gewählt – lag López Obrador in den Meinungsumfragen mit ca. 15 bis 20 Prozent Vorsprung vor dem zweitgereihten Ricardo Anaya von der rechtskonservativen PAN (*Partido de Acción Nacional*), der 22 Prozent der Stimmen erhielt.

Was die Wählerinnen und Wähler jedoch bis zum Ende des Wahltags verunsicherte, war die Tatsache, dass in den letzten Monaten insgesamt 132 Kandidaten verschiedener Parteien ermordet worden waren. Bilder aus der noch nicht so weit zurückliegenden Vergangenheit tauchten auf: 1988, als Cuauhtémoc Cárdenas von der damals noch als fortschrittlich geltenden PRD (*Partido de la Revolución Democrática*) die Wahlen gewonnen hätte, wenn das Innenministerium nicht nach der Verlautbarung der ersten Ergebnisse die Computer einfach für ein paar Tage abgeschaltet hätte, um den Kandidaten der PRI durchzubringen; oder 1994, als der als

linksliberal geltende Kandidat der PRI Luis Donaldo Colosio bei einer Wahlversammlung im Norden des Landes vermutlich auf Betreiben seiner parteiinternen Widersacher ermordet wurde; und last, but not least hatte López Obrador, der damals für die PRD kandidierte, die Wahlen bereits zweimal (2006 und 2012) für sich entschieden, wurde aber durch ähnliche Tricks, wie sie auch im Vorfeld dieser Wahlen zu beobachten waren, um den Sieg gebracht.

## Auch diesmal war Wahlbetrug im Spiel

Das eigentliche Wunder bei den Wahlen am 1. Juli bestand darin, dass 56 Millionen Mexikaner und Mexikanerinnen (63 Prozent der Wahlberechtigten) sich „zum allerletzten Mal“ – wie viele von ihnen sagten – zur Wahl aufrafften, in der Hoffnung, dass es diesmal anders kommen würde. Ein eher müdes „ya basta!“ (es reicht!) war der Tenor, der in so ziemlich allen Bundesstaaten der mexikanischen Republik gleichermaßen den Ton angab. Ganz besonders freundlich wurden deshalb auch die internationalen WahlbeobachterInnen willkommen geheißen. In einem Wohnblock in Iztapalapa, einem der größten, über drei Millionen Einwohner zählenden Arbeiterviertel der Hauptstadt, wurden die BesucherInnen z.B. informiert, wo gerade Geld verteilt wurde – je nach sozialem Standing zwischen 500 und 1.500 mexikanische Pesos (etwa zwanzig bis fünfzig Euro). Aber es gab auch Warenkörbe mit Lebensmitteln und Kinderspielzeug, die in irgendwelchen Hinterhöfen verteilt wurden, zusammen mit einer Kreditkarte für etwa 100 bis 200 US-Dollar, die allerdings nur dann ausbezahlt würden, wenn der Kandidat oder die Kandidatin der spendablen Partei eine Mehrheit erreichte.

Am schlimmsten war es im traditionellen sehr konservativen, der katholischen Kirche nahe stehenden Puebla, wo im Wallfahrtsort Cholula plötzlich eine bewaffnete Gang auftauchte und auf die vor einem Wahllokal Wartenden zu schießen begann, wobei es einige Tote und eine große Anzahl von Verletzten gab. Die Logik dahinter: Je weniger Menschen zur Wahl gingen, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass AMLO und seine linksliberale MORENA gewählt würden.

## Zusammenbruch des Systems

In den Kommentaren zur mexikanischen Wahl spiegelte sich vor allem die Tatsache wider, dass der erdrutschartige Sieg von MORENA (307 von 500 Sitzen im Kongress und 68 von 128 im Senat) eher auf den Zusammenbruch des seit Jahrzehnten in Mexiko herrschenden politischen und ökonomischen Systems zurückzuführen war als auf den Organisationsgrad der MORENA-Partei. Je näher der Wahltag rückte, desto schärfer wurden die wechselseitigen Anschuldigungen der mit Korruptionsvorwürfen belasteten Parteien des politischen Mainstreams. Selbst innerhalb von PRI, PAN und PRD war es zu argen Zwigigkeiten bezüglich der Kandidatenwahl gekommen. López Obrador selbst wurde von der nationalen Oligarchie zwar immer wieder beschuldigt, ein zweiter Hugo Chávez oder Fidel Castro zu sein, half sich jedoch damit, einzelne Persönlichkeiten vor allem aus dem Lager der PRI in die MORENA zu integrieren, um seinen politischen Gegnern das Wasser abzugraben.

## Sammelpartei MORENA

Doch wofür steht eigentlich AMLO, dessen MORENA vor vier Jahren als eine Abspaltung der in den Korruptionssumpf verwickelten PRD gegründet wurde? MORENA selbst ist gar keine Partei im klassischen Sinn, sondern eher eine um ihren Gründer und Anführer zentrierte Sammelbewegung, zu der sich unterschiedliche Sektoren der mexikanischen Zivilgesellschaft zusammengetan haben.

López Obradors Karriere begann im südöstlichen Bundesstaat Tabasco der 1980er Jahre im Rahmen der Quasi-Einheitspartei PRI, von der er sich 1989 nach dem großen Wahlbetrug gegen Cuauhtémoc Cárdenas lossagte und mit diesem gemeinsam die PRD gründete. Erst im Jahr 2000 schlug seine Stunde, als der eher farblos wirkende Parteimanager zum Bürgermeister von Mexiko-Stadt gewählt wurde: Er sanierte das verkommene Stadtzentrum, kümmerte sich um den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, richtete die UACM, eine eigene Universität für ArbeitnehmerInnen, ein und ermöglichte es den Alten, jährlich einen Sonderurlaub zu nehmen. 2005 trat er nach politischen Turbulenzen als Bür-

germeister zurück und kandidierte ein Jahr später bei jenen Präsidentenwahlen, die er höchstwahrscheinlich gewonnen hätte, wäre es zu der von ihm geforderten neuerlichen Stimmenauszählung gekommen. 2012 wiederholte sich dieses Spektakel auf ähnliche Art und Weise.

Es ist der Energie und Hartnäckigkeit des heute 65-Jährigen zuzuschreiben, dass es in Mexiko kaum eine Kleinstadt gibt, die er nicht mehrmals besucht hat. Und als sich die PRD in einen Korruptionsskandal nach dem anderen verwickelte, gründete er eben seine eigene Wahlbewegung, in die er sukzessive auch die meisten anderen linken Gruppierungen hereinholte – mit Ausnahme der Zapatisten, die dem ehemaligen Parteichef der PRD bis heute nicht verziehen haben, dass er sie Ende der 1990er Jahre bei ihren Autonomiebestrebungen im Stich gelassen hat.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft hat López Obrador eine Erhöhung des Mindestlohns und der Subventionen für die landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe sowie einen weitgehenden Stopp der Privatisierungen angekündigt. Ob es ihm allerdings gelingen wird, die Privatisierung des staatlichen Erdölkonzerns PEMEX und die Neuverhandlung des Freihandelsabkommens NAFTA mit den USA und Kanada, die der scheidende Präsident Peña Nieto bereits unterschrieben hat, rückgängig zu machen, ist zweifelhaft. Auf alle Fälle will er sich diesbezüglich mit Donald Trump verständigen, der überraschend positiv auf seinen Wahlsieg reagiert hat.

Das Kabinett, das der neue Präsident, der am 1. Dezember sein Amt antreten wird, unmittelbar nach seiner Wahl vorgestellt hat, spiegelt die Heterogenität der zivilgesellschaftlichen Akteure wider, mit

reformen, die Obrador während seines Wahlkampfes versprochen hat, noch auf sich warten lassen wird.

Auch die Außenpolitik zählt nicht unbedingt zu AMLOs Stärken, hat sich der gestandene Innenpolitiker doch erst während des Wahlkampfes auf kürzere Reisen begeben, um sein Image aufzumöbeln. Allerdings hat er seinen ehemaligen Parteiinternen Rivalen Marcelo Ebrard, der ihm als Bürgermeister der Hauptstadt nachgefolgt war und selbst präsidentielle Ambitionen hatte, zum Außenminister gemacht. Das könnte für Überraschungen sorgen.

Überraschend ist auch AMLOs bereits im Wahlkampf kolportiertes Ansinnen, mit den Drogenbaronen über ein Amnestiegesetz zu verhandeln, was teilweise auf heftige Kritik bei der Bevölkerung gestoßen ist. Seine Linie „perdón sí, olvido no“

(Vergebung ja, Vergessen nein) ist insbesondere bei den Opfern der horrenden Verbrechen, die seine Vorgänger mit ihrem so genannten „Drogenkrieg“ mit verursacht haben, schlecht angekommen.

Ein erster Lackmustest steht unmittelbar bevor: Der neue Flughafen von Mexiko-Stadt in einem Vorort namens *Texcoco* war das Lieblingsprojekt der neoliberalen Regierung von Vicente Fox gewesen, doch die dort ansässigen *Campeesinos* wehrten sich derart stark dagegen (es gab Tote und Verletzte), bis das Projekt suspendiert wurde. Jetzt hat López Obrador versprochen, bis 28. Oktober zu entscheiden, ob er das von seinem Vorgänger wiederaufgenommene Flughafenprojekt weiterführen wird oder nicht.

Wie dem immer auch sei: Nach Jahrzehnten des Niedergangs und der Auflösung der sozialen Strukturen ist in Mexiko bei den meisten Menschen die Hoffnung eingekehrt, dass sich das Blatt der Geschichte endlich zum Besseren wenden könnte. ■

Der Autor ist Journalist und Anthropologe, Mitglied des Internationalen Rates des Weltsozialforums; er war als internationaler Wahlbeobachter eines zivilgesellschaftlichen Netzwerks in Mexiko.



Andrés Manuel López Obrador im Augenblick seines Wahltrumphs

## Zukunftsperspektiven

Politisch gesehen gehört die Demokratisierung der mexikanischen Gesellschaft zu den obersten Prioritäten seiner Partei. Nach dem Wahlsieg wurden eine Reihe von *Foros Ciudadanos* (Bürgerforen) abgehalten, bei denen die Bevölkerung aufgefordert wurde, sich am „Vierten historischen Transformationsprozess Mexikos“ nach der Unabhängigkeit 1821, den liberalen Reformen des späten 19. Jahrhunderts und der Revolution und der Revolution von 1910 zu beteiligen.

denen sich AMLO bereits während des Wahlkampfes umgeben hat. So teilte er das in Mexiko ganz besonders wichtige Innenministerium Olga Maria Sánchez Cordero, einer anerkannten Menschenrechtsaktivistin, zu. Aber auch die Ressorts Arbeit, Gesundheit und Soziale Entwicklung gehen an progressive Fachleute. Andererseits hat er Víctor Villalobos, einen Saatgutunternehmer und Vertrauten von Bayer-Monsanto, zum Landwirtschaftsminister ernannt, was darauf schließen lässt, dass die Zurücknahme der neoliberalen Land-

# GUATEMALAS MAFIAS SCHLAGEN ZURÜCK

Die aktuelle Krise in Guatemala begann am Freitag, den 31. August, mit einer martialischen Pressekonferenz von Präsident Jimmy Morales, in der er, umgeben von Militärs und Polizei, ankündigte, das bis September 2019 geltende Mandat der Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit CICIG nicht zu verlängern. In einer breiten Protestwelle, die am 20. September vorerst in Massendemonstrationen gipfelte, wurde die Rücknahme dieser Entscheidung ebenso gefordert wie der Rücktritt von Morales.

Von Eva Kalny aus Guatemala

Der Pressekonferenz des Präsidenten vorangegangen war das Aufahren von Panzern vor dem Büro der CICIG und der US-amerikanischen Botschaft und, unbestätigten Berichten zufolge, eine Drohung, den internationalen Kommissionär Iván Velásquez aus dem Büro der CICIG zu entführen. Der martialische Auftritt, die landesweite erhöhte Präsenz von Militär und Polizei sowie ein weitreichender Stromausfall außerhalb der Hauptstadt erinnerten an frühere Militärputsche.

Nachdem Velásquez am 3. September eine geplante Dienstreise in die USA antrat, erklärte Jimmy Morales den Kommissionär zu einer „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ und untersagte ihm die Wiedereinreise. Damit stellte er sich gegen einen Beschluss des Verfassungsgerichts von 2017, der dem Präsidenten jede Behinderung der Arbeit der CICIG untersagt. Morales betonte, er sei nicht verpflichtet Anweisungen zu befolgen, die seiner Meinung nach im Widerspruch zur Verfassung stünden. Darauf ordnete das Verfassungsgericht an, dass Velásquez unverzüglich die Einreise gewährt werden muss und verwies auf den Beschluss vom Vorjahr.

Bereits 2017 hatte Jimmy Morales Iván Velásquez zur *Persona non grata* erklärt und damit Proteste im ganzen Land ausgelöst. Der Verfassungsgerichtshof erklärte diesen Schritt für nicht rechtmäßig. Nun setzt sich Jimmy Morales also über diese Entscheidung hinweg und hat auch nicht auf die aktuelle Anordnung des Gerichts reagiert. Mehrere Gesetzesinitiativen zu



Iván Velásquez: Gestärkt durch Alternativen Nobelpreis?

Gunsten des *#pactodecorruptos* liegen in der Schublade und sollen nun im Kongress durchgepeitscht werden. Sie würden unter anderem die Gerichtshöfe wieder unter Kontrolle der Regierung bringen.

Der Konflikt zwischen der Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala, die 2006 auf Wunsch Guatemalas mit Hilfe der UNO eingerichtet wurde und kriminelle Strukturen innerhalb staatlicher Organe aufklären soll, und Präsident Jimmy Morales schwelte nun seit einem Jahr auf hohem Niveau. Sowohl ein Bruder als auch ein Sohn des Präsidenten sind der Korruption beschuldigt, und die guatemalteckische Staatsanwaltschaft stellte gemeinsam mit der CICIG mehrere Anträge auf Aufhebung der Immunität des Präsidenten, den jüngsten am 10. August. Jimmy Morales sowie mehrere Abgeordnete des Kongresses sind der Korruption, der Kooperation mit kriminellen Gruppen und der Unterschlagung von Geldern beschuldigt.

Den internationalen und nationalen SpezialistInnen, die im Dienste der CICIG an der Aufdeckung von Verbindungen zwischen Mafias und staatlichen Institutionen arbeiten, ist es zu verdanken, dass in den letzten Jahren zahlreiche ehemalige hochrangige Politiker wegen Korruption hinter Gitter kamen und mehrere umfangreiche Korruptionsnetzwerke aufgedeckt wurden. Gesetze wurden verabschiedet, die korrupte Praktiken unter anderem auch im Rahmen der Wahlen unterbinden sollen. Sowohl unterschiedliche Instanzen der UNO als auch europäische Regierungen und die USA haben mehrfach betont, die Arbeit der CICIG zu unterstützen und diese als unabdingbar für die Lösung

schwerwiegender Probleme im Land zu betrachten. Die CICIG genießt trotz zahlreicher Diffamierungskampagnen breite Unterstützung in der Bevölkerung.

Präsident Jimmy Morales hat nach zahlreichen Skandalen wenige Monate vor dem beginnenden Wahlkampf in der Bevölkerung kaum Rückhalt. Sein Handeln erinnert

an die schwärzesten Zeiten des Landes. Doch es gibt Unterschiede: Drogenmafias und andere kriminelle Gruppen haben mit Unterstützung der politischen und ökonomischen Elite diese völlig durchgesetzt. Mit Hilfe der CICIG wurden seit 2015 mehr als 30 Fälle dieser Verflechtungen aufgedeckt, mehr als 400 hochrangige Persönlichkeiten sitzen in drei Gefängnissen, und die Aufdeckungen gehen weiter. Laut Zeitungsberichten vernimmt Iván Velásquez in den USA wichtige Kronzeugen der Drogenmafia, und die ersten Auszüge aus einer Kronzeugenaussage in einem neuen Korruptionsfall verweisen auf geheime Absprachen zwischen Mitgliedern der Regierung und kriminellen Strukturen.

Praktisch täglich finden Proteste in unterschiedlichen Teilen des Landes statt, die am 20. September vorerst in Massendemonstrationen gipfelten. Während Netcenters mit gefälschten Internetkonten gegen die CICIG arbeiten, zeigen viele junge und höchst engagierte Menschen ihre Gesichter und sind nicht gewillt, die Errungenschaften der letzten Jahre aufzugeben – auch wenn Regierungsstellen es SchülerInnen verboten, bei den Umzügen zum Unabhängigkeitstag regierungskritische Banner zu tragen, und es Gerüchte über die Existenz einer schwarzen Liste von JournalistInnen gibt.

Der Druck von innen und von außen wird maßgeblich dafür sein, ob es in den kommenden Wochen gelingt, die mafiösen Strukturen innerhalb des guatemalteckischen Staats zum Rückzug zu zwingen. ■

Eva Kalny ist Soziologin und Kulturanthropologin aus Wien und arbeitet an der Leibniz Universität Hannover. In ihrem letzten Buch analysiert sie die Geschichte von Guatemalas sozialen Bewegungen.



## NICARAGUA NACH – UND VOR? – DER SCHLACHT

Über die unerwartet massiven Proteste und deren brutale Niederschlagung haben wir bereits in der letzten Ausgabe berichtet. Ab Mitte Juni ist der Konflikt eskaliert und hat mit dem Sturm auf die Barrikaden durch die Stoßtruppen der nicaraguanischen Polizei und deren paramilitärische Einheiten eine nicht genau feststellbare Anzahl von um die 400 Toten und tausende Verletzte gefordert. Dabei kam auf Regierungsseite jede Menge von Schusswaffen zum Einsatz, aber auch die Verteidiger der Barrikaden griffen zu Pistolen und selbstverfertigten Sprengkörpern.

Von Leo Gabriel

Es war das erklärte Ziel Daniel Ortegas, die Blockaden auf den Landstraßen und in Städten wie Masaya und Matagalpa ohne Rücksicht auf Verluste zu räumen, um die traditionellen Feiern anlässlich des 37. Jahrestags der sandinistischen Revolution am Hauptplatz von Managua abhalten zu können. Der von Rosario Murillo, der Frau des Präsidenten, inszenierte Akt war allerdings nur eine Momentaufnahme. Denn wenige Tage danach gingen die zahlreichen Proteste im ganzen Land wieder los und dauern bis zum heutigen Tag an. Dabei beschränkten sich die Sicherheitskräfte darauf, jene, die sie für die Rädelsführer der Bewegung des 19. April hielten, zu verhaften, um ihnen (manchmal unter Anwendung von Folter) Geständnisse abzuringen.

### Gespaltene Gesellschaft

Gleichzeitig begann auf beiden Seiten ein Propagandakrieg der Sonderklasse: Während die Regierung über alle ihr zur Verfügung stehenden elektronischen Medien die These hinausposaunte, bei den Protestaktionen handle es sich um einen von langer Hand vorbereiteten „Putschversuch“, der von der US-amerikanischen Entwicklungshilfeorganisation NED (*National Endowment for Democracy*) mit einigen Millionen Dollar finanziert worden sei, stellten die Oppositionellen Aufnahmen und Kommentare ins Netz und auf die Titelseiten der von den oligarchischen Familien Nicaraguas gesponserten Tageszeitung *La Prensa*, welche die horrenden Menschenrechtsverletzungen der Polizei

und der mit ihr verbündeten Sandinistischen Jugend anprangerten.

Als Resultat dieses Prozesses zeigte und zeigt sich heute, dass die Regierung Ortega durch die Militarisierung des Konflikts die machtpolitische Oberhand gewonnen hat, aber die wirtschaftlichen Folgen der gewaltsamen Unterdrückung des Aufstands nicht abzusehen sind – zumal sich auch die überwiegende Mehrheit der Auslandsberichterstattung, der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) und der auf Betreiben der USA einberufenen Mitglieder des Weltsicherheitsrates gegen Daniel Ortega und seinen Familienclan ausgesprochen haben.

Wie dem immer auch sei: Nicaragua ist heute ein gespaltenes Land und wird sich so lange nicht erholen, solange der latente Bürgerkrieg nicht einer politischen Lösung zugeführt wird. Im Augenblick sind die politischen Fronten nämlich ziemlich verhärtet: Einerseits hat Daniel Ortega bei seiner Rede die nicaraguanischen Bischöfe diskreditiert, die von der Polizei sogar kurz davor tötlich angegriffen wurden; er hat auch den von der OAS vorgeschlagenen Dialog abgelehnt und die Mission der Interamerikanischen Menschenrechtskommission für beendet erklärt.

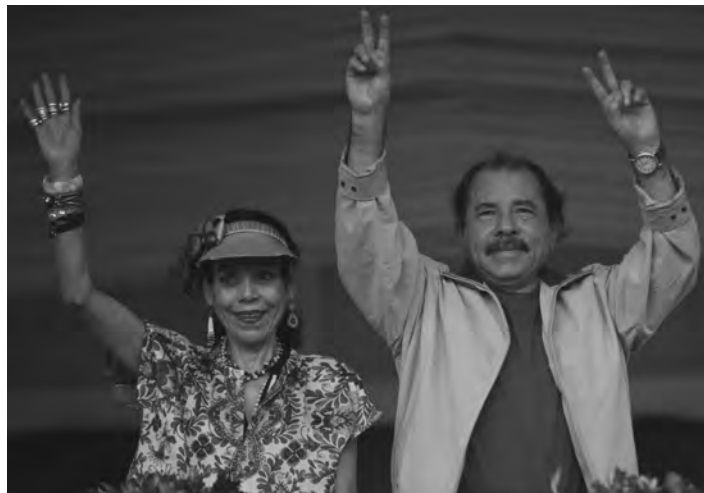
Andererseits besteht die oppositionelle Bewegung des 19. April darauf, dass Daniel Ortega und seine Familie abdanken und ins Ausland gehen müssen, um einer Übergangsregierung Platz zu machen – eine ziemlich unrealistische Forderung angesichts der Machtverhältnisse im Land.

Für einen nachhaltigen Frieden

Was tun, um einen nachhaltigen Frieden, von dem jeder und jede in Nicaragua träumt und spricht, wiederherzustellen?

### Für einen nachhaltigen Frieden

Bereits im Mai dieses Jahres hat der Schreiber dieser Zeilen einen Vorschlag eingebracht, der zunächst von allen Seiten mit der Bemerkung abgetan wurde, es sei dafür „noch zu früh“. Inzwischen gibt es sowohl auf Seiten der Opposition als auch



Rosario Murillo und Daniel Ortega

der Regierung Stimmen, die signalisieren, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, um diesem Vorschlag näher zu treten.

Der Vorschlag beinhaltet ein breit aufgestelltes Format eines Dialogs, welcher sich nicht auf die Spitzen der existierenden politischen Parteien beschränkt, sondern die nicaraguanische Gesellschaft als Ganzes und in all ihrer Vielfalt widerspiegelt. Vor allem die oppositionellen Kräfte, die vorwiegend lokal verankert sind, müssten ein Interesse daran haben, Zeit zu gewinnen, um sich zu organisieren. Aber auch innerhalb der FSLN sind Stimmen laut geworden, die die „disproportionale Gewaltanwendung der Sicherheitskräfte“ kritisieren.

Das Format, von dem hier die Rede ist, wurde gerade von einigen der linken Regierungen Lateinamerikas seit Beginn der 2000er Jahre in die Praxis umgesetzt: Sowohl in Venezuela als auch in Ecuador und Bolivien wurden so genannte *Asambleas Constituyentes* (Verfassungsgebende Versammlungen) eingerichtet, deren einziger Sinn und Zweck es war, die Rahmenbedingungen eines künftigen Gesellschaftsvertrags zu diskutieren und festzulegen. Dabei wurden die ca. 200 bis 400 Delegierten einerseits von den Regionen bestimmt, andererseits und zum größeren Teil von den einzelnen gesellschaftlichen Sektoren gewählt, wie zum Beispiel den Studenten, den Campesinos, den Handwerkern, den Indígenas, den Privatunternehmern, den Staatsangestellten, etc.

Die Einigung darüber, von wem und unter welchen Voraussetzungen sie einberufen werden könnte, wäre der erste Schritt für einen Konsens, den die nicaraguanische Gesellschaft so dringend nötig hat. ■

Interview mit  
**Jonathan Ordóñez**

**Laurin Blecha** sprach in Guatemala City im August mit dem nicaraguanischen Politikwissenschaftler Jonathan Ordóñez Gaitán über seine Sicht auf die Ereignisse in Nicaragua und seine Gedanken zur Zukunft des Landes.

**Jonathan, warst du von der Intensität der Proteste überrascht?**

In der Tat war es überraschend. Niemand hatte damit gerechnet, dass sich die Ereignisse auf diese Weise entfalten würden. Es war eine doppelte Überraschung, da sich einerseits die Studierenden gut zu organisieren wussten, was nicht erst im April 2018 begonnen hat, sondern es war ein Prozess, der sich seit Jahren aufgestaut hatte. Der entscheidende Moment war in der Tat der Protest im April 2018 gegen die Reform der Sozialversicherung. Andererseits war die Reaktion der Regierung auch eine Überraschung. Denn obwohl sie in der Vergangenheit immer wieder die Polizei eingesetzt hatte, um Proteste der Zivilgesellschaft zu neutralisieren, gab es nun eine massive Beteiligung der Polizei und anderer bewaffneter Gruppierungen. Ich denke, das war ein entscheidender Faktor für die Eskalation des Konflikts. Der Auslöser war, dass die Regierung die Proteste vom ersten Tag an unterdrückte.

**Du hast bereits die angekündigte Reform der Sozialversicherung als zentralen Grund für die Proteste erwähnt. Gab es deiner Meinung nach noch andere Gründe?**

Die Reform war der Auslöser, denn eine Woche zuvor protestierten viele Studierende gegen das schlechte Management der Regierung im Kontext der Waldbrände in der *Reserva Biológica Indio Maíz*. Außerdem gab es zwei Wochen zuvor eine Reform des Haushaltsplans, bei der die Abgeordneten des Kongresses sich selber ein 5%iges Gehaltsplus gaben. Es war eine

## AUTORITÄRES POLITIKMODELL ALS WIEDERHOLUNG DER GESCHICHTE?

Art Höhepunkt von Enttäuschungen über die Misswirtschaft in Politik und Verwaltung, die über mehrere Jahre gewachsen waren.

**Siehst du einen verstärkten politischen Druck durch die USA auf Nicaragua, speziell seit Beginn der Präsidentschaft von Trump?**

Das Phänomen Trump ist interessant. Meine Meinung geht etwas gegen den allgemeinen Konsens. Was passiert hier genau? Trump interessiert sich nicht für Nicaragua. Er interessiert sich nicht für Lateinamerika, außer für Mexiko, wegen der Migrationsproblematik und der Frage nach billigen Arbeitskräften, die den US-Binnenmarkt „gefährden“. Für die Regierung der USA sind nur zwei Dinge von Interesse: Erstens, dass Nicaragua weiterhin den Drogenhandel bekämpft, und zweitens, dass das Privateigentum respektiert wird. Dass Trump Präsident ist, stellt zumindest für Nicaragua keine Gefahr dar. Die Obama-Regierung war in dieser Hinsicht sogar interventionistischer.

**Viele NicaraguanerInnen flüchten aufgrund der Lage im Land in die umliegenden Nachbarstaaten. Was sind die Reaktionen der einzelnen Regierungen auf diese Migrationsströme?**

Es ist entscheidend, in welches Land die NicaraguanerInnen migrieren. Tatsächlich gibt es zwei Länder, die vornehmlich MigrantInnen aus Nicaragua aufnehmen: die USA und Costa Rica. Guatemala, Honduras und El Salvador sind eher Transitländer. Die Auswirkungen dieser Migration auf die lokalen Regierungen wie jene von Guatemala sind gering. In Costa Rica ist es jedoch anders. Fast 600.000 NicaraguanerInnen leben hier, und gerade jetzt entsteht etwas, das ich mit großer Sorge betrachte: eine Anti-Migrationsbewegung. Vor wenigen Tagen gab es in Costa Rica Demonstrationen gegen NicaraguanerInnen. Die Migration könnte zu einem Problem werden, wenn die Regierungen nicht wissen, wie sie damit umgehen sollen. Dann könnte es ernsthafte Auswirkungen auf die Beziehungen dieser Länder haben.

**Du bist eine der zentralen Personen der Gruppe #SOSNicaragua hier in Guatemala. Was sind deine Erfahrungen mit dieser Gruppierung?**

Ich und mein Kollege Ernesto Mejía sind die Gründer der Gruppe #SOSNicaragua hier in Guatemala, und es ist sehr spannend. Wir waren die Ersten, die vor der Botschaft von Nicaragua in Guatemala protestierten. Nachdem wir von den ersten Toten gehört hatten, gingen wir spontan vor die Botschaft protestieren. Nach und nach wurden wir von NicaraguanerInnen kontaktiert, die hier leben. Viele von ihnen sind aus der zweiten Generation von Nicas, deren Eltern in den 1980ern aus Nicaragua auswanderten.

Als die Repression weiterging, organisierten wir uns besser, erreichten mehr Medienpräsenz und organisierten die Proteste in den Hauptstraßen von Guatemala Stadt. Im Moment sind ca. 200 NicaraguanerInnen hier in Guatemala organisiert, die unterschiedliche Funktionen innerhalb der Gruppe haben. Wir haben ein Medienkomitee, ein Komitee, das Geld für die in Guatemala ankommenden MigrantInnen sammelt, ein Logistikkomitee usw. Es ist interessant, weil fast alle gesellschaftlichen Schichten in der Gruppe vertreten sind. Wir haben sehr „einfache“ nicaraguanische Familien, die Tag für Tag ums Überleben kämpfen, und auch UnternehmerInnen.

**Du gehörst, wie viele, die derzeit protestieren, zur Generation des Post-Sandinismus. Es scheint so, dass sich die Geschichte in gewisser Weise in Nicaragua wiederholt: eine diktatorische Familiendynastie, die nicht von der Macht weicht. Warum passiert das erneut in Nicaragua?**

Das ist eine sehr schwierige Frage, und ich werde sie in zwei Teilen beantworten. Erstens hat es damit zu tun, was mit Somoza passiert ist, und ich denke, dass es im 20. Jahrhundert, insbesondere im Kontext des Kalten Krieges, das Interesse der USA war, den Einfluss in Nicaragua zu erhalten. Das Phänomen der FSLN ist ebenfalls interessant. Als nämlich die Somoza-Dikta-

tur fiel und die Revolution mit den Sozialprogrammen begann, war das eine Bestätigung für all jene Menschen, die in der wirtschaftlichen Entwicklung bisher übergegangen worden waren. Dies hat sich dann auch in den 1990er Jahren mit neoliberalen Reformen wiederholt. Die FSLN bzw. die Linke wusste das auszunutzen.

Ich denke jedoch, dass die FSLN sich zu wenig mit den Dynamiken einer Demokratie auseinandersetzt. Ich möchte das folgendermaßen erklären: In Ländern, in denen das Modell einer westlichen liberalen Demokratie funktioniert hat, haben wir eine starke Zivilgesellschaft, Unternehmen und eine Regierung. Dann beginnt der Dialog zwischen diesen Akteuren, um die sozialen Bedürfnisse der BürgerInnen zu gewährleisten. In Nicaragua existiert dieser Dialog nicht. Die Regierungspartei beansprucht die alleinige Verantwortung als Vermittler zwischen Gesellschaft und Staat, gibt keine Macht an andere Akteure ab. Wenn eine Partei diese Rolle einnimmt, weiß die Gesellschaft nicht, wie sie ihre sozialen und politischen Probleme lösen soll.

Warum sich dies nun wiederholt? Nicaragua hat noch nicht den Sprung hin zu einer Machtverteilung im Staat gemacht, in der mehr oder weniger alle Beteiligten gleichgestellt sind. Und was ist das Problem, wenn die FSLN verschwindet? Augenblicklich wird sie eine Lücke hinterlassen, die mit etwas Ähnlichem gefüllt werden wird, was Somoza war oder die FSLN jetzt ist. Daher besteht eine der zentralen Forderungen der Studierenden z.B. darin, diesen Dialog zu eröffnen, denn ansonsten wird sich das immer aufs Neue wiederholen.

**Im nächsten Jahr jährt sich zum 40. Mal die Sandinistische Revolution. Was bleibt von der Revolution übrig?**

Ich glaube, es bleibt die Idee, dass sozialer Wandel möglich ist. In den 1970er Jahren hielt man das unter den Somozas nicht für möglich, denn zu dieser Zeit war Nicaragua die Finca der Mächtigen. Die FSLN hat etwas Wichtiges hervorgebracht, nämlich eine Art „imaginäre Vorstellung von Gemeinsamkeit“, die in den frühen 1980ern sehr gut funktioniert hat. Das ist die positive Seite. Der Nachteil ist, und das besorgt mich, dass ein Gefühl übrigbleibt, dass soziale Probleme und der Staat autoritär verwaltet werden können, und das ist gefährlich. ■

## ¡VIVA NICARAGUA LIBRE!

### 40 Jahre österreichische Solidaritätsbewegung mit Nicaragua

Vor fast vier Jahrzehnten stürzte das nicaraguanische Volk die Familiendiktatur der Somozas. In- und außerhalb Lateinamerikas weckte die sandinistische Revolution viele Hoffnungen auf eine demokratische Wende in einer in den 1970er Jahren von Militärdiktaturen geprägten Region. Auch in Österreich solidarisierten sich viele mit der FSLN und dem nicaraguanischen Volk. Eine Rückschau anhand der Erinnerungen von Nicaragua-AktivistInnen.

Von Laurin Blecha

Nicaragua ist endgültig befreit“, schrieb die *Arbeiterzeitung* am 20. Juli 1979, dem Tag, an dem Truppen der *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) in der Hauptstadt Managua eingezogen waren. In den folgenden zehn Jahren lenkte und regierte die FSLN die Revolution in Nicaragua und zog zahlreiche AktivistInnen aus vielen Teilen der Welt in ihren Bann. Ob es sich hierbei um Alphabetisierungsprogramme handelte, die Emanzipation der nicaraguanischen Frauen oder den Versuch, eine Landreform durchzuführen, postkoloniale Strukturen sollten durchbrochen und ein neuer Weg, ein „Dritter Weg“ abseits von Kapitalismus und Kommunismus, beschritten werden. Nicaragua wurde so zu einem Leitbild, einem „Leuchtturmprojekt“ der Linken, wie es Barbara Degn ausdrückt, die zur Zeit der Revolution ein halbes Jahr als Ärztin im Spital *La Esperanza* im Osten des Landes arbeitete.

Die Hoffnung auf eine neue Phase hin zu einer Demokratisierung in der lateinamerikanischen Region war groß, denn in den 1970er Jahren waren viele Länder unter der Herrschaft der Militärdiktaturen gekommen. Besonders der Putsch im Jahr 1973 gegen Chiles Präsident Salvador Allende wurde als großer Rückschlag empfunden. Durch die Ereignisse in Chile rückte auch Lateinamerika ein wenig mehr in das öffentliche Bewusstsein der ÖsterreicherInnen. Leo Gabriel meint allgemein zur sozialpolitischen Stimmung in den 1970er Jahren, man habe in Österreich



„realisiert, dass wir nicht allein auf der Welt sind. Sondern, dass besonders die damals Dritte Welt genannten Kontinente Bestandteil auch unserer Existenz sind“. Gabriel fügt dem aber hinzu, dass „nicht immer 100% politisches Interesse“ dahinterstand. Auf Nicaragua bezogen meint etwa Johannes Treytl-Hartmann, ehemaliger Mitarbeiter am Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen, dass es „sicher zuerst einmal die Romantik“ war, die vor allem linke AkteurInnen mobilisierte. Dazu trug auch der Umstand bei, dass viele der damaligen AkteurInnen jung waren, also zwischen 20 und 30, „eine Lebensphase wo man engagiert ist und ganz emotional agiert“, wie Barbara Degn meint. Außerdem hatte man das Gefühl „in Lateinamerika bewegt sich etwas“.

Da die Revolution in Nicaragua von ideologisch und sozial heterogenen AkteurInnen getragen war, interessierten sich Menschen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Milieus und ideologischen Prägungen auch in Österreich für die dortigen Ereignisse. Viele der AktivistInnen kamen aus einem linken studentischen Umfeld, aber auch christlich-progressive AkteurInnen solidarisierten sich mit der Revolution. Hier lag ein großer Unterschied zur Solidaritätsbewegung mit Chile: In Chile standen sich die VertreterInnen der Opposition untereinander teils verfein-

weiter Seite 26 ⇨

⇒ von Seite 25: VIVA NICARAGUA LIBRE!

det gegenüber, während sich in Nicaragua die fast einzigartige Situation ergab, dass alle gegen Somoza waren: KatholikInnen, Konservative UnternehmerInnen, MarxistInnen, Studierende, BäuerInnen, etc. kämpften gemeinsam gegen den Diktator und konnten diese Allianz auch zumindest für ein paar Jahre aufrechterhalten. Dies einte auch die Solidaritätsbewegungen, da es in Nicaragua einen eindeutigen Sieger (FSLN) und einen Verlierer gab (Somoza).

Bezeichnend hierfür ist auch, dass der humanitäre Gedanke innerhalb der Solidaritätsbewegung besonders stark und einend auf die Bewegung wirkte. „Etwas für Menschen zu tun, die benachteiligt, rechtlos sind und Unterstützung brauchen. Ein bisschen was für die Gerechtigkeit auf der Welt zu tun.“ So umschreibt Barbara Degn die Motivation vieler AktivistInnen innerhalb der Bewegung. „Wir hätten ja nicht zur Waffe gegriffen und wären als Brigadisten im Sinne des spanischen Bürgerkrieges nach Nicaragua gefahren“, ergänzt Treytl-Hartmann. So ist es auch interessant anzumerken, dass am Anfang der Solidaritätsbewegung viele österreichische Ärzt\*innen und Ärztinnen sowie generell Personen aus dem Gesundheitsbereich standen.

Noch bevor die Revolution im Juli 1979 siegte, schickte die österreichische *Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin* bereits im Oktober 1978 eine Gruppe von österreichischen ÄrztInnen nach Costa Rica, El Salvador und Honduras, um sich einen Überblick über die Versorgung und Unterbringung von nicaraguanischen Flüchtlingen in den Nachbarländern zu verschaffen. Im Zuge der sich verschlimmernden Lage für die Zivilbevölkerung in Nicaragua gründete sich zuvorderst auf Initiative der *Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin* am 20. November 1978 das *Österreichische Solidaritätskomitee für Nicaragua* (ÖSKN). Dem Präsidium gehörten neben Bundeskanzler Bruno Kreisky zusätzlich Prälat Leopold Ungar von der Caritas Österreich und Alfred Stroer vom ÖGB an. Kreisky gab die konzeptionelle Linie für die Zusammenarbeit zwischen der österreichischen Bundesregierung und Nicaragua bekannt und wies darauf hin, dass „sich die Österreichische Bundesregierung nur an humanitären Aktionen beteiligen“ könne, „nicht an politischen“. Zur Rolle Kreiskys meint Treytl-Hartmann, dass es durch ihn möglich war,

„Fenster und Türen aufzumachen“, die sonst durch die politischen Rahmenbedingungen Österreichs verschlossen geblieben wären. Kreisky in seiner Position als Regierungschef und Außenpolitiker von internationalem Profil konnte besonders in der Anfangsphase der Revolution der FSLN-Regierung internationale Legitimität und Rückendeckung verschaffen. Dies war sicher nicht unbedeutend, da die USA unter Präsident Ronald Reagan Nicaragua als ein neues Kuba betrachteten und das Land international zu isolieren und in den folgenden Jahren zu destabilisieren versuchten (*Contra*-Krieg).

Wenngleich die österreichische Bundesregierung stets eher pragmatisch agierte und die Neutralität betonte, führten Fred Sinowatz und Franz Vranitzky die von Kreisky begonnene Politik internationaler Unterstützung gegenüber Nicaragua weiter, wenngleich die ehemalige Frauenministerin Johanna Dohnal hier vor allem in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine besondere Rolle spielte. Rückblickend lässt sich auch die langfristige Entwicklungszusammenarbeit (EZA) mit Nicaragua besonders auf lokaler und kommunaler Ebene als Erfolg bezeichnen.

Denn gleichzeitig zu den staatlichen Initiativen organisierten sich AktivistInnen aus allen Teilen Österreichs, um beim Wiederaufbau Nicaraguas zu helfen. Oftmals entstanden dadurch sehr persönliche langlebige Netzwerke zwischen NicaraguanerInnen und ÖsterreicherInnen, nicht zuletzt dadurch, dass viele AktivistInnen immer wieder nach Nicaragua zurückkehrten. Barbara Degn erklärt die langfristige Kooperation mit Nicaragua dahingehend, dass „Nicaragua damals im Scheinwerferlicht stand, und das bewirkte etwas. Nicaragua blieb im Gedächtnis, und der Wunsch, die Hilfe, die wir gegeben haben, zu institutionalisieren, war sehr groß.“ Die Städtepartnerschaften sind in diesem Zusammenhang ein guter Beweis für die Langlebigkeit der internationalen Zusammenarbeit. Bis heute existieren sie zwischen Ansfelden-Condega, Wels-Chichigalpa, Linz-San Carlos, Rohrbach-Bonanza und Salzburg-León.

Die oft auf sehr persönlicher Ebene geschlossenen Freundschaften mit NicaraguanerInnen erklären zu einem gewissen Teil die Tatsache, dass die Solidarität und die Kontakte mit Nicaragua auch nach der Niederlage der FSLN bei den Wahlen vom Februar 1990 nicht abnahmen. Kurt Winterstein, Liedermacher und Friedensakti-

vist, reiste etwa „erst“ 1990 zum ersten Mal nach Nicaragua und gab Gitarrenunterricht für Kinder mit geistigen und körperlichen Behinderungen. Einer seiner Schüler lud ihn eines Tages zu sich nach Hause zum Essen ein, woraufhin sich eine „wunderbare jahrelange Freundschaft“ mit der Familie entwickelte, die bis zum heutigen Tag besteht.

Diese oft sehr persönlichen Erlebnisse der AktivistInnen mit den NicaraguanerInnen waren für viele auch Ansporn, ein anders Bild Nicaraguas in Österreich zu vermitteln. Die damaligen Medien berichteten oft sehr einseitig, hatten wenig bis gar keine Informationen aus „erster Hand“ und waren in einem Diskurs gefangen, der durch den Kalten Krieg geprägt war. Im Zuge der Entsendung einer österreichischen Arbeitsbrigade nach Nicaragua, von denen es insgesamt drei im Laufe der 1980er Jahre gab<sup>1</sup>, warf etwa die konservative Presse den BrigadistInnen „linksromantische“ Verklärung und der SPÖ „linkslinke Außenpolitik“ vor. Barbara Degn betont hierbei, dass die AktivistInnen – besonders jene, die längere Zeit in Nicaragua lebten – durch Informationsveranstaltungen versuchten, ein anderes Bild Nicaraguas zu zeichnen. Dies sollte vor allem das alltägliche Leben der NicaraguanerInnen widerspiegeln und den Menschen in Österreich die extrem schwierigen Lebensumstände im Land erklären und näherbringen.

Nicht alle, aber viele Aktivistinnen von damals sind bis heute in verschiedenen Gruppen und Initiativen für Nicaragua aktiv. Für viele war es das erste Mal, dass sie aus dem europäischen Kontext in die „Welt“ hinaustraten und diese kennenlernten. Nicaragua war und blieb für viele AktivistInnen ein entscheidender Punkt in ihren privaten wie beruflichen Biografien und prägt sie bis zum heutigen Tag. Denn auch heute versuchen viele erneut, ein anderes und kompletteres Bild Nicaraguas wiederzugeben, abseits von Revolutionsromantik, Armutsdiskursen und Verklärungen eines tropischen Paradieses. ■

Laurin Blecha ist Doktorand der Geschichte und Lektor an der Universität Wien.

<sup>1</sup> Die Brigaden hießen: *Jura Soyfer, Februar 1934* und *Anton Dobritzhofer-Spanien 1936*. In dem Dokumentarfilm *Einmal mehr als nur reden* (2010) der Regisseurin Anna Katharina Wohlgenannt berichten ehemalige Mitglieder der Brigade *Februar 34* über ihre Erlebnisse in Nicaragua.

## „MENSCHLICHE WERTE BRINGEN DICH HEUTE INS GEFÄNGNIS“

Die Liedermacherin Katia Cardenal, 1963 in Managua geboren, hat nie Revolutionslieder komponiert. Mit ihrem 2010 verstorbenen Bruder Salvador trat sie fast 30 Jahre lang als Duo *Guardabarranco* auf. Die Nichte des Dichters Ernesto Cardenal lässt sich jetzt von ihrer Tochter Nina auf der Gitarre begleiten. Ihre sehr poetischen Lieder erzählen von Liebe, Natur und Hoffnung.

Es gibt eine Art inoffizielle Ausgangssperre in der Nacht. Die Kinos, deren letzte Vorstellung früher um Mitternacht endete, sperren heute schon um 18 Uhr zu. Wenn man nach Einbruch der Dunkelheit unterwegs ist, läuft man große Gefahr, von der Polizei schikaniert zu werden. Man versucht, immer jemanden als Begleitung zu haben, man informiert, wenn man das Haus verlässt und wenn man wieder zurückkommt. Es ist gespenstisch. Ich habe erlebt, wie die Oppositionsbewegung

Blumen geschmückt. Das ist abstoßend, wenn mehr als 200.000 Menschen durch die Krise ihre Arbeit verloren haben. Hotels, Restaurants, Nachtclubs sind reihenweise in Konkurs gegangen.

**?** Hat die Regierung so etwas wie eine Kulturpolitik?

Nein. Wir Künstler sind nicht versichert und haben keinen Pensionsanspruch. So fördert man keine Kultur. Das war während der Revolution in den 1980er Jahren anders. Unter dem Einfluss von Kuba und der Sowjetunion wurde Kultur damals großgeschrieben. Die Künste blühten auf. Heute passiert das genaue Gegenteil. Dieser Wandel begann nach der Wahlschlappe 1990, als alle nur mehr daran dachten, ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen.

**?** Daniel Ortega wehrt sich immer gegen den Vorwurf, er wolle eine neue dynastische Herrschaft errichten.

Es spricht doch alles dafür. Seine Frau hat er zur Vizepräsidentin gemacht. Die Söhne und Töchter haben alle wichtige Posten in Politik und Wirtschaft. Die Medien gehören ihnen.

**?** Noch im Juni dachte man, Ortega wird stürzen oder zumindest vorgezogene Wahlen unter demokratischen Bedingungen akzeptieren müssen. Jetzt sitzt er wieder fest im Sattel, und die Oppositionsbewegung ist teilweise im Untergrund oder Exil.

Sie haben mehr als 400 Menschen getötet, und jeden Tag werden zehn bis 15 Oppositionelle eingesperrt. Trotzdem wird immer noch protestiert. Ich bin überrascht von diesem Mut. Überall haben Paramilitärs die Kontrolle übernommen. In meinem Viertel kontrollieren über 20 Zivilisten mit rot-schwarzen Fahnen die Straße. ■

*Interview: Ralf Leonhard*

**?** Wie lebt es sich als Künstler/-Künstlerin heute in Nicaragua?

Die Musik ist in ganz Lateinamerika sehr eng mit der sozialen Bewegung verknüpft. Ein Lied kann die Menschen wachrütteln oder bei einer Kampagne für die Umwelt begleiten. Meine Musik fördert menschliche Werte, die weltweit anerkannt werden. In Nicaragua kann dich das heute ins Gefängnis bringen, denn es sind Werte, die das Regime zerstören will. Wenn du dich für Meinungsfreiheit einsetzt, kannst du als „Terrorist“ verfolgt werden. Vielen Künstlern ergeht es ähnlich wie mir: Sie finden keine Arbeit mehr, müssen sich mit Musikunterricht oder dem Verkauf von Lebensmitteln durchschlagen. Der bekannte Liedermacher Carlos Mejía Godoy ist nach Costa Rica geflohen, weil man ihn und seine Frau bedroht hat. Das ist übrigens derselbe, der einst die Hymne der Sandinistischen Befreiungsfront komponiert hat.



Foto: Ralf Leonhard

Barrikaden errichtete und wie viele der jungen Aktivisten dort erschossen wurden.

**?** Rechtzeitig zum Revolutionsjubiläum am 19. Juli konnte die Polizei alle Barrikaden und Straßensperren beseitigen. Seither wird der Anschein von Normalität verbreitet. Auch Künstler tragen dazu bei.

Ja, es wird ein Zirkus veranstaltet, für den sie Künstler kaufen. Sie zahlen viel höhere Gagen als normal und nützen es aus, dass viele das Geld brauchen. Zu allen möglichen Anlässen werden sandinistische Aufmärsche veranstaltet, sogar zum Geburtstag von Vizepräsidentin Rosario Murillo. Anschließend gibt es dann ein Konzert. Die Bühnen werden aufwendig mit

**?** Und Du?

Ich war drei Monate arbeitslos, weil ich an einigen Demonstrationen teilgenommen und dort gesungen habe. Ich konnte meine Familie nicht mehr ernähren. Zuerst habe ich meine Ersparnisse aufgebraucht, und dann haben mir Bekannte aus den USA geholfen. Seit über zwei Monaten bin ich jetzt auf Tournee. Dass ich sieben Jahre in Norwegen gelebt habe, wo mein Ex-Mann herkommt, hat mir dabei geholfen. Ich organisiere die weiteren Konzerte unterwegs.

**?** Das kulturelle und soziale Leben in Nicaragua ist wohl generell zum Erliegen gekommen.

# AND THE COUP GOES ON ... !

## Brasilien im Kampf um Demokratie

Dem Spitzenkandidaten der Arbeiterpartei PT, Luis Inácio Lula da Silva, wurde am 17. August vom Obersten Wahlgericht endgültig die Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen vom 7. Oktober verwehrt – trotz mehrfacher, gegenteiliger Stellungnahme des UN-Menschenrechtsausschusses. Dessen Sprüchen ist Brasilien eigentlich völkerrechtlich verpflichtet. Der in allen Umfragen haushoch führende Lula wurde zuvor aus dem politischen Szenario weggeschwiegen. Er durfte nicht an Fernsehdebatten teilnehmen, die Zeitungen widmeten ihm keine Leitartikel, und auch die Radios ließen ihn nicht zu Wort kommen. Er wurde als korrupt diffamiert und sitzt im Gefängnis. Anfang September folgte ein Messerattentat auf den faschistischen Kandidaten Jair Bolsonaro – er wird zum Opfer, seine Umfragewerte steigen, die internationale Presse berichtet ausführlich. Und sein Vize, der General Hamilton Mourão, übernimmt die weiteren Schritte. Im Vorfeld dieser für die Zukunft Brasiliens und auch Lateinamerikas entscheidenden Richtungswahl soll, so scheint es, keine inhaltliche Auseinandersetzung zugelassen werden.

Von Silvia Jura

Die aktuelle Regierungsclique um Vizepräsident Michel Temer und seine Mitverschwörer, die den brasilianischen Kongress aufgrund eines verzwickten Mehrheits- und Verhältniswahlrechts mit ihrer BBB-Fraktion (*Biblia, Bala, Boi* / Bibel, Waffen- und Agrar-Lobby) beherrschen, haben alles darangesetzt, den Putsch von 2016 durch die Herbstwahlen 2018 demokratisch zu legitimieren. Sogar das Wahlrecht wurde stillschweigend reformiert, was beim Urnengang erhebliche Auswirkungen auf die (verunmöglichte) Stimmabgabe zeigen wird.

Gemeinsam mit den Mediengiganten *Globo & Co* wurde in den letzten Jahren effektiv ein *Lawfare*-Szenario gegen die Arbeiterpartei und die sozialen Bewegungen umgesetzt. Nach einer gezielten Diffamierungskampagne wurde 2016 die von 54,5 Millionen BrasilianerInnen direkt gewählte Präsidentin Dilma Rousseff ihres Amtes enthoben. Das angebliche Impeachment entbehrte legaler Grundlagen und ist daher als parlamentarischer, juristischer und mediengestützter Putsch zu werten. Die Justiz hat ihre Kontrollfunktion verloren, sie agiert willkürlich. Während der Provinzrichter Sergio Moro unter dem Titel Korruptionsbekämpfung freie Hand bei der Zerstörung der politischen Eliten der Linken hat, werden offene Korruptionsverfahren gegen Angehörige der Regierungsparteien – sie betreffen zwei Drittel aller Kongressabgeordneten – einfach archiviert.

Ex-Präsident Lula da Silva jedoch wurde aufgrund fragwürdiger Kronzeugenaussagen in einem Schnellverfahren zu einer zwölfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt und am 8. April 2018 in Curitiba inhaftiert.

### UNO fordert Lulas Wahlteilnahme

Lulas Teilnahme an den Wahlen soll um jeden Preis verhindert werden. Ein neuerlicher Wahlsieg der Arbeiterpartei PT ist das Horrorszenario für Brasiliens Großgrundbesitzer. Lulas Charisma, seine militante Anhängerschaft und die gut strukturierte Basis um Landlosenbewegung und Gewerkschaften stellen eine ernsthafte Bedrohung für das Machtprojekt der Eliten dar. Das Regierungsprogramm der Arbeiterpartei verspricht die Aufhebung von Privatisierungsmaßnahmen und der Arbeitsrechtsreform, setzt wieder auf starke Sozial- und Beschäftigungspolitik und hat einen Umweltschwerpunkt zu Gunsten der familiären Landwirtschaft mit entsprechender Landreform angekündigt.

In Reaktion auf Lulas Inhaftierung im April bildeten sich weltweit Komitees für dessen Freilassung, es kam zu nationalen und internationalen Kundgebungen und Solidaritätserklärungen. Die augenscheinliche Parteilichkeit der Justiz rief auch das UNO-Menschenrechtskomitee auf den Plan. In einem vorläufigen, rechtswirksamen Bescheid vom 17.8. wurde die uneingeschränkte Teilnahme Lulas an den bevorstehenden Wahlen gefordert. Die bra-

silianische Presse verheimlichte zuerst die Aufforderung der UNO, die Putschistenregierung ignorierte sie und sprach dann von einer bloßen Empfehlung.

### Demokratie ist doch nicht so berechenbar

Im August, noch vor dem UNO-Bescheid, zeigte sich ein für die Regierenden unerwünschtes Umfrageszenario: Lula würde bereits im ersten Wahlgang (mit 36 bis 40%, je nach Quelle) klar voranliegen. Die nationale Presse reagierte mit einer „alternativen“ Wahlanalyse – ohne Lula zu berücksichtigen. Da liegt der Gewalt verherrlichende Jair Bolsonaro, ein faschistischer Ex-Militär, mit knappen 18%–20% an der Spitze. Als Kandidat der Waffenlobby, gestützt durch die Evangelikalen und mit einem General als Vizekandidat, ist er jedoch unberechenbar und planlos. Nur sein Menschenhass ist fixes Programm: Frauen, Homosexuelle, Schwarze, Indigene, Menschen mit Behinderung, ja auch alle PTistas des Nordostens stehen auf seiner angekündigten Abschussliste. Inhalte präsentiert er keine.

In den Septemberumfragen, nach dem Ausschluss Lulas, lag Bolsonaro mit ca. 22% in Führung, gefolgt von Mitte-Links-Kandidat Ciro Gomes (PDT) und der profillosen Selbstvermarkterin, der Ex-Grünen Marina Silva (Rede) mit jeweils ca. 12%. Sowohl Ciro als auch Marina werden Chancen im 2. Wahlgang gegeben. Beide sind potentielle Partner für Neoliberale und Konservative, Ciros Vizekandidatin ist Katia Abreu, ehemalige Vorsitzende der Ruralisten. Marina geht für die Evangelikalen in den Ring.

Der von Lula vorgeschlagene Fernando Haddad (PT), ehemaliger Bürgermeister von São Paulo, hechelte mit 6% hinterher, sein Bekanntheitsgrad ist gering, seine Medienpräsenz inferior. Er kann jedoch mit einem gewichtigen Stimmentransfer von Lulas WählerInnen rechnen. So sehen manche einen zweiten Wahlgang zwischen ihm und Bolsonaro. Für Brasiliens konservative Eliten schaut es auch nicht gut aus, ihr Spitzenkandidat Geraldo Alckmin vom PSDB liegt in den Umfragen bei mageren 9% Zustimmung. Kein Wunder, sind doch für die meisten BrasilianerInnen die zwei Jahre Interimsregie-





Durch die Wahlen wird zwar die verhasste Temer-Regierung abgelöst, aber wodurch?

zung eine wirtschaftliche, soziale und menschenrechtliche Katastrophe.

## Armut und Privatisierung kehren zurück

Die auf den 2016er-Putsch folgende brutale, neoliberale „Sanierungspolitik“ hat sämtliche Errungenschaften der sozialdemokratischen Regierungen der vorangegangenen Perioden beseitigt. Die weltweit ausgezeichneten Sozialprogramme Brasiliens, mit deren Hilfe 40 Millionen Menschen aus der Armut befreit wurden, wurden drastisch reduziert oder aufgehoben: *Fome Zero* (Null Hunger), *Bolsa Familia* (Familienbeihilfe), *Farmacia Popular* (Volksapotheke). 14,8 Millionen Menschen leben unter der Armutsgrenze, 1,49 Millionen sogar in extremer Armut, Brasilien ist wieder Protagonist auf der Welt-hungerkarte.

Besonders betroffen ist der Arbeitsmarkt: Durch die Zerschlagung der nationalen Industrie, den Stopp der Infrastrukturausgaben und die im Februar 2018 durchgeführte „Arbeitsmarktreform“ mit Aufhebung der Arbeitsrechte sind Arbeitslosigkeit und informelle Arbeit in die Höhe geschossen – derzeit gibt es 13 Millionen Arbeitslose und 35 Millionen Informelle. Per Erlass wurde die Sklaverei, die besonders der Agrar-, Holz- und Minenlobby zugutekommt, praktisch wieder erlaubt.

Der Ausverkauf der natürlichen Ressourcen und der nationalen Industrien an

ausländische Konzerne erfolgt im Rekordtempo. Über 70 strategische Unternehmen stehen auf Michel Temers Dumpingliste, darunter des Landes größter Energieversorger *Eletrobras*, die nationale Flugzeugindustrie *Embraer* und jede Menge Flughäfen, Häfen und Straßen. Nicht zu vergessen *Petrobras* und ihre noch ungeforderten Off-Shore-Ölvorkommen. Begünstigt sind viele US-Unternehmen. Michel Temer verhandelt hinter verschlossenen Türen mit *Nestlé* und *Coca Cola* über eine hundertjährige Lizenzvergabe für der Welt größtes Trinkwasserreservoir, den *Aquifer Guarani*. Um die nationale Unabhängigkeit komplett zu schwächen, bietet er den USA die Raketenbasis Alcântara im Amazonas an.

## Brutale Staatsgewalt

Doch was die wirtschaftliche und soziale Misere noch verstärkt, ist die Missachtung der Menschenrechte. Die Medien heizen die Stimmung an. In der *Lawfare*-Diktation sind es die Linken und die NGOs, die das Land destabilisieren. Die Kriminalisierung der sozialen Bewegungen, vor allem des MST (Landlosen-Bewegung), steht dabei an erster Stelle.

Dass Menschenleben unterschiedlich bewertet werden, ist in Brasilien schon lange an der Tagesordnung – jedes Jahr sterben 60.000 vorwiegend schwarze Jugendliche an der Peripherie durch direkte Gewalt, meist durch Milizen, Drogenhändler oder Militärpolizei verursacht. Die

2018 angeordnete Militärintervention in den Favelas in Rio de Janeiro bildet einen neuen Höhepunkt: Die Staatsgewalt geht mit brutaler Gewalt gegen die Bevölkerung in den Armenvierteln vor, täglich kommt es zu Zwischenfällen.

Die regelrechte Hinrichtung der sozialistischen (PSOL) Gemeinderatsabgeordneten von Rio de Janeiro, Marielle Franco, im März 2018 ist nur das offensichtlichste der unbestraften, politisch motivierten Verbrechen. Die starke Stimme der schwarzen Bevölkerung, der Frauen- und LGBT-Bewegungen, die die Gewaltverbrechen der Militärs in Rio untersuchte und anprangerte, wurde zum Schweigen gebracht. Genauso geht es politischen Kandidaten der Linken im Landesinneren,

die gegen Großgrundbesitzer und Umweltzerstörung vorgehen. So wurde im Jänner 2018 der MST-Führer und PT-Politiker Márcio Matos in Bahia vor den Augen seiner Kinder hingerichtet. Im August traf es Jorginho Guajajara, einen indigenen Führer im Urwaldgebiet Maranhão, der von Holzfällern ermordet wurde. Die Vereinigungen der Großgrundbesitzer rufen offen zu gewalttätigen Aktionen gegen die sozialen Bewegungen auf, im Kongress können sie auf eine satte Mehrheit zählen. 2017 wurden über 145 MST- und Indigenen-FührerInnen und UmweltaktivistInnen im Zusammenhang mit Landkonflikten ermordet.

## Österreich trägt Verantwortung

Diese Wahlen entscheiden, ob Brasiliens Demokratie überleben wird – und seine Bevölkerung das Recht auf ein Leben in Würde hat. Der Ausgang ist ungewiss, mögliche Gewaltszenarien sind nicht auszuschließen. Österreichs Wirtschaftskammer hingegen setzt auf den Ausverkauf Brasiliens als mögliche Chance für österreichische Unternehmen. Auch das EU-Mercosur-Abkommen dient ausschließlich den Interessen der herrschenden Agrarlobby. Es ist dringend nötig, auch hier etwas dagegen zu unternehmen. ■

Silvia Jura, Kultur- und Sozialanthropologin, Kulturschaffende, arbeitet und lebt zwischen Wien und Salvador/Bahia, [www.silvias.net](http://www.silvias.net), [www.globalista.net](http://www.globalista.net). Sie ist Mitgründerin des Komitee Free Lula Austria: Für Demokratie und Menschenrechte in Brasilien [www.facebook.com/freelULAustria](http://www.facebook.com/freelULAustria)

Interview mit  
**Vera Grabe**

Mit Iván Duque ist ein Mann zum Präsidenten Kolumbiens gewählt worden, der ein Protegé des ultra-rechten Ex-Präsidenten Álvaro Uribe ist. Was kann man von dieser Präsidentschaft erwarten?

**Grabe:** Das ist noch nicht leicht vorauszusagen. Kolumbien ist nicht mehr das selbe Land wie einst unter Álvaro Uribe, der von 2002 bis 2010 regiert hat. Der von der linken und linksliberalen Opposition unterstützte Gustavo Petro bekam über acht Millionen Stimmen. Zuletzt gab es große Mobilisierungen gegen die Ermordung von Aktivisten und Anführern sozialer Bewegungen in den Regionen. Duque kann nicht machen, was er will. Es gibt eine starke Opposition und viele Stimmen für den Frieden. Er kann das Abkommen nicht „in der Luft zerreißen“, wie er am Beginn des Wahlkampfes gedroht hatte.

Manche haben von einer kommenden Diktatur gesprochen und dass man jetzt in den Untergrund gehen muss. Ich glaube das nicht. Ich denke vielmehr, die Wahlen haben die Demokratie gestärkt, denn es gibt jetzt eine echte Opposition. Zum ersten Mal sind die Linke und das politische Zentrum so stark. Früher war das immer eine Randerscheinung. Diese Kraft wird nicht still bleiben. Wir müssen sehen, ob Duque verbindlich bleibt, wie in seiner Rede am Wahlabend, oder ob er sich radikalisiert. Als das Friedensabkommen in einem Referendum im Oktober 2016 niedergestimmt wurde, gab es gleich große Mobilisierungen, die das Abkommen schließlich retteten. Das kann jederzeit wieder passieren.

**Ist der Rechtsblock hinter Duque so solide, wie er sich das wünschen würde?**

Nein, nicht alle scharen sich hinter der Regierung, die zu einem „großen Pakt“ aufgerufen hat. Die Antwort war sehr zurückhaltend. Ich denke, die Allianzen werden sich zu jedem Thema ergeben.

## „DIE WAHLEN HABEN KOLUMBIENS DEMOKRATIE GESTÄRKT“



Foto: Ralf Leonhard

reerseits werden fast täglich Aktivisten der sozialen Organisationen ermordet. Die Reintegration geschieht, aber viel zu langsam. Die meisten ehemaligen Kämpfer haben daher die Übergangslager verlassen.

**Sie sollten ja durch ein Stück Land oder eine Berufsausbildung die Grundlage für ein neues Leben in Friedenszeiten bekommen. Findet das statt?**

**I Am Tag der Amtseinführung haben sich die Kräfte, die hinter Duque stehen, bereits gezeigt. Wofür steht der Senatspräsident Ernesto Macías und wie viel Einfluss hat er?**

Macías steht Ex-Präsident Uribe sehr nahe. Ich erwarte sehr bewegte Zeiten, denn radikale Positionen, wie die von Macías, provozieren auch stärkere Reaktionen.

**I Ex-Präsident Uribe ist jetzt offiziell wegen Zeugenmanipulation angeklagt. Inwieweit ist er dadurch geschwächt?**

Schwer zu sagen, denn Uribes Anhänger gehen mit ihm durch Dick und Dünn. Die lassen sich dadurch nicht beeindrucken.

**I Es heißt, dass es zwei Jahre nach dem Friedensabkommen große Probleme bei der Integration von FARC-Kämpfern gibt.**

Die Tatsache wird meist unterbewertet, dass die FARC den Entschluss gefasst haben, sich in eine politische Partei zu verwandeln. Dem Bild des ehemaligen Oberkommandierenden bei der Stimmabgabe wurde von den Medien kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Das war ein historisches Ereignis. Allein dass kaum noch jemand durch den bewaffneten Konflikt stirbt, ist ein Fortschritt, den die Menschen in den Regionen sehen und spüren. Ande-

Es gibt Bildungsprogramme, etwa Matura-Kurse. Wichtig sind die Produktionsprojekte. Die gibt es vor allem dort, wo ehemalige *Comandantes* selbst initiativ geworden sind und sich um Landerwerb gekümmert haben. Die Regierung ist säumig.

**I Wenn die Regierung das Friedensabkommen nicht erfüllt oder offen bricht: Hat die FARC ein Druckmittel, um sich dagegen zu wehren?**

Jedenfalls nicht die Rückkehr zum Krieg. Die Entscheidung zum zivilen Kampf ist endgültig. Und egal, wie beliebt oder unbeliebt die FARC heute ist, die Menschen in den Regionen sind froh über den Frieden und werden sich dafür einsetzen, dass das Abkommen erfüllt wird. Es geht um Land, um Opferentschädigung, nicht nur um Stimmen für die FARC. ■

**Interview: Ralf Leonhard**

Vera Grabe wurde 1951 als Tochter deutscher Einwanderer in Bogotá geboren. Sie schloss sich in den 1970er Jahren nach einem Wahlbetrug der Rebellenorganisation „Bewegung 19. April“ (M-19) an und war dann bei den Friedensverhandlungen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre führend beteiligt. Danach wurde sie in den Senat gewählt und verbrachte anschließend drei Jahre im diplomatischen Dienst in Spanien. Seit 22 Jahren leitet sie das von ihr gegründete *Observatorio para la Paz*, das sich der Friedenserziehung widmet. Grabe war auf Einladung des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) im Juli in Österreich. Sie sprach bei der Sommerakademie auf Burg Schläining zum Thema „shrinking spaces“.

# IST DES CHAVISMO STÄRKE SEINE ACHILLESFERSE?

Nach dem Ausgang der venezolanischen Präsidentschaftswahlen bleibt offen, welche nächsten Schritte die Regierung, aber auch die Opposition setzen werden.

Von Ociel Alí López

Mit dem Sieg Maduros bei den letzten Präsidentschaftswahlen entflammte innerhalb des *Chavismo* eine Debatte, die zu seiner Stärkung, aber auch zu seinem Niedergang führen könnte.

Einerseits hat das Wahlergebnis vom 20. Mai 2018 die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) gestärkt. Das liegt nicht nur am Triumph über die Opposition, sondern auch daran, dass sie sich als einzige bedeutende Partei unter den Chavismo-Bündnispartnern erwies, mit 5.267.109 erreichten Stimmen, 85% der Stimmen für Maduro. Heute regiert die PSUV in 18 der 23 Bundesstaaten, stellt 306 von 335 Bürgermeistern und verfügt über alle Sitze in der Verfassungsgebenden Versammlung, die höchstwahrscheinlich noch dieses Jahr eine neue Verfassung beschließen wird.

Andererseits sah sich die PSUV bei dieser Wahl erstmals mit einem bedeutenden internen Mitstreiter konfrontiert, der Bewegung *Somos Venezuela* (Wir sind Venezuela). Sie verfügte über ein enormes Werbebudget und warb mit dem Versprechen eines direkten Bonus (Steuererleichterungen) für Millionen Personen, das von der Regierung während des Vorwahlkampfes und im Wahlkampf verbreitet wurde. Die von Delsy Rodríguez, der aktuellen Präsidentin der Verfassungsgebenden Versammlung, geleitete Bewegung erhielt 6% von Maduros Stimmen, während keine andere verbündete Partei 2% erreichte.

Nach den Wahlen ist dessen ungeachtet innerhalb des Chavismo eine Diskussion entbrannt, die ganz unterschiedliche Ansichten zu gegenwärtigen Brennpunktthemen Venezuelas, von der Wirtschaftspolitik bis zur Frage nach dem Management der Ölindustrie, thematisiert. Fraglich bleibt, ob diese Debatte auch Lösungen hervorbringen oder aber den Weg in ein noch größeres Chaos ebnen wird.



Fünf Jahre nach Amtsübernahme wachsen die Zweifel an Maduros Kompetenz

Wenige Tage nach den Präsidentschaftswahlen einigten sich die Regierung und Teile der Opposition im Zuge eines Dialogs auf die Freilassung von Dutzenden inhaftierten Oppositionellen, die 2014 und 2017 in gewaltsame Straßenproteste (*guarimbas*) involviert waren. In diesem Zusammenhang forderte Maripili Hernández, eine ehemalige Ministerin unter Chávez, die Ausweitung des Dialogs auf die unzufriedenen Gruppierungen innerhalb des Chavismo: „Ich frage mich, wann Maduro Revolutionäre zum Dialog auffordern wird. Es scheint, dass er mit der ganzen Welt reden kann. Er spricht sogar mit den an *guarimbas* beteiligten Oppositionellen, aber nicht mit den Revolutionären, weder mit dem *Polo Patriótico* (Strömung im Chavismo) noch mit den 2,5 Millionen WählerInnen, die einst treue Anhänger von Chávez waren, Maduro aber nicht mehr gewählt haben... Wann wird er die Stimmen aus den eigenen revolutionären Reihen hören?“

Die Debatte innerhalb des Chavismo setzte jedoch bereits einen Tag nach der Wahl ein, als der renommierte Intellektuelle Nestor Francia Maduros Sieg als Pyrr-

hussieg bezeichnete und angesichts des Verlustes von chavistischen Wählerstimmen Alarm schlug. Sein Mahnruf löste eine Flut von Wortmeldungen aus, in denen sich unterschiedliche Lesarten des Wahlergebnisses spiegeln.

Luis Britto García, der Intellektuelle mit dem in der venezolanischen Linken vermutlich höchsten Ansehen, hat in der überraschenden Schrift „*Felicitaciones nuevas*“ (Neuerliche Gratulation) einen Vergleich zwischen Maduros wirtschaftlichem Kurs und dem des Ex-Präsidenten Carlos Andrés Pérez angestellt, einem Erzfeind des Chavismo, der im Jahr 1989 nach einem Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds ein wirtschaftliches Sparprogramm umgesetzt hat, das Venezuela in eine tiefe Krise stürzte und in einem sozialen Aufstand, dem sogenannten *Caracazo*, gipfelte.

Eine der schärfsten Kritiken kam von Carlos Mendoza Potellá, einem Berater der venezolanischen Zentralbank und Erdöl-experten, der einen radikalen strategischen Wandel in der Erdölpolitik fordert. In seiner Analyse hinterfragt er Chávez' Erdölstrategie, die dem Orinoco-Gürtel eine zen-

⇒ von Seite 31: VENEZUELA

trale Rolle zuschreibt, aber aufgrund der immensen Erschließungskosten, die er erfordert, für Potellá nichts weiter als eine „Illusion“ bleibt.

Darüber hinaus kamen auch von Chávez' Ex-Vize-Präsident und derzeitigen Bildungsminister Elías Jaua radikale Statements gegenüber der regierenden Partei (PSUV). Zuerst rief er zu internen Wahlen auf und forderte im Anschluss die Parteiführung einschließlich Maduro auf, die Basis über ihre Ämter entscheiden zu lassen.

### Ein neuer Weg nach vorn?

Um sich dieser Kritik zu stellen, hat Präsident Maduro noch für den Juli eine innerparteiliche Konferenz der PSUV einberufen. Er betonte, einen Prozess der „Kritik und Selbstkritik“ zu eröffnen und schlug eine „Erneuerung“ oder einen „Neuanfang“ vor. Bei einer überschwänglichen Rede vor der Verfassungsgebenden Versammlung betonte Maduro: „Wir machen weder genug, noch machen wir es gut. Wir müssen eine gründliche Prüfung vornehmen. Wir müssen wieder etwas verändern.“ Einige Tage später sprach er sich für eine „komplette Reorganisation“ der PSUV aus. Die letzten Wahlen zur Parteiführung der PSUV fanden am 9. März 2008 statt. Trotzdem hat er bis jetzt nicht auf Forderungen seiner Parteikollegen reagiert, die sich für interne Wahlen ausgesprochen haben und seinen Rücktritt forderten.

Die niedrige Anzahl an Stimmen (6.190.612), die Maduro bei den Präsidentschaftswahlen im Mai erhielt, aber auch die Enthaltungsquote von 54% demonstrieren, dass er ein besiegbare Kandidat ist. Das wird beim Vergleich mit den vergangenen Parlamentswahlen im Jahr 2015 deutlich (7.726.066 Stimmen), aber auch mit dem Blick auf den Verlust von Stimmen gegenüber den letzten Präsidentschaftswahlen 2012 unter dem Kandidaten Chávez (8.191.132 Stimmen) oder im Jahr 2013 mit Maduro (7.505.338 Stimmen). Zudem war seit 2001 die Stimmenthaltung bei Präsidentschaftswahlen nie über 25% gelegen.

Trotz alledem ist derjenige, der de facto gewonnen hat, der Sieger und es gibt keine rechtliche Grundlage, das Ergebnis in Frage zu stellen. Tritt kein unvorhersehbares Ereignis ein, so wird sich die Opposi-

tion bis zu den Wahlen im Jahr 2024 gedulden müssen, um sich neu und mächtiger zu positionieren. Diese Tatsache wirft die Frage auf, inwiefern die Strategie der Opposition, gekennzeichnet durch den Wahlboykott, die Stimmenthaltung und auch die in Bezug auf einen „internationalen Ausweg“ als effektiv angesehen werden kann. Keine dieser Strategien scheint zu Ergebnissen zu führen.

Obwohl die USA Sanktionen angekündigt haben, die den Verkauf von Vermögenswerten innerhalb Venezuelas verhindern sollen, könnte genau diese Art von Maßnahmen zur Zementierung der Macht in Venezuela führen, die einen gewichtigen Gegner braucht, um die geschlagene und perspektivlose interne Opposition zu ersetzen. Der Chavismo schließt die Reihen in der Konfrontation mit seinem historischen Gegner, dessen Abwesenheit dazu führen könnte, dass er orientierungslos wird und interne Konflikte aufbrechen.

In diesem Sinne füllen die nordamerikanischen Sanktionsmaßnahmen, aber auch wiederholt feindselige Erklärungen anderer Präsidenten Richtung Maduro, das von der Opposition hinterlassene Vakuum und ermöglichen dem Chavismo, im Kampf gegen einen bedeutenderen Feind aktiv zu bleiben. Derweil erfolgen die von der Opposition erhofften US-Sanktionen nicht in dem von ihr gewünschten Tempo.

### Die Stärke der PSUV

Angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise bleibt es für viele unerklärbar, dass die PSUV so mächtig ist. Verantwortlich dafür ist die Sozialpolitik der Regierung Maduro mit der Verteilung von Lebensmitteln, Wohnungsbau, der Betreuung von Senioren und der Aufrechterhaltung niedriger Preise für öffentliche Dienstleistungen. Die Opposition hingegen bezeichnet diese Politik als „populistisch“, greift immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen auf der Straße und bedient sich einer extrem rechten Rhetorik.

Vor diesem Hintergrund scheint es verständlich, dass sich die am stärksten verarmten Gesellschaftsschichten fragen, wie die Opposition regieren würde, und letztlich verhindern, dass sie an die Macht kommt. Allerdings spielte diesmal der Wahlboykott durch die Opposition eine größere Rolle, da er auch einen Gutteil dieser Wählerschaft davon abhielt, an den Wahlen teilzunehmen und für Maduro zu stimmen.

Mit Sicherheit haben die hohe Stimmenthaltung und der Verlust von chavistischen Wählerstimmen Maduro dazu bewogen, eine „Erneuerung“ des Chavismo anzudenken. Dies passierte nicht zum ersten Mal. Bereits in den Jahren 2007 und 2010 plädierte Chávez für einen Prozess der internen Erneuerung.

Seit 2010 trat Chávez für eine interne Umstrukturierung der PSUV von einer wahlorientierten Parteimaschine zu einer Bewegungspartei ein, die gestützt auf eine direkte Beziehung zu den Bedürfnissen der Menschen versucht, die subalternen Sektoren zu stärken und die Bürokratisierung zu bekämpfen. Diese Veränderungen stellten sich nicht ein, und nach dem Tod von Hugo Chávez, der in seinen letzten Reden den Kampf gegen die Ineffizienz und die Bürokratie wieder aufgenommen hatte, erbt Maduro die Aufgabe, eine Vertiefung dieses Diskurses einzuleiten.

In meinem Buch *„Dale más gasolina: chavismo, sifrinismo y burocracia“*, das im Jahr 2015 erschienen ist, beschreibe ich den Chavismo an seinem Scheideweg. Nach seinem Entstehen als „wilde“ Protestbewegung gegen die korrupten und ausschließenden Praktiken der Parteien machte der Chavismo, ähnlich wie andere revolutionäre Bewegungen auch, einen Prozess der Bürokratisierung durch. Das hat das Spektrum jener Wählerschaft reduziert, die er durch seine eiserne Kontrolle der Institutionen – vor allem aber wegen der Unstimmigkeiten innerhalb der Opposition – an sich binden konnte.

Sollte dieser Trend anhalten, könnte sich die PSUV, ähnlich wie der mexikanische *Partido Revolucionario Institucional* (PRI), der seit 1929 (mit einer Unterbrechung zwischen 2000 und 2012) an der Macht ist, auf unbestimmte Zeit durchsetzen. Das setzt aber voraus, dass kein Konflikt zwischen seinen internen Strömungen ausbricht. Sollten die Opposition und die USA weiterhin auf frontale Umsturzstrategien setzen, wäre das für den Machterhalt durch den Chavismo sogar von Vorteil. ■

Ociel Alí López ist Soziologe, politischer Analyst und Professor an der *Universidad Central de Venezuela*. Er wurde für sein Buch *„Dale más gasolina: chavismo, sifrinismo y burocracia“* (2015) mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet. Erstveröffentlichung auf <https://nacla.org>, Übersetzung: Judith Kutnjak

# ARGENTINIEN & IWF: ER IST WIEDER DA!

Viele ArgentinierInnen erleben derzeit ein alpträumliches Déjà-vu: Nach fast 20 Jahren kehrt der verhasste Internationale Währungsfond (IWF) zurück. 2001 führte das IWF-bedingte „Strukturanpassungsprogramm“ zur radikalen Vertiefung der Wirtschaftskrise. Über die Hälfte der Bevölkerung fiel unter die Armutsgrenze. Dem neuerlichen Canossa-Gang einer argentinischen Regierung ging eine bestürzende Verschlechterung der Wirtschaftslage seit Jahresbeginn voran.

Von Jürgen Kreuzroither



Präsident Macri; kaum noch Grund für gute Laune

Schon die Jahre davor sah es nicht gut aus. Der Rohstoffboom der Nullerjahre war für Argentinien spätestens 2012 vorbei. Jetzt rächte sich die vernachlässigte Industriepolitik. Wohl ist die Industrie im Vergleich mit der Soja-dominierten Landwirtschaft der wichtigere Beschäftigungsgeber, dennoch stand sie angesichts sprudelnder Exporterlöse aus dem Rohstoffsektor nicht im Fokus. Dazu kam der Einbruch des Hauptabnehmers im *Mercosur*, Brasilien.

Die Kirchner-Regierung reagierte auf die Zahlungsbilanzprobleme mit Devisenkontrollen. Keine nachhaltige Lösung: Es entstand ein Devisen-Schwarzmarkt. Die Regierung Macri öffnete das Land wieder den internationalen Finanzmärkten, sodass die Auslandsverschuldung seit 2015 rasch stieg (zuletzt 221 Mrd. USD).

Zuvor musste Macri ein Folgeproblem der Krise 2001 lösen: Die Mehrheit der Gläubiger des Landes stimmte damals einem Schuldenschnitt zu. Allerdings hielt eine Gruppe von Geierfonds an ihren Schuldtiteln fest. Schließlich urteilte ein US-Gericht zu deren Gunsten, was bedeutete, dass die argentinische Regierung diese auszahlen musste. Die Regierungen unter den Kirchners boykottierten dieses Urteil, womit der Zugang zu Auslandsfinanzierungen weitgehend verwehrt blieb.

Macri spielte hingegen mit und nahm das für die Auszahlung nötige Geld durch die Ausgabe neuer Schuldtitel auf. Das war nur der Beginn eines neuen Kreditbooms. Private Gläubiger ermöglichten ihm, indem sie großzügig in Argentinien sehr ertragreiche Anlagen investierten.

Obwohl rasch Bedenken aufkamen, wie lange es mit der neuerlichen Schuldenspirale angesichts der strukturellen Probleme Argentiniens gut gehen könne, gaben viele Investoren den äußerst attraktiven Anleihen den Vorzug. Gut möglich, dass sie darauf spekulierten, im Fall der Zahlungsunfähigkeit von jemandem rausgehauen zu werden.

Etwas zum Jahreswechsel kamen die steigenden Zinsen der US-Zentralbank erschwerend hinzu: Der Schuldendienst erhöhte sich, neue Investoren scheuten das Risiko, der Peso fiel in der Folge rasch, der Schuldendienst verteuerte sich so noch weiter. Mit dem Ansuchen der argentinischen Regierung erfüllt sich jetzt die Wette der verbliebenen Gläubiger: Sie werden durch das 50 Mrd. USD schwere „Beistandsabkommen“ mit dem IWF schadlos gehalten.

## Ein neuer IWF?

Angesichts der dunklen Erinnerungen sind Währungsfonds und Regierung unisono bemüht zu betonen, dass diesmal alles anders laufen würde. „Zielgruppenorientierte Sozialprogramme“ sollen die ärgsten Folgen für die Bevölkerung abmildern. Wenn man die Zahlen abklopft, bleibt nur ein Befund: oberflächliche Kosmetik. An Sozialausgaben unter dem Programm sind bis Jahresende 2018 gerade einmal sechs USD pro Kopf für die 13 Mio. Armen Argentiniens vorgesehen!

Austerität bildet nach wie vor den Kern des Strukturanpassungsprogramms (SAP): Budgetkürzungen auf Bundes- und Provinzebene; Reduzierung der Lohnkosten durch Einstellungsstopp und Entlassungen; Beseitigung von Subventionen für sensible Produkte wie Gas und Strom; Kürzung der Ausgaben für öffentliche Arbeiten; Senkung der Transfers an öffentliche Unternehmen. Diese Maßnahmen sind das Rezept für die Vertiefung der schon jetzt deutlich bemerkbaren sozialen Krise: 30% der ArgentinierInnen leben wieder unter der Armutsgrenze; erste Plünderungen von Supermärkten wecken Erinnerungen.

Eine Neuerung im SAP gibt es, doch sie stellt einen Rückschritt dar: 2001 war ein Abkommen mit den privaten Gläubigern Vorbedingung für die Auszahlung des IWF-Kredits. Diese mussten also auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten, da sie ohne die IWF-Gelder einen noch höheren Verlust erlitten hätten. Diesmal gibt es diese Klausel nicht: Die Gläubiger können 1:1 aus den neuen Kreditmitteln bedient werden. Der Hintergrund: Das IWF-Beistandsabkommen sollte in erster Linie die internationalen Gläubiger beruhigen und diese mit rekordverzinsten Anleihepapieren (zuletzt 60%!) wieder anlocken. Die Rechnung ging bisher nicht auf, wohl auch wegen einer Inflation von 30% – bei steigender Tendenz.

## Wie weiter?

Argentinien ist nicht das einzige Schwellenland, das unter der sich verändernden Finanzmarkt-Geographie zu leiden hat (siehe Türkei, Brasilien, ...). Die angesprochenen strukturellen Probleme und die radikale finanzpolitische Wende unter Macri führen allerdings zu einem besonders heftigen Konjunkturerinbruch. Um den Schaden für die Realwirtschaft noch einigermaßen einzudämmen, müssten die Stützung der Binnennachfrage und Investitionen in den Produktionsapparat im Fokus der Regierungspolitik stehen.

Das ginge nur mit einer Abkehr des IWF von seiner engen fiskalischen Sichtweise. Er müsste sich dabei wieder mehr an sein ursprüngliches Mandat halten: Länder bei kurzfristigen Zahlungsproblemen unterstützen und die Wirtschaftspolitik gewählten PolitikInnen überlassen. Überfällig wäre auch die Aushandlung internationaler Schuldenerleichterungsmechanismen. ■

## SPÄTE GERECHTIGKEIT IM FALL CURUGUATY

PARAGUAY

Am 31. Juli hob Paraguays Oberster Gerichtshof den Schuldspruch gegen jene elf Landlosen auf, die im Fall „Massaker von Curuguaty“ verurteilt worden waren. Dieser tragische Zwischenfall vom 15. Juni 2012, bei dem 17 Menschen getötet wurden, hatte die Absetzung des damaligen Präsidenten Fernando Lugo zur Folge. Durch den Freispruch rückt wieder das Massaker in den Blick und damit auch die Landfrage.

Von Ignacio González Bozzolaco und Montserrat H. Fois

In ihrem historischen Urteil stimmten alle Mitglieder des Gerichts für die Aufhebung des Urteils, da es keine Beweise für die Schuld der Angeklagten gab, allen diesbezüglichen Bemühungen der Staatsanwaltschaft zum Trotz.

### Die Wurzeln des Konflikts

Wie diverse Studien ergeben haben, zählt Paraguay zu den Ländern mit der ungleichsten Landverteilung. Die Großgrundbesitzer mit mehr als 500 Hektar Land, bloß 2,6% aller Landeigentümer, verfügen über 85,5% der Agrarfläche. In diesem Kontext waren Mobilisierung und Kampf für die Campesinos stets die einzige Möglichkeit, zu Land zu kommen. Das trifft auch auf die 1.748 Hektar von Marina Kue zu, um die es bei den Auseinandersetzungen ging, die in das Massaker von Curuguaty mündeten.

Seit dem Jahr 2004 hatten die bäuerlichen Organisationen von Curuguaty vom Nationalen Institut für Ländliche Entwicklung und Land (INDERT) gefordert, die Flächen von Marina Kue im Zuge der Landreform zu vergeben. Seit über einem Jahrzehnt hatte es bezüglich dieses Gebiets einen Rechtsstreit gegeben. 2004 hatte die Regierung seine Übertragung an INDERT zum Zweck der Agrarreform verfügt. Dagegen legte jedoch die Firma *Campos Morombí* (im Besitz der Familie des inzwischen verstorbenen Politikers Blas N. Riquelme) Einspruch ein, da sie die Fläche seit 1970 genutzt habe. Das Unternehmen erreichte zwar 2005 ein Urteil zu seinen Gunsten, das jedoch umstritten blieb, weil es auf falschen Behauptungen beruhte.

2009 versuchte der Generalanwalt der Republik vergeblich, eine Aufhebung dieses Urteils zu erreichen; er rief dazu sogar den Obersten Gerichtshof an, doch steht dessen Entscheidung bis heute aus. Der Konflikt um Marina Kue ist also von juristischen Widersprüchen geprägt.

### Das Massaker und seine Folgen

Während dieses langwierigen Rechtsstreits dauerte auch der Konflikt zwischen den bäuerlichen Organisationen und den Behörden bzw. den Sicherheitskräften an. Am 15. Juni 2012 wollten 324 Polizisten das Lager der etwa 60 landlosen BesetzerInnen räumen. Die angespannte Verhandlung zwischen beiden Seiten ging in einen Schusswechsel über, wobei nach wie vor unklar ist, von wem er ausging. Tragisches Ergebnis waren 17 Tote, 11 Campesinos und 6 Polizisten.

Unmittelbare Folge des Massakers war das abrupte Ende der Regierung von Fernando Lugo. Er habe seine Funktionen schlecht ausgeübt, indem er politische Instabilität verursacht und zu einem Klassenkampf mit dem Massaker als Resultat aufgestachelt habe. Der Zwischenfall diente der *Colorado*-Partei im Bündnis mit den Liberalen als Argument für den Sturz von Präsident Lugo und der ihn unterstützenden progressiven Kräfte.

Im 2015 und 2016 abgehaltenen Prozess wurden 11 Campesinos des Mordes an den 6 Polizisten für schuldig befunden und verurteilt. Nicht geklärt wurde dabei, woher der erste Schuss gekommen war, noch wer für den Tod der Campesinos verantwortlich war. Die Anklage der Staatsanwaltschaft beruhte auf der These, die mit Jagdflinten bewaffneten Campesinos hätten den über 300 Polizisten einen Hinterhalt gelegt.

### Freispruch und Reaktionen

Von Anfang an hatten soziale und politische sowie Menschenrechtsorganisationen im Zusammenhang mit dem Fall Curuguaty Vorwürfe erhoben. Er stellt in der jüngeren Geschichte Paraguays einen der schwersten Fälle der Verletzung von Menschenrechten, legalen und Verfassungsgarantien dar. Laut der Menschenrechtskoordination CODEHUPY gab es klare Indizien für die Illegalität und Parteilichkeit

des Prozesses. Dazu zählte das Naheverhältnis des Richters Jalil Rachid zur Familie Riquelme ebenso wie die Untersuchung des Todes der Polizisten, aber nicht der Campesinos. Auch waren zentrale Beweise verschwunden, darunter ein von einem Polizeihubschrauber aus gedrehter Film sowie die Auswertung der Projektilen in den Körpern der Toten.

In den Unregelmäßigkeiten des Prozesses spiegelt sich der ungleiche Zugang verschiedener sozialer Schichten des Landes zur Justiz. In von Menschenrechtsorganisationen gesammelten Zeugenaussagen ist von Folter, außergerichtlichen Hinrichtungen und anderen Verstößen gegen die Menschenrechte die Rede. Der Freispruch hingegen zeigt die Grenzen dieser Willkür angesichts der Proteste und des Einsatzes vieler Personen und Organisationen zur Verteidigung ihrer Opfer. Er stellt nicht nur den Prozess selbst in Frage, sondern auch die Glaubwürdigkeit jener Politiker, die Präsident Lugo für den Zwischenfall verantwortlich gemacht hatten. Vor allem hat er verdeutlicht, wie entschieden staatliche und rechtliche Organe sowie Teile der Medien die Interessen der Latifundisten verteidigen.

Es hat aus diesen Reihen auch nicht an Reaktionen auf die Aufhebung des Urteils durch das Höchstgericht gefehlt. Javier Zacarias, Senator der regierenden *Colorados*, bezeichnete die am 12. Juni in Curuguaty Anwesenden als Delinquenten, die ins Gefängnis zurückkehren müssten. Die Generalstaatsanwaltschaft stärkte den Staatsanwälten, die den Prozess betrieben hatten, den Rücken, da es zu Übergriffen gegen Privateigentum und das Leben gekommen sei.

### Was geschah in Curuguaty?

Der Fall Curuguaty wird für lange Zeit eine tiefe und schmerzhafteste Wunde bleiben. Der Staat bleibt in Sachen Menschenrechte viel schuldig, vor allem gegenüber den verletzlichsten Gesellschaftsschichten, denen der Zugang zur Justiz und faire Prozesse verwehrt werden. Die Forderung nach Wahrheit und Gerechtigkeit betreffend den Tod der elf Campesinos bleibt bestehen. Und mehr denn je harret die seit Juni 2012 offene Frage einer Antwort: Was geschah in Curuguaty? ■

Der Beitrag wurde auf [www.nuso.org](http://www.nuso.org) erstveröffentlicht.  
Übersetzung und Kürzung: Hermann Klosius



## „WIR SCHÜTZEN UNSEREN GUTEN NAMEN“

Über die Verwicklungen eines Tiroler Turbinenbauers in ein katastrophales Kraftwerksprojekt im Norden von Honduras.

HONDURAS

Honduras' Machthabende wittern in „erneuerbaren Energien“ und im Bergbau weiter das große Geschäft. Im Jahr nach dem Putsch 2009 wurden landesweit Dutzende Lizenzen für Wasserkraftwerke und mehrere hundert für Tagebaue von Gold, Eisenerz, Antimon und weiteren Mineralien vom Parlament durchgewunken und werden nun sukzessive umgesetzt. Tiefseehäfen, Logistikzentren und der Ausbau des Agrobusiness ergänzen das Panorama. Die betroffenen Gemeinden, Kleinbauern und -bäuerinnen, Indigene, FischerInnen wehren sich gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Die Folge: Bestechungsversuche, Drohungen, Gewalt. Über 130 UmweltaktivistInnen wurden seit 2009 ermordet.

Von Andrea Lammers

Immer wieder sind auch internationale Player mit von der Partie. Ein typisches Beispiel ist das Wasserkraftwerk *Los Planes*. Es wird am Mezapa-Fluss in der Gebirgskette *Cordillera Nombre de Dios* gebaut, die im Norden von Honduras parallel zur Karibikküste verläuft. Mit 1,5 MW gilt „Los Planes“ als Kleinkraftwerk und liegt damit voll im Trend: Statt Mega-Projekten setzen honduranische UnternehmerInnen zunehmend auf Ketten vermeintlich harmloser mittlerer und kleiner Kraftwerke, für die es bisweilen auch günstige Finanzierungen aus internationalen Entwicklungstöpfen gibt. Die Lizenz für „Los Planes“ wurde dem Unternehmen *Hidroeléctricas Centrales El Progreso (Hidrocep)* und damit Jason Hawit zugesprochen. Jason ist Sohn des bekannten, im FIFA-Korruptionsskandal verhafteten ehemaligen FIFA-Vizepräsidenten Alfred Jawit, der 2016 vor der New Yorker Justiz zugegeben hatte, Bestechungsgelder in Höhe von mehreren hunderttausend Dollar kassiert zu haben. Das Geld sei, Presseberichten zufolge, an von ihm und seiner Familie kontrollierte Banken in Honduras und Panama geflossen.

Das Herzstück des Kraftwerks „Los Planes“, die Turbinen, sollen von *Geppert Hydropower* aus Hall in Tirol geliefert werden. Das Hauptgeschäft des Familienunternehmens liegt laut Internetplattform [www.wirtschaft.tirol](http://www.wirtschaft.tirol) vom 20. Mai 2018 im Export (80 Prozent). Geppert liefert demnach in 16 Länder weltweit, größtenteils außerhalb der Europäischen Union, und will das Auslandsgeschäft weiter ausbauen. „Südamerika“ (gemeint ist wohl Lateinamerika) mit Lieferungen nach Honduras und Chile sei ein „Export-Hoff-

nungsgebiet“ für das Unternehmen. „Die Auslandsmärkte helfen auch, Schwankungen in den Nahmärkten auszugleichen und Unsicherheiten durch lange Genehmigungsverfahren für Kraftwerksprojekte zu überbrücken“, wird Geppert im Wirtschaftskammer-Bericht zitiert.

von Umweltverbänden hinweg. Mit dem Beginn der Bauarbeiten nahm sodann das von den AnwohnerInnen befürchtete Umweltdesaster seinen Lauf.

Kaum hatten die schweren Baufahrzeuge den weichen und sandigen Untergrund an den steilen Hängen der *Cordillera Nombre de Dios* aufgerissen, kam flussabwärts im Sektor *Pajuiles*, der 20 Dörfer umfasst, nur noch brauner Schlamm aus den Wasserleitungen. Tausende *Tilapia*-Buntbarsche eines lokalen Fischzüchters schwammen tot Bauch oben. Umweltingenieure der „Breiten Bewegung für Würde und Gerechtigkeit“ (*Movimiento Amplio por la Dignidad y la Justicia – MADJ*) stellten fest, dass hunderte Bäume gefällt worden waren und Erosion und Erdbeben drohten.



EinwohnerInnen aus Pajuiles protestieren vor dem Gerichtgebäude in Tela.

### Chronologie eines Umwelt- und Menschenrechtsdesasters

Das Genehmigungsverfahren für „Los Planes“ war in der Tat ein sehr kurzes: 2016 erteilte der Bürgermeister der Kreisstadt Tela die Baugenehmigung und setzte sich damit flugs über das Votum der betroffenen Gemeinden und die Bedenken

*Hidrocep* baute weiter, die Umweltschäden vergrößerten sich. Im Trinkwasser des Sektors Pajuiles wurden Giftstoffe und koliforme Keime festgestellt. Durchfallerkrankungen und Hautausschläge, vor allem bei Kindern, nahmen zu. Die für Wasserfragen zuständige Kommission aus Pajuiles versuchte mit Unterstützung der

weiter Seite 36 ⇨

⇒ von Seite 35: HONDURAS

Anwälte des MADJ juristisch gegen die illegalen Bauarbeiten vorzugehen – vergeblich. Im Januar 2017 schließlich inspizierte Staatsanwalt Randy Mejía von der lokalen Umweltbehörde die Schäden. Noch am gleichen Abend wurde ein Attentat mit Schusswaffen auf ihn verübt. Mejía überlebte und verließ mit seiner Familie das Land.

Die EinwohnerInnen von Pajuiles richteten daraufhin im März 2017 ein Protestcamp am Rand der Zufahrtsstraße mit der Absicht, keine Baufahrzeuge und kein Baustellenpersonal mehr durchzulassen. Dreimal marschierten seither Polizei und Militär – teils mit mehreren Hundertschaften – auf, prügeln, schossen und warfen Tränengaskartuschen, auch in anliegende Häuser. Nach den gewaltsamen Räumungen wurde das Camp mehrfach niedergebrannt. Nachdem im August 2017 ein aufgehetzter Mob dem Anwalt und MADJ-Koordinator Martín Fernández das Nasenbein gebrochen und den Camp-Aktivisten Óscar Martínez am Bein verletzt hatte, wurden nicht etwa die namentlich bekannten Angreifer vor Gericht zitiert. Die honduranische Justiz kriminalisierte vielmehr 18 Männer und Frauen aus dem Protestcamp wegen angeblicher Blockade einer öffentlichen Straße und Nötigung der *Hidrocep*-Angestellten.

Nach diesem „Schwarzen August“ 2017 kam es auf Initiative des MADJ schließlich zu einem Dialog zwischen allen Beteiligten. Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte vermittelte, internationale BeobachterInnen, Kirchenvertreter und sogar ein Abgesandter der US-Botschaft reisten als ZeugInnen an. Der Bürgermeister von Tela und Vertreter von *Hidrocep* unterzeichneten ein Dokument, das einen Baustopp bis zur Klärung der Umweltproblematik vorsah. Daraufhin passierte – nichts. Das Trinkwasser von über 20.000 Menschen blieb verseucht, die Gemeindeverwaltung von Tela krümmte keinen Finger. Die Anwälte der Betroffenen reichten im September 2017 eine neue Serie von Anzeigen und Anträgen ein, doch ohne Wirkung.

Im Januar 2018 wurde der Aktivist des Protestcamps in Pajuiles, Geovanny Diaz Carcamo, im Morgengrauen von Männern in Polizeiuniformen aus seinem Haus gezerrt und an der nahegelegenen Staatsstraße mit mehreren Schüssen exekutiert.

Diaz hatte auch an politischen Protesten nach dem Wahlbetrug zu Jahresbeginn teilgenommen. Die Art seiner Hinrichtung lässt auf eine gezielte, selektive Liquidierung eines Umweltaktivisten schließen.

Im Februar 2018 verurteilte die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte den honduranischen Staat zu Schutzmaßnahmen, um das Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser in Pajuiles durchzusetzen – vergeblich.

### Offener Brief an Geppert Hydropower

Im Juni 2018 wurde bekannt, dass ein österreichisches Unternehmen an „Los Planes“ beteiligt ist. Zwanzig Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie die Nationalratsabgeordnete Petra Bayr, die Europaabgeordnete Monika Vana, die ehemalige Vizepräsidentin des EU-Parlaments Ulrike Lunacek und der Wiener Universitätsprofessor Ulrich Brandt unterzeichneten einen Offenen Brief an *Geppert Hydropower*. Sie fordern das Unternehmen auf, die in den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verankerten menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten zu beachten und die Lieferung der Turbinen sofort zu stoppen, eine sorgfältige Risikoanalyse vorzunehmen und in der Folge die laufenden Verträge mit *Hidrocep* zu kündigen. Das Tiroler Unternehmen errichtete daraufhin eine Mauer des Schweigens. Eine Sekretärin antwortete nach tagelangem, mehrfachem Nachfragen, Geschäftsführer Guntram Geppert lasse mitteilen, man gebe keine öffentliche Stellungnahme ab, die Sache werde „intern geklärt“.

In den Compliance-Richtlinien von *Geppert Hydropower* vom 10.5.2017 ist ein ganzes Kapitel der Werteorientierung und Ethik gewidmet, Menschenrechte hingegen kommen nicht vor, ein konkretes menschenrechtliches Risikoassessment für Exporte in Länder wie Honduras schon gar nicht. Die Schlussformel der Richtlinien fasst zusammen, worum es dem Turbinenbauer bei Compliance in erster Linie geht: „Wir schützen unseren guten Namen“.

### Etappensieg für den Widerstand

Am 30. Juli 2018 ordnete das Verwaltungsgericht in San Pedro Sula einen Baustopp für „Los Planes“ an. Die Gemeindeverwaltung in Tela müsse handeln und *Hidrocep* zum Einstellen der Bauarbeiten

zwingen. *Geppert Hydropower* wurde über das Urteil informiert und erneut um eine Stellungnahme gebeten – vergeblich. Auch die Gemeindeverwaltung reagierte nicht auf das Urteil. Die Betroffenen aus Pajuiles fürchteten also, dass weitergebaut wird und die Tiroler Turbinen wie geplant noch im August zur Baustelle gebracht würden. Sie schlugen deshalb ein zweites Protestcamp auf. Vor dem Rathaus von Tela demonstrierten sie Tag und Nacht für „Leben und Wasser“.

Am siebten Tag, dem 13. August, kam unerwartet der Erfolg: Nach ausführlichen Erklärungen der Anwälte des MADJ beschloss der Gemeinderat von Tela, dass die Gemeindeverwaltung den Baustopp nun unverzüglich durchsetzen müsse: ein Etappensieg für die EinwohnerInnen von Pajuiles\*). Ihr Kampf geht nun weiter: für das definitive Ende des Projekts, Reparaturen, die Behebung der Schäden, sauberes Trinkwasser und den Erhalt des Ökosystems des Küstengebirges Nombre de Dios.

Was mit den Turbinen aus Tirol passiert, bleibt derweil im Dunkeln. Petra Bayr, entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ im Nationalrat, kommentiert: „Um langfristig sicherzustellen, dass Unternehmen bei deren Aktivitäten im EU-Ausland keinen Schaden für die lokale Bevölkerung und die Umwelt mitanrichten, braucht es ein gesetzlich verbindliches Rahmenwerk, das die Sorgfaltspflichten von Unternehmen regelt.“

Kritisch zu hinterfragen sind jedoch auch Exportkredite und Finanzierungen etwa durch die Österreichische Entwicklungsbank (OeEB). Sie gibt Millionenkredite an die Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration (CABEI), die wiederum in umstrittene „grüne“ Energieprojekte investiert. Dazu forderte die Abgeordnete Petra Bayr in einer parlamentarischen Anfrage Antworten von der österreichischen Bundesregierung in Bezug auf „Los Planes“ und ein ähnliches Projekt mit Turbinen von *Global Hydro* aus Oberösterreich in Guatemala. Deren recht allgemeine Beantwortung ließ freilich viele Fragen offen. ■

Die Autorin ist Mitarbeiterin des Ökumenischen Büros München.

\*) Über den Einspruch von *Hidrocep* dagegen wird in zweiter Instanz entschieden werden.

## Flucht und Politik im Sommerloch: GROSSES THEATER, KLEINE POLITIK

Mit dem Massenexodus aus Venezuela hat das Thema „Flucht und Migration“ eine neue, lateinamerikanische Dimension erhalten. Auch hier gibt es Xenophobie, kommt es zu Übergriffen (Brasilien) und Debatten um Grenzschließungen, auch wenn sich die Lateinamerikaner insgesamt generöser zeigen als die „reichen“ Europäer. Auch hier sind die Grenzen zwischen „politisch Verfolgten“ und „Wirtschaftsflüchtlingen“ unklar. Deutlich ist hingegen vor allem eines: Die Weltgemeinschaft muss besser auf solche Ereignisse vorbereitet sein. Es braucht strukturelle und multilaterale Lösungen, nicht populistisches Gezeter. Bedrückende Zahlen und ein Kommentar

von Robert Lessmann



Barrikade gegen MigrantInnen aus Venezuela im Grenzort Pacaraima, Brasilien

**P**olitik sei immer auch ein Stück großes Theater, sagte schon Macchiavelli (1449–1516). Der vergangene Sommer bestätigte ihn einmal mehr: „Flüchtlingskrise“ auf allen Kanälen. Hierzulande nannte ein neuer Generalstabschef bei seiner Angelobung Massenmigration und Terrorismus als wichtigste Bedrohungen und verlangte im gleichen Atemzug Geld für neue Abfangjäger. Ein Landeshauptmann trat alarmistisch mit Phantasiazahlen über Flüchtlinge hinter dem Leithagebirge hervor, die nicht einmal das FPÖ-geführte Innenministerium bestätigen mochte. Kurz darauf trat sein Landesrat für Kultur und Finanzen völlig ohne Not eine Richtungsdebatte in der SPÖ los.

In Deutschland irrlichterte wochenlang ein wahlkämpfender CSU-Innenminister mit einem „Masterplan Migration“ durch die Schlagzeilen, den zunächst niemand

kannte, der vielleicht auch noch gar nicht fertig war – und der als Kernstück „Ankerzentren“ (spricht: Internierungslager) beinhaltet, wie man heute weiß. Weil es dazu keinen Konsens gibt, werden die vorerst nur in Bayern geschaffen. Die Union war gespalten und die Regierungskoalition drohte zu zerbrechen. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, Spitzenkandidat im Umfragetief, inszenierte sich währenddessen wahlweise als entschlossener Grenzschrützer mit Feldstecher vor den Augen oder als Drakulatöter Van Helsing mit einem Kreuzifix vor der Brust. Man glaubt es kaum...

Dies alles geschah, während das Klima die tollsten Kapriolen schlug und rund um den Globus Wälder brannten, die Finanzkrise seit 2008 weiterschwelt, im hochverschuldeten Italien die Faschisten im Aufwind sind und die Facebook-Aktie wegen

schlechter Quartalszahlen in einer Nacht 150 Milliarden Dollar (!) an Wert verlor – und vor dem Hintergrund deutlich sinkender Flüchtlingszahlen. Sicher: Flucht und Migration werden noch viele Jahre lang Herausforderungen bleiben. Doch man fragt sich: Soll da wirklich nur auf verantwortungslose Weise politisches Kleingeld gemacht werden? Oder wofür wird hier letztlich der Boden bereitet?

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) ist nicht die einzige Organisation, die Flüchtlingen hilft. Aber sie ist die weltumspannendste, vor Ort aktiv und hat wohl die meiste Expertise. So kümmert sich das UNHCR nicht nur um Flüchtlingslager in der Türkei, Jordanien und Afrika, sondern etwa auch um den Massenexodus aus Venezuela und die Menschen, die vor der Repression in Nicaragua nach Costa Rica flüchten. Als die Debatte um die „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2016 die „Willkommenskultur“ verdrängte, hatte ich Zahlen dazu recherchiert.\*) Was ich fand, war erschütternd: Das Budget des UNHCR für seine weltweite Flüchtlingsarbeit lag bei 3,4 Milliarden US-Dollar (USD), was etwa einem Viertel des Budgets der Stadt Wien entsprach. Die Zahlen bezogen sich auf das Jahr 2015, als die Flüchtlingskrise „ausbrach“. Doch die Entwicklung war längst absehbar. Mein Fazit damals: Es fehle sowohl an Weitblick als auch am politischen Willen, die Herausforderungen ernsthaft anzugehen.

### Ernüchternde Nachschau

Bei der heftigen Präsenz des Themas sollte sich das inzwischen geändert haben. Die Realität ist indessen ebenso ernüchternd wie erhellend: Das UNHCR-Budget für 2017 lag inklusive Umschichtungen aus anderen UNO-Töpfen bei 3,9 Mrd. USD. Davon finanzierten die USA (mit 1.450 Mio.) und die Bundesrepublik (476 Mio.) im Alleingang nahezu die Hälfte; nimmt man die EU, Japan, UK, Schweden und Norwegen mit dazu, so finanzierten sieben Geber drei Viertel des UNHCR-Budgets.

Bereits an neunter Stelle der Liste steht mit 80 Mio. USD ein privater Geber aus Spanien. Zuwendungen privater Stiftungen oder Unternehmen füllen die Lücken in einer zunehmend unwilligen Staatengemeinschaft. Das gilt übrigens auch für an-

⇒ von Seite 37: UNHCR

dere UNO-Organisationen, wie etwa die Weltgesundheitsorganisation WHO.

Lateinamerikanische Länder liegen mit Platz 60 für Brasilien (mit 0,6 Mio), 78 Argentinien (0,1), 89 Mexiko (0,08), 90 Chile (0,07), 104 Uruguay (0,03) und Costa Rica (0,01) allesamt in der unteren Hälfte der Geberliste. Bei der Zahl der Binnenflüchtlinge hält allerdings noch immer Kolumbien vor Syrien den traurigen Spitzenrang.

Die selbsternannten Verteidiger des christlichen Abendlandes aus Budapest (2,8 Mio), Prag (2,4 Mio), Warschau (0,6) und Bratislava (0,01) bewegen sich mit ihren Beiträgen tendenziell unterhalb der Schamgrenze. Wien belegt mit 9,3 Mio noch Platz 33. Beunruhigend: Wie im Fall der USA wurden diese Mittel noch von der alten Regierung bewilligt. Das verheißt nichts Gutes für die Zukunft.

Mehr als 50 Prozent der Flüchtlinge kommen aus nur drei Konfliktregionen: Syrien, Afghanistan und Südsudan. Es fällt auf, dass sich – mit Ausnahme der USA – die wichtigsten Drahtzieher und Akteure dieser Konflikte aus der Bewältigung ihrer Folgen weitgehend heraushalten: etwa Saudi Arabien (mit 18 Mio), die Russische Föderation (mit 2 Mio), die Türkei (0,3 Mio) und Israel (mit 0,1 Mio); der Iran taucht erst gar nicht als Geber auf, beherbergt aber, wie auch die Türkei, selbst viele Flüchtlinge.

Fazit: Nach wie vor ist kein politischer Wille erkennbar, das „Flüchtlingsproblem“ strukturell anzugehen, geschweige denn mit der Absicht, primär den Betroffenen zu helfen. Beides wird nur zusammen gehen und multilateral. Die selbsternannten Retter des christlichen Abendlandes erweisen sich als Maulhelden, wenn's ans Geldbörse geht. Ihr permanentes Gezeter um Auffangzentren, Grenzzäune und neue Gesetze kostet nämlich nichts. Außer dass es das politische und das zwischenmenschliche Klima nachhaltig vergiftet. Die zuständigen Behörden und kompetenten Organisationen personell und materiell in die Lage zu versetzen, ihren Job zufriedenstellend zu erledigen, wäre dagegen sehr wohl mit Kosten verbunden. ■

\*) (nachzulesen: „Flucht aus der Spirale von Armut und Gewalt“ in meinem Blog [www.robert-lessmann.com](http://www.robert-lessmann.com) bzw. in LAA 4/2016)

## PORTRAIT SAMIR AMIN

### Der kreative Marxist ist tot

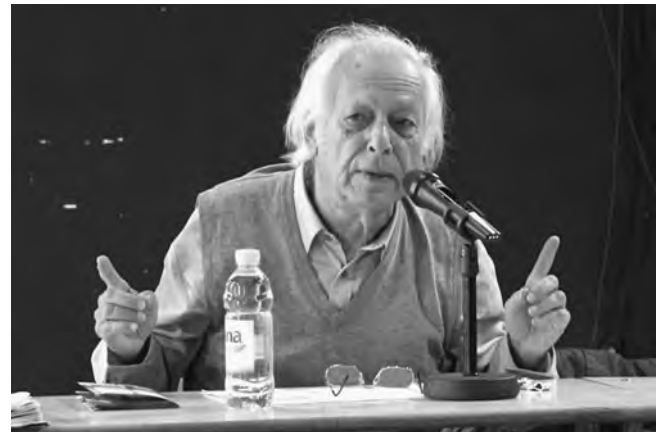
Die jungen Teilnehmer an den Weltsozialforen – von Porto Alegre bis Dakar – pflegten an den Lippen des greisen Propheten zu hängen. Auf den Vernetzungsveranstaltungen der Globalisierungskritiker war Samir Amin einer der schärfsten Kritiker der aktuellen Weltordnung. „Imperialismus ist nicht ein Stadium, nicht einmal das höchste Stadium des Kapitalismus“, pflegte er Lenin zu widerlegen: „Er ist der Expansion des Kapitalismus inhärent“.

„Kreativer Marxist“, das war die Selbstbeschreibung von Samir Amin. Für ihn hieß das: „Bei Marx beginnen und nicht bei Lenin oder Mao enden“. In der Tat hat der 1931 in Kairo als Sohn eines ägyptischen Vaters und einer französischen Mutter geborene Intellektuelle die Entwicklung vom panarabischen Sozialismus der 1950er Jahre bis zur modernen Globalisierungskritik der Gegenwart durchgemacht. Nicht ohne dabei manchem Irrweg zu folgen. So begrüßte er anfangs das blutige Regime der Roten Khmer in Kambodscha wegen seiner „raschen De-Urbanisierung und seiner ökonomischen Autarkie“ als vermeintliches Vorbild für Afrika. Der Versuch der Diktatur von Pol Pot, ab 1975 gewaltsam einen Agrarkommunismus zu verwirklichen, endete bekanntlich im Genozid.

Während des Wirtschafts- und Politikstudiums in Paris trat Amin der französischen KP bei, verurteilte aber später das Sowjetregime und ging nach längerem Liebäugeln mit dem Maoismus auch zu China auf Distanz. Gemeinsam mit André Gunder Frank vertrat er die Dependenztheorie, die vor allem in Lateinamerika weite Verbreitung fand. Für Afrika bedeutete sie, dass die Ausbeutung afrikanischer Rohstoffe zu den vom Westen diktierten Bedingungen eine echte Befreiung der gerade erst entkolonialisierten Länder nicht zulassen würde. Er empfahl den Ländern, sich „abzukoppeln“, im Sinne des Aus-

stiegs aus der ausbeuterischen Integration in die Weltwirtschaft. Damit lehnte er Handel nicht prinzipiell ab, sondern Handelsabkommen aus einer Position der Schwäche.

Als Leiter des *Forum Tiers Monde* in Dakar, Senegal, war Amin lange Jahre der Vordenker der postkolonialen Befreiung aus dem Joch des weltweiten Freihandels. Der moderne Kapitalismus, so Amin in seinen Schriften, verfolge nach einer Phase der Unterordnung unter soziale Kompro-



misse die Rückkehr zu seiner eigentlichen Utopie – der Unterwerfung des gesellschaftlichen Lebens unter die exklusive Logik des Marktes und der unverhüllten Globalisierung.

Zuletzt stand Amin der internationalen Bauernbewegung *La Via Campesina* nahe, die die kleinbäuerliche Landwirtschaft als Rückgrat der Ernährungssouveränität und Voraussetzung für eine eigenständige Entwicklung der Staaten des globalen Südens betrachtet. Amin sah die Islamisierung in Ländern des Maghreb und des Nahen Ostens mit großer Sorge. Die in seinem Heimatland Ägypten lange Zeit sehr aktive Muslimbruderschaft kritisierte er nicht nur als rückschrittliche islamistische Kraft, die statt sozialer Reformen das Wohltätigkeitswesen predigte. Für ihn war sie auch eine Verbündete des weltweiten Kapitalismus, die hinter der Maske des offenen Marktes die Politik der Abhängigkeit akzeptierte. Amin starb 86-jährig am 12. August in einer Klinik in Paris. ■

**Ralf Leonhard**

# NACHHALTIGE KLÄNGE AUS VENEZUELA

Von Robert Lessmann

**D**aniela Hernández bewegt Kopf und Oberkörper zum Rhythmus der Musik. Es ist, als würde sie im Sitzen tanzen, während sie auf ihrer Mandoline spielt. Vor dem Konzert war das blonde Mädchen reihum gegangen und hatte jede(n) ihrer 13 Kolleginnen und Kollegen umarmt. Es ist ein großer Auftritt heute für das Ensemble *Alma Llanera* – die „Seele“ der Feuchtsavannenlandschaft *Llanos* an den Ufern des Orinoco – so nennen sie sich und spielen die dortige, volkstümliche Musik auf höchstem Niveau. Gestern war das Nationale Jugendorchester Venezuelas dran. Sie spielten in der Eingangshalle „Rotunda“ der Wiener UNO-City anlässlich einer UN-Kommission für Strafrecht und Kriminalitätsprävention. Generalsekretär António Guterres war am Vortag hier zu Gast. Auch die Jungen und Mädchen sind eigens wegen dieser Kommission nach Österreich gekommen (gaben bei dieser Gelegenheit aber auch noch Konzerte in Wien und Graz). Zusammen mit dem *Coral Nacional Simón Bolívar de Venezuela*, dem *Coro de Manos Blancas* und dem *Orquesta 23 de Enero* vertreten sie hier *El Sistema* (*Sistema Nacional de Orquestas y Coros Juveniles e Infantiles de Venezuela*) – eine Stiftung mit Musikschulen und Orchestern für Kinder und Jugendliche, die von der Regierung und Vertretern der Vereinten Nationen hier als Beispiel für Inklusion, Integration und Prävention vorgestellt wird.

## „Musik als Schule des sozialen Lebens“,

... so nannte es der im März verstorbene Gründer von *El Sistema*, José Antonio Abreu. Alles begann im Jahr 1975 mit 11 Leuten in einer Garage. Abreu wollte die Musik zu den Kindern bringen, gerade auch zu den Unterprivilegierten. Schon unter den Regierungen von Carlos Andrés Pérez bekam man staatliche Förderung und expandierte. Noch im Jahr 1975 war man auf 80 Teilnehmer angewachsen; 1999 waren es 109.000. Seit 1993 wird *El Sistema* von der UNESCO unterstützt, ab 2003 auch vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. Ab 2002, unter Hugo Chávez, wurde *El Sistema* zur „*política del estado*“ und die Förderung ging als Chef-sache von den Ministerien ins Präsidialamt



Foto: Robert Lessmann

über. Kaum ein Bericht über die Erfolgsgeschichte von *El Sistema*, der nicht beklagen würde, dass die Regierung sie zu Propagandazwecken benutze. Welche Regierung täte das nicht? Es gibt wohl schlimmere Vorwürfe gegen die Regierung des krisengeschüttelten Landes.

Tatsache ist: *El Sistema* ist höchst erfolgreich. Es umfasst heute Musikschulen im ganzen Land, 3.070 Chöre und Orchester; 1.000.337 Kinder und Jugendliche nehmen aktuell an der freiwilligen musikpädagogischen Ausbildung teil, bei einer Gesamtbevölkerung von 31,5 Millionen. Gearbeitet wird im Kollektiv. Täglich von 14 bis 18 Uhr versucht man, Inklusion und Qualität zu verbinden. Mit Erfolg: Das *Simón Bolívar* Jugendorchester ist heute nicht mehr ganz jugendlich, genießt aber Weltruhm. 2013 gastierte es bei den Salzburger Festspielen. Sir Simon Rattle war begeistert und sprach vom „Wunder aus Venezuela“. Gustavo Dudamel, der langjährige Dirigent des *Simón Bolívar* Jugendorchesters, leitete 2017 das Wiener Neujahrskonzert. Er sagt, *El Sistema* habe ihm das Leben gerettet und auch tausenden von anderen Kindern in Venezuela. So wie Essen und Gesundheitsfürsorge sollte Musik ein Recht für jeden Bürger sein. Der Jungstar am Dirigentenstern ist heute unter anderem musikalischer Direktor des *Los Angeles Philharmonic Orchestra*, bleibt *El Sistema* aber verbunden.

Doch Exzellenz ist nicht alles. Es gibt ein Programm für Schulen mit behinderten Kindern, eines für Krankenhäuser, eines für Instrumentenbau, für volkstümliche

und für avantgardistische Musik und eines für Häftlinge in neun Gefängnissen, berichtet Eduardo Méndez, der Exekutivdirektor von *El Sistema*. „Armut durch spirituellen Reichtum besiegen“ wolle man, zitiert Méndez den Gründervater Abreu. Disziplin, Ausdauer, die Einhaltung von Regeln in der Gemeinschaft und die Fähigkeit, ein Instrument zu spielen, erlernen die Kinder und erlangen dadurch auch Würde und ein gesteigertes Selbstwertgefühl. Oder andersherum: „Das schlimmste Delikt ist Exklusion – der soziale Ausschluss“, wie es der venezolanische Botschafter Jesse Chacón sagte. Lorena Lugo von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) stellte eine Fünfjahresstudie der IDB zu *El Sistema* vor. Ganz klar lassen sich demnach bereits kurzfristig signifikante Verbesserungen des Sozialverhaltens an 16 Indikatoren festmachen. Insbesondere werde aggressives Verhalten eingedämmt. Rosicler Gómez vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen stellte einen weiteren Ausbau der UN-Zusammenarbeit für *El Sistema* im Rahmen der Nachhaltigen Entwicklungsziele 1 (keine Armut), 5 (Geschlechtergleichheit) und 16 (Frieden, Gerechtigkeit, starke Institutionen) in Aussicht. Das Ermutigendste ist, dass *El Sistema* inzwischen Inspiration und Beispiel für ähnlich gelagerte Programme in 70 Ländern ist. Und das nicht nur im Süden. Auch bei der Integration von Flüchtlingen und Migranten in unsere Gesellschaften können wir von *El Sistema* lernen, betonte Martin Krüger vom Deutschen Musikrat. ■



## BUCHBESPRECHUNG

### MACHTRAUSCH UND MISSWIRTSCHAFT

Hannes Bahrmann: **Venezuela.**

**Die gescheiterte Revolution**

Ch. Links-Verlag; Berlin, 2018;

248 Seiten; 18,50

Angesichts des Massenexodus aus Venezuela und der immer hilfloser wirkenden Versuche von Präsident Maduro, Wirtschaft und Währung vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren, muss man sich fragen, wie der erdölreichste Staat der Erde so degenerieren konnte. Hannes Bahrmann liefert mit seinem jüngsten Buch eine schlüssige Erklärung. Der Band ist der letzte Teil (nach Kuba und Nicaragua) einer Trilogie über gescheiterte Revolutionen in Lateinamerika. Anders als in den gängigen Erklärungsversuchen, dass nach dem Krebstod des charismatischen Hugo Chávez ein überforderter Präsident Nicolás Maduro den Verfall der Erdölpreise nicht zu managen verstand, lässt die Analyse von Hannes Bahrmann auch an Chávez kein gutes Haar. Gestützt auf Dokumente und Aussagen der zahlreichen Weggefährten, die irgendwann abgesprungen sind, erklärt er die „Bolivarianische Revolution“ als Programm zur Machtverfestigung, das einigen Getreuen märchenhaften Reichtum bescherte. Misswirtschaft, falsche strategische Entscheidungen und die hemmungslöse Korruption haben aus dem reichsten Land des Subkontinents ein Armenhaus gemacht. Die Erdölreserven und die Tankstellenkette CITGO in den USA sind für Milliardenkredite an China und den russischen Staatsbetrieb *Rosneft* verpfändet. Höchste Funktionäre und deren Angehörige – bis zum Sohn und Neffen der Präsidentengattin – werden in den USA wegen Drogenhandels gesucht.

Chávez umgab sich von Anfang an mit dubiosen Gestalten wie dem argentinischen Neonazi Norberto Ceresole und nannte den weltbekannten Terroristen Ilich Ramírez Sánchez, alias Carlos, der in Frankreich eine lebenslange Haftstrafe verbüßt, einen „angesehenen Landsmann“. Mit dem inzwischen zum Islam übergetretenen Attentäter, der sich der Sache von *Al Qaida* verschrieben hat, pflegte er einen regen Briefwechsel.



Die Machtbasis des ehemaligen Fallschirmjägeroffiziers waren von Anfang an die Armee und der kubanische Geheimdienst, dessen Agenten in praktisch allen Institutionen des Landes das Kommando übernahmen. Auch die viel gepriesenen *misiones*, die Sozialprogramme der Regierung, die wesentlich zur Armutsreduktion beitragen, erklärt Bahrmann als wahltaktisches Vehikel, das auf Anraten Fidel Castros geschaffen wurde. Die Kontrolle über alle relevanten Institutionen und die Einrichtung von Abstimmungscomputern sollen geholfen haben, fast sämtliche Wahlen zu gewinnen. Dass dafür das Wahlregister durch die Auferstehung von den Toten und Phantasieidentitäten kräftig aufgefettet wurde, ist durch Dokumente belegt. Und wenn, wie zuletzt bei den Parlamentswahlen 2016, der Sieg der Opposition so hoch ausfällt, dass Manipulationen nicht mehr möglich sind, lässt man sich etwas einfällen – nämlich die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, die das Parlament de facto entmachtet.

Kolumbiens Literaturnobelpreisträger Gabriel García Márquez soll sich nach einem Flug neben Chávez mit Grausen abgewandt haben. Auch der deutsche Soziologe Heinz Dieterich, der den von Chávez übernommenen Begriff „Sozialismus des

21. Jahrhunderts“ prägte und den venezolanischen Präsidenten jahrelang beriet, ist längst auf Distanz gegangen.

Man mag den negativen Grundton der Analyse nicht teilen, doch Bahrmann, der mehr als die Hälfte seines Lebens in der DDR verbringen musste und daher für die autoritäre und repressive Kaderherrschaft hinter sozialistischer Kampfrhetorik ein feines Sensorium entwickelt hat, überzeugt mit Faktenreichtum. Dass die Opposition, deren demokratische Grundhaltung zumindest in Teilen stark in Zweifel zu ziehen ist, nicht näher beleuchtet wird, ist bedauerlich und hinterlässt nach Lektüre des Buches einen etwas schalen Nachgeschmack, zumal Vieles, was Bahrmann schreibt, aus deren Quellen kommt.

Ralf Leonhard

### BRASILIENS SKLAVEN

Julia Harmoncourt: **Unfreie Arbeit. Trabalho escravo in der brasilianischen Landwirtschaft**

Promedia, Edition Kritische Forschung, Wien 2018; 248 Seiten; 30,00

Eines gleich vorweg: Wiewohl es sich beim vorliegenden Band um eine Dissertation handelt, ist der definitorisch-methodische Beschreibungsteil relativ kurz gehalten. Mag es am Thema oder am Lektorat liegen, ist so ein flüssig zu lesendes Sachbuch entstanden, das Einblicke in eine Materie bietet, die uns höchstens in reißerischen Schlagzeilen begegnet.

*Trabalho escravo* – Sklavenarbeit – ist der geläufige Begriff für unfreie Arbeitsverhältnisse in Brasilien. Die heute existierenden Formen werden häufig auf die besonders lange Geschichte der legalen Sklaverei in Brasilien (erst 1888 verboten) und auf die Siedlungspolitik der Militärdiktatur (1964-1985) in der Amazonasregion zurückgeführt. Zweiteres erklärt auch, warum Sklavenarbeit konzentriert im Bundesstaat Pará und dort vor allem in der Landwirtschaft vorkommt.

Für ihre „interviewbasierte Feldstudie“ hielt sich die Autorin längere Zeit in dem nördlichen Bundesstaat auf. Die verarbeiteten 36 qualitativen Interviews wurden allerdings aus praktischen Gründen überwiegend nicht mit (ehemaligen) SklavenarbeiterInnen geführt, sondern mit AktivistInnen aus dem gewerkschaftlichen und kirchlichen Umfeld. Der Zugang zu direkt Betroffenen wäre zu sehr zufallsbedingt



und auch deren Vertrauen aufgrund des Erlebten nur schwer zu gewinnen gewesen.

Der Hauptteil des Buches befasst sich sodann mit *trabalho escravo* in der Landwirtschaft Pará. Es wird der Weg in die Sklavenarbeit recht anschaulich geschildert und wie die Betroffenen in ihrer entwürdigenden Stellung über längere Zeit gehalten werden. Das besonders hohe Gewaltniveau in diesem „Frontstaat“ wird eingearbeitet sowie die widersprüchliche Rolle des Bundesstaates. Es wird weiters deutlich, dass die Verbreitung von Sklavenarbeit in Pará viel mit dessen peripherer Stellung im brasilianischen Kapitalismus zu tun hat. Auch dem Einfluss von Rassismus und geschlechtlichen Spezifika sind eigene Kapitel gewidmet. So betrifft etwa *trabalho escravo* in der Landwirtschaft mehrheitlich Männer.



Den Abschluss bilden drei kurze Fallstudien, die die Bedeutung von Sklavenarbeit in der brasilianischen Exportproduktion beleuchten. Am Beispiel der Konzerne JBS (Rinderzucht, Fleischverarbeitung, Vale (Eisenerz-Holzkohle-Komplex) und *Pagrisa* (Zuckerrohranbau, Agrosprit) wird deutlich, dass selbst exportorientierte Unternehmen nur halbherzig gegen unfreie Arbeit in ihren Produktionsketten vorgehen und die Verantwortung gerne auf Subunternehmer abschieben. Ein wichtiger und lesenswerter Beitrag, der durch die jüngsten Rückschritte in der Bekämpfung von *trabalho escravo* durch die Temer-Administration an (trauriger) Aktualität gewinnt.

**Jürgen Kreuzroither**

## „LEBEN IST BEWEGUNG...“ – KULTURERBE TANGO

Vicky Kämpfe: *Kulturerbe Tango – Tanz, Politik und Kulturindustrie*

Verlag transcript, Bielefeld 2018, 306 Seiten, 39,99

Vicky Kämpfe ist passionierte Tango-tänzerin und Kulturwissenschaftlerin. Mit ihrem argentinischen Partner Roberto Barcena, dem „Tango-Philosophen“, ist sie in der Tangoszene Lüneburgs fest verankert. In ihrem dritten Buch *„Kulturerbe Tango – Tanz, Politik und Kulturindustrie“*, der Veröffentlichung ihrer Dissertation, verbindet sie beide Leidenschaften. Sie entwickelt ein theoretisches Fundament für ihre Praxis als *tanguera* und Organisatorin von Tangoevents. Ausgangspunkt ihrer Untersuchung ist die Frage, inwieweit die Erhebung des Tangos zum Weltkulturerbe im Jahr 2009 dessen Entwicklung beeinflusst hat. Wurde er durch diese normierende Institutionalisierung zu einem Spielball verschiedenster Interessen zwischen der Vision der Bewahrung kultureller Werte und politischen/ökonomischen Interessen? Beschränkt man dadurch seine Entwicklung und Lebendigkeit, oder eröffnet diese Statusveränderung neue Möglichkeiten einer Popularisierung dieses Tanzes?

Vicky Kämpfe orientiert sich theoretisch an den Analysekatégorien des französischen Soziologen Pierre Bourdieu und der Diskursanalyse von Diaz-Bone. Sie legt den Fokus auf inkorporierte Wissensbestände, den Wandel von kulturellen Praktiken und den Wert des Immateriellen. Sie zeigt Anknüpfungspunkte für Bewegungswissen und Archiv-Konzepte auf, um so die praktische Bedeutung des immateriellen Erbes insbesondere dort zu verankern, wo es entsteht und gelebt wird.

Dieser Arbeit liegt ein – nach Bourdieu – offener Kulturbegriff zu Grunde, der Kultur nicht als totes Erbe begreift, sondern als Instrument der Freiheit, die Freiheit voraussetzt. In diesem Sinne erarbeitet die Autorin in ihrer Dissertation Positionen, die der Musealisierung des Tangos entgegenwirken sollen und seine Weiterentwicklung ermöglichen – samt der „Wissensbestände, die nicht verbal vermittelbar oder beschreibbar sind“. Tanz folgt einer eigenen Sprache, jeder Tanz seiner eigenen. Kämpfe kommt zum Begriff „Leben-



dige Tanzarchive“. Das Sammeln von Filmen, Büchern und Dokumenten nütze nichts, wenn nicht zugleich der Tanz praktiziert, erfahren, weitergegeben wird – über alle Moden hinweg. Dahinter steht – so Vicky Kämpfe – auch das Wissen über den Wert einer Gesellschaft in Bewegung. Wer viele Formen der körperlichen und geistigen Bewegung kennt, ist offen für eine breit aufgestellte, variantenreiche Gesellschaft. Der Tanz, der Tango, wird so zu einem Teil von Demokratiebildung. „Leben ist Bewegung. Wenn Sie sich nicht mehr bewegen, sind Sie tot.“

Das Buch ist Teil der Reihe „Tanz-Scripte“ des „transcript“ Verlages. Diese haben das Ziel, die Entfaltung des jungen akademischen Fachs Tanzwissenschaft, das sich im Feld von Sozial- und Kulturwissenschaft, Medien- und Kunstwissenschaft positioniert, zu begleiten.

**Wolfgang Schweiger**

## MAURISCHE BÖGEN UND VERSTECKTE JUWELEN

Baedeker: *Andalusien*

Mairdumont Verlag, Ostfildern, 2018, 450 Seiten, 26,99

Die *Alhambra* in Granada, das maurische Schloss, auf dem der letzte Herrscher des Kalifats von Córdoba lebte, ist das Juwel der Region und ein absolutes

weiter Seite 42 ⇨



⇒ von Seite 41: BUCHBESPRECHUNGEN

„must“ jeder Andalusien-Tour. Dementsprechend macht der Reiseführer mit einer kurzen Beschreibung dieses Touristenmagneten – quasi als Appetizer – auf. Später folgt eine ausführliche Würdigung samt Karten und Geschichte. Leider hat sich die Einzigartigkeit des Palastes herumgesprochen. Deswegen kann man heute nicht mehr einfach zur Kasse gehen und Eintrittskarten kaufen. Es empfiehlt sich, diese Wochen vorher per Internet zu buchen und dann die exakte Besuchszeit auch einzuhalten. Darauf macht dieser umfangreiche Guide dankenswerter Weise aufmerksam.



Er führt aber auch zu den verborgeneren Schätzen der andalusischen Kultur und Geschichte. Andalusien, das maurische Al Andalus, hat mehr zu bieten, als die Städte Granada, Sevilla, Córdoba und Málaga. Zu diesen versteckten Zielen, darunter etwa die Renaissance-Stadt Baeza, der Naturpark Cabo de Gato, die britische Kronkolonie Gibraltar und das Höhlenviertel von Guadix, führt dieser Band, der mit einer Einführung in die maurische Architektur, einem Abriss der Geschichte und Kurzportraits der bedeutendsten Söhne der Region auch den erforderlichen Hintergrund liefert. Darunter der 4 vor Chr. in Córdoba geborene römische Stoiker Lucius Annaeus Seneca, der Hofmaler Diego de Velásquez, der von den Faschisten ermordete Dichter Federico García Lorca und der Flamenco-Gitarrist Paco de Lucía. Mit der 1831 hingerichteten Volksheldin Mariana Pineda ist auch eine Tochter dabei.

Man erfährt, wo man Flamenco erlernen kann und welche Gerichte typisch für

die Region sind. Die üblichen Hotel- und Restaurantempfehlungen sind nach Preiskategorien übersichtlich geordnet. Ein kleiner Sprachführer, praktische Reisetipps, reiche Bebilderung, ein Glossar und eine separate Landkarte ergänzen den Baedeker, der in der Tradition des Namensgebers Karl Baedeker steht, nämlich Wissenswertes und Praktisches in einem Band zusammenzubringen.

Ralf Leonhard

## FADO-ROUTE UND FRIEDHOF DER VERGNÜGUNGEN

Marco Polo: Lissabon

Mairdumont Verlag, Ostfildern, 2018, 148 Seiten, 13,99

Lissabon gehört heute zu den trendigsten Destinationen des europäischen Städtetourismus. Von einem Aschenputtel am Rande des Kontinents hat sich die Stadt zu einem kulturellen Hotspot entwickelt. Nur wenige Bauten haben das große Erdbeben und anschließende Feuer von 1755 überlebt. Ein Gutteil des Stadtkerns stammt also aus der Zeit des Wiederaufbaus und ist relativ gut erhalten, weil das vom Diktator Salazar autoritär regierte Portugal als neutraler Staat von den Verheerungen des Zweiten Weltkriegs verschont blieb. In diesem handlichen Reiseführer halten sich die Beschreibungen der Bauten und Museen, die man gesehen haben muss, die Waage mit Hinweisen zur Abendgestaltung und für Einkaufstouren. Sogenannte Insider-Tipps sind gelb markiert, etwa der Hinweis auf „die saubersten und charmantesten öffentlichen Toiletten der Stadt“ oder den sanierten Largo do Intendente, „der zuvor als Drogenumschlagplatz und für Prostitution bekannt war“.

Angesichts der Knappheit der angebotenen Information sind Links zu Blogs, weiterführender Literatur und Online-Sprachkursen hilfreich. Ein separater Stadtplan nebst Straßenverzeichnis hilft jenen, die sich noch analog orientieren. Und ganz zum Schluss ein paar Fettnäpfchen, die man vermeiden sollte. Ganz oben: Danke heiße auf Portugiesisch *obrigado/obrigada*. „Wenn Sie sich nicht als anmaßender Fremder outen wollen, verkniefen Sie sich das spanische *gracias*.

Ralf Leonhard

## KALENDER LEBENSZEICHEN 2019

Glauben, Wissen & Weisheiten

12 farbenfrohe Bilder, informative Texte und Wortmeldungen indigener Völker – der „Lebenszeichen“-Kalender der GFBVÖ erfreut bereits seit 1992 seine BetrachterInnen. Monat für Monat lädt der Kalender zu einer faszinierenden Reise ein und bringt die Welt sprichwörtlich nach Hause: unterschiedliche Kulturen, Lebensweisen und Weltbilder. Der besondere Jahresbegleiter hat bei Kalender-FreundInnen längst Kultstatus erlangt.

Spirituelle Meister, heilige Orte, geheime Bünde oder messianische Vorstellungen – den Religionen und Weltanschauungen indigener Völker und religiöser Minderheiten zwischen Tradition, Moderne und den Weltreligionen, ist dieser Kalender der Gesellschaft für bedrohte Völker Österreich gewidmet.

### Indigene Völker: Die natürliche Welt ist unsere Bibel

Der Glaube der indigenen Gesellschaften ist geprägt von tiefer Spiritualität und Naturverbundenheit, die in den Industriestaaten verloren gegangen ist bzw. neu entdeckt wird. Sie sind stärker auf das Hier und Heute ausgerichtet und fördern die emotionale und spirituelle Bindung an die Natur, was sich in der Ethik und einer Fülle an Mythologien ausdrückt. Konzepte der individuellen Erlösung oder die Hoffnung auf eine jenseitige Existenz finden sich kaum; im Zentrum steht hingegen das Heil der Gemeinschaft.

Fast alle gegenwärtigen ethnischen Glaubensgemeinschaften sind mittlerweile mehr oder weniger von den Weltreligionen beeinflusst. Meist unter Druck der Kolonialherrschaften haben sich im Laufe der Jahrtausende religiöse Riten verändert, manche Glaubenssätze wurden neu ausgelegt. ■

Bestellung (€ 21,90 zuzüglich Porto): telefonisch unter +43 676 428 96 87 oder auch per Email an lebenszeichen@gfbv.at

## PAUL SINGER

### Nachruf auf einen großen Brasilianer aus Österreich



Paul Israel Singer trat 1932 in die Welt, geboren laut brasilianischer wikipedia „*numa familia de pequenos comerciantes judeus em Erlaa, sub-úrbio operario em Vienna*“\*). Wie aus dem jüdischen Buben aus dem Wiener Vorstadtmilieu, 1938 den Nazis entkommen, einer der kreativsten brasilianischen Alternativpolitiker wurde, gehört zu den aufregendsten Kapiteln österreichisch-lateinamerikanischer Beziehungen.

Doch als er im April 86jährig, als brasilianischer Bürger, friedlich verstarb, trauerten in Österreich nur einige alternativ eingestimmte Professoren und Studenten der Universität Wien um ihn. Und natürlich die Anhängerschaft von unserem Leo Gabriel.

Anfangen musste Paul Singer im Exil in Brasilien als Hilfsarbeiter. Bald avancierte er zum Elektriker, trat der Gewerkschaft der kämpferischen Metallarbeiter von São Paulo bei, konnte aber anschließend Ökonomie und Soziologie studieren. Dem folgte sofort eine akademische Karriere.

Freilich, auch Brasiliens Politik hatte ihre Sündenfälle. 1968 belegte ihn die schroff antikommunistische Militärregierung mit Berufsverbot – worauf Singer mit anderen (darunter der spätere Präsident F.H. Cardoso) als Überlebensstrategie das private Forschungsinstitut CEBRAP eröffnete. Hier wurzelte die großartige Massenbewegung der *abertura*, der Forderung nach politischer Öffnung, die in den 1980ern die Militärs in die Kasernen zurückzwang und einen demokratischen

Neuanfang ermöglichte, welcher schließlich in die Lula-Präsidentschaft mündete und Brasilien die besten Jahre seiner Geschichte bescherte. (All dies zerfällt heute tragischerweise in einer von Korruption eingefassten Konterrevolution.)

Paul Singer, akademisch und politisch von der Idee einer humanitären Gesellschaft geleitet, agierte auch politisch intensiv, zuerst als Planungssenator der Metropole São Paulo, ab 2003 auch als Staatssekretär für solidarische Ökonomie im Arbeitsministerium. Aus dieser Position heraus elektrisierte er nicht nur Brasiliens Wirtschaftspolitik, sondern inspirierte auch die multiplen Debatten des aus São Paulo hervorgegangenen Weltsozialforums, heute die weltweite Alternativdebatte um bürgernahe Politik.

Eine der letzten Schöpfungen Paul Singers war die Gründung der *Cooperativa do Azul Marinha*, ein experimenteller Zusammenschluss von Nachkommen entlaufener Sklaven, vertriebener Indigener, verarmter Fischer, Subsistenzbauern und Frauenrechtlerinnen: Sie alle wollen im Rahmen einer ökologisch orientierten Mini-Ökonomie überlebensfähig sein.

Paul Singer hat keine dicken Bücher geschrieben, aber unzählige Lehrtexte, Programmentwürfe, Seminarbeiträge und Reden verfasst. Dieses unorthodoxe Oeuvre ist für jedermann abrufbar unter [www.paulsinger.com.br](http://www.paulsinger.com.br)

So wie Singer unermüdlich eine „solidarische Ökonomie“ gepredigt und politisch gefördert hat, hat er privat in geradezu mönchischer Bescheidenheit gelebt. Als wir ihn 2014 zu unserem letzten Brasilien-Seminar einladen konnten und danach zu seinen Ehren ein festliches Abendessen organisierten, schob er die feine Speisekarte beiseite und bestellte, was Brasilien ihm immer verwehrte, ein Kalbsrahmbeuschel.

**Gerhard Drekonja-Kornat**

\*) (Geboren) „in eine Familie jüdischer Kleinhandlender in Erlaa, einem Arbeitervorort Wiens“

## digital\_real

Eine Tagung zur Digitalisierung und ihren materiellen Grundlagen in Deutschland und Zentralamerika

Die Politik muss sich den digitalen Herausforderungen stellen und die Industrie will die Produktion digitalisieren – doch was verbirgt sich hinter dem Begriff der Digitalisierung eigentlich und wie definieren wir ihn als Zivilgesellschaft? Die Tagung wählt einen am Alltag orientierten Zugang, um die digitale Transformation greifbar zu machen. Wir möchten diskutieren, ob diese bestehende globale Ungleichheiten verschärft oder ob sie mit einer kritischen Perspektive auf globale Zusammenhänge eine Chance darstellt. Wie muss die digitale Transformation gestaltet werden, damit sie eine globale gerechte Vernetzung ermöglicht? Das Informationsbüro Nicaragua lädt Aktive aus der Netzpolitik, dem entwicklungspolitischen Kontext und der Klimagerechtigkeitsbewegung ein, gemeinsam zu überlegen, wie sie Digitalisierung für ihre politische Bildungs-, Informations- oder Kampagnenarbeit definieren und welche Handlungsperspektiven daraus entstehen.

Die Tagung schafft einen Raum zur Vernetzung und zum voneinander Lernen: Welche Rolle Informations- und Kommunikationstechnologien im Alltag spielen, wird am ersten Tag gefragt. Am zweiten Tag steht im Fokus: Was sind die materiellen Grundlagen der Digitalisierung? Welche sozialen und ökologischen Folgen kann der Rohstoffbedarf für digitale Technologien hervorrufen? Wie organisieren sich von Bergbau betroffene Menschen? Vilma Pérez von der Strategischen Gruppe gegen Bergbau Matagalpa teilt an beiden Tagen ihre Perspektive und Erfahrung aus Nicaragua. Die Referentin berichtet, wie sich Digitalisierung dort gestaltet und wie sich die Menschen aus Rancho Grande erfolgreich gegen ein Bergbauprojekt organisierten.

Detailliertes Programm auf [www.informationsbuero-nicaragua.org](http://www.informationsbuero-nicaragua.org)

**Wo?:** Utopiastadt in Wuppertal (Nordbahntrasse 13,6 km/ Mirker Str. 48, 42105 Wuppertal); im „Wartesaal 3“ des Bahnhof Mirke

**Wann?:** Donnerstag, **11.10.** (11-18h) und Freitag, **12.10.** (9:30-16h)

Anmeldung bei Evelyn Linde, [info@informationsbuero-nicaragua.org](mailto:info@informationsbuero-nicaragua.org). Der TeilnehmerInnenbeitrag beläuft sich nach Selbsteinschätzung auf 20 bis 40 Euro.